

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Die Infections-Gebühr**  
Beträgt für die festgesetzte Anzeigengruppe oder deren Raum 50 Bg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg., Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnementspreis: vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Bg., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

### Zur Beachtung!

Nach einem Beschluss des Parteivorstandes lautet von jetzt ab die Adresse des Parteibureaus

**B. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.**

Die Genossen werden ersucht, sich dieser Adresse bei ihrer Korrespondenz mit dem Parteivorstande zu bedienen.

Alle Geldsendungen für die Parteikasse sind vor wie nach zu richten an

**A. Gerisch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.**

### Ein Stück Klassenkampf.

Ein volles Vierteljahr währt jetzt der Kampf in der Holzindustrie. Seit dreizehn Wochen ringt der Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband. Als die Arbeitgeberorganisation am 12. Januar den von langer Hand vorbereiteten Angriff auf den Holzarbeiter-Verband in Berlin begann, waren die führenden Unternehmer überzeugt, und auch ihrer Gefolgschaft hatten sie den Glauben beigebracht, daß sie, die Arbeitgeber, nach kurzem Kampf als Sieger über den Holzarbeiter-Verband triumphieren würden. Auf Seiten des Holzarbeiter-Verbandes wußte man dagegen, daß der Kampf, nachdem er einmal ausgebrochen war, ein heftiger und vor allen Dingen langer sein werde, denn es handelte sich ja nicht nur um die Frage, ob die Berliner Holzarbeiter diese oder jene Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen erreichen würden, sondern es stand weit mehr auf dem Spiele. Die Unternehmer hatten sich das Kampfziel gesteckt: Dem Holzarbeiter-Verbande muß die Möglichkeit, für seine Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken, genommen werden. Um dies Ziel zu erreichen, wollten die Unternehmer den Holzarbeiter-Verband zwingen, einen neuen Vertrag mit ihnen abzuschließen, der die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche bis zum 15. Januar galten, für weitere zwei oder drei Jahre unverändert festlegte. Der Holzarbeiter-Verband konnte auf ein solches Ansinnen nicht eingehen. Auch die Unternehmer hätten ein solches Verlangen gewiß nicht gestellt, wenn es nicht von vornherein ihre Absicht gewesen wäre, die Gelegenheit des Tarifablaufs zu benutzen, um den Einfluß des Holzarbeiter-Verbandes auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu brechen.

In jedem Verufe, wo Tarifverträge bestehen, galt es bisher als etwas selbstverständliches, daß bei Erneuerung der Verträge die Arbeiter Verbesserungsanträge stellten und daß diese Anträge wenigstens zum Teil von den Unternehmern bewilligt und beim Abschluß des neuen Vertrages berücksichtigt wurden. Eine Arbeiterorganisation, die sich für mehrere Jahre der Möglichkeit begibt, die Konjunktur zugunsten der Arbeiter auszunutzen, will und muß natürlich wenigstens einige kleine Verbesserungen als Gegenleistung für diesen Verzicht eintauschen. Um es mit einem volkstümlichen Worte auszudrücken: Man begnügt sich mit dem Sperling in der Hand und jagt der Taube auf dem Dache nicht nach. — Das ist im Wesen des Tarifvertrages begründet. Nach diesem Grundsatz ist auch bisher stets verfahren worden, wenn es galt, einen abgelaufenen Vertrag zu erneuern. — Die Unternehmer in der Holzindustrie glaubten dagegen, sie könnten unter der Führung ihres Obermeisters R a h a r d t neue Wege einschlagen. Sie wollten zwar auch einen Vertrag, aber die Arbeiterorganisation sollte beim Abschluß desselben keinen einzigen ihrer Wünsche erfüllt sehen. Einzig und allein den Absichten und den Interessen der Unternehmer Rechnung tragend, sollten die Arbeitsbedingungen in der Holzindustrie für mehrere Jahre festgelegt werden.

Es sind durchaus keine unbescheidenen Forderungen, welche der Holzarbeiter-Verband zur Voraussetzung der Vertragserneuerung machte. In der Hauptsache forderte er eine Lohn-erhöhung von zehn Prozent und eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden in der Woche. Auf weitergehende Forderungen hatte der Holzarbeiter-Verband verzichtet, in der Erwartung, daß diese bescheidenen Verbesserungen ohne Schwierigkeit gewährt werden können und daß so der Frieden erhalten bleibe. Aber im Rate der Unternehmer war es anders beschaffen. Sie verhandelten zwar wochenlang mit den Vertretern der Arbeiter, erklärten aber kategorisch, daß sie nichts, aber auch gar nichts bewilligen würden. — Der Holzarbeiter-Verband sagte dagegen: Wenn wir denn keine Verbesserungen erlangen können, so arbeiten wir unter den alten Bedingungen weiter, aber ohne Vertrag. — Zu keiner Zeit hat der Holzarbeiter-Verband daran gedacht, die Forderungen, welche er für die Vertragserneuerung aufstellte, durch einen Streik zur Anerkennung zu bringen. Es wäre also, auch wenn die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen wollten, nicht zum Kampfe gekommen. Der Holzarbeiter-Verband hat nie auf dem Standpunkte gestanden, daß unter allen Umständen gestreift werden müsse. Ob die

Arbeiter einen Streik führen könnten oder nicht, das hängt doch in erster Linie von der allgemeinen Konjunktur ab. Wenn die Behauptung der Unternehmer, die Holzindustrie gehe einer ungünstigen Konjunktur entgegen, zutreffend ist, dann würden sie auch ohne Vertrag keinen Streik zu fürchten haben, denn in einer Zeit des geschäftlichen Niederganges wird die Leitung einer Arbeiterorganisation nicht zu einem Angriffsstreik schreiten. Die Holzindustrie würde heute noch ganz gewiß, und wahrscheinlich noch auf längere Zeit im tiefsten Frieden leben, wenn es nicht den Führern der Unternehmer gefallen hätte, den Kampf vom Gaune zu brechen, dem Holzarbeiter-Verband den Krieg zu erklären und die Aussperrung ins Werk zu setzen zu einer Zeit, wo der alte Vertrag noch nicht einmal abgelaufen war.

Der Arbeiterschutzbund wollte den Kampf, um die wirtschaftliche Macht und den Einfluß des Holzarbeiter-Verbandes für immer zu brechen. Das wird durch die Tatsachen bewiesen, so sehr sich auch die Unternehmer von Anfang an bemüht haben, es abzuleugnen. Wenn es den Unternehmern um die Erhaltung friedlicher, und geordneter Zustände zu tun gewesen wäre, dann hätten sie bei den Tarifverhandlungen vor Weihnachten nur zu sagen brauchen, wie weit sie den Forderungen der Arbeiter entgegenkommen wollen und es wäre ohne große Schwierigkeiten eine Verständigung auf der mittleren Linie zu stande gekommen, wie es beim Abschluß von Tarifverträgen in der Regel zu geschehen pflegt. Der Umstand, daß die Unternehmer jedes, auch das geringste Entgegenkommen ablehnten, beweist, daß sie eine Verständigung nicht wollten; und daß sie einen Machtkampf gegen den Holzarbeiter-Verband beabsichtigten, wird dadurch bewiesen, daß der Vorstand des Arbeiterschutzbundes schon Mitte Dezember, während der alte Vertrag noch galt, Verhaltensmaßregeln veröffentlichte, nach denen am 12. Januar, drei Tage vor Ablauf des Vertrages, die allgemeine Aussperrung in Berlin beginnen sollte.

So steht also die Berliner Holzindustrie seit einem Vierteljahr in einem Kampfe, den die Unternehmer, einem Machtkampf zu Liebe, freventlich heraufbeschworen haben. Der Kampf wird sowohl auf der Seite der angreifenden Unternehmer als auch auf Seite der angegriffenen Arbeiter mit zäher Ausdauer und unter schweren Opfern geführt, und noch ist nicht abzusehen, wann er sein Ende erreichen und welches Ergebnis er haben wird. Es ist ein Klassenkampf in des Wortes wahrer Bedeutung, denn hier wird nicht mehr gekämpft um einige Pfennige Lohnerhöhung oder um eine Verkürzung des Arbeitstages um 10 oder 20 Minuten, sondern es ist ein Kampf um die Macht, den das organisierte Unternehmertum gegen die organisierte Arbeiterschaft führt! Aber nicht nur das Ziel des Kampfes, sondern auch die Gruppierung der kämpfenden zeigt, daß es sich um einen Klassenkampf handelt, der zurückzuführen ist auf die durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingte Verschärfung der Klassengegensätze.

Die Berliner Holzindustrie, namentlich das Tischlergewerbe, um das sich der Kampf hauptsächlich dreht, trägt noch nicht den ausgeprägten Charakter der maschinell betriebenen Großindustrie. Wohl gibt es hier eine Anzahl kapital-träger und kapitalistisch arbeitender Großunternehmer. Der Zahl nach überwiegen aber die Klein- und Mittelbetriebe, von denen wohl die meisten nach ihrer Stellung im Produktionsprozeß als Zwischenmeister anzusprechen sind, die für Großfabrikanten und Händler arbeiten. Diese Kleinmeister, die wirtschaftlich betrachtet, eine Zwischstellung zwischen Unternehmer und Arbeiter einnehmen, sind keineswegs durch eine völlige Interessengemeinschaft mit den Großfabrikanten, den wirklichen Unternehmern ihres Berufes verbunden, denn diese sind es ja gerade, welche infolge der kapitalistischen Ueberlegenheit, der Ausnutzung aller technischen Neuerungen und Hilfsmittel den Markt beherrschen und den Kleinen und mittleren Meistern das Leben sauer und die Existenz immer schwerer machen. Ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage nach stehen wohl die meisten Inhaber von Mittel- und Kleinbetrieben den Arbeitern näher als den großen Unternehmern. Trotzdem finden wir sie im Lager der großen Unternehmer und sie gehen mit diesen Schulter an Schulter gegen den Holzarbeiter-Verband vor, dem viele von diesen Kleinmeistern noch vor wenigen Jahren als Mitglieder, manche sogar an führender Stelle, angehört. Mancher Kleinmeister, der jetzt die Aussperrung mitmacht, stand bisher auf kollegialem Fuße mit den von ihm beschäftigten Arbeitern, mancher von ihnen galt noch bis in die jüngste Zeit als Sozialdemokrat. Und viele von diesen sind jetzt, unter Führung des Obermeisters R a h a r d t geeint, zum erbitterten Angriff auf den Holzarbeiter-Verband vorgegangen. Das ist eine Erscheinung, die bei oberflächlicher Betrachtung verwunderlich erscheint, die aber leicht erklärliche Ursachen hat.

Die Lage der zahlreichen Kleinmeister in der Tischlerei ist wohl eine auskömmliche, aber keine rosige. Sie können nur in hartem Kampfe gegen die Konkurrenz des Großunternehmens ihre Existenz behaupten. Dazu kommt, daß die Zoll- und Wirtschaftspolitik ihnen das Rohmaterial und die Lebensmittel verteuert. Aber diese Faktoren, welche schwer auf seine wirtschaftliche Lage drücken, kommen dem Kleinmeister weniger zum Bewußtsein. Er fühlt wohl die Wirkung des wirtschaftlichen Druckes, kennt aber nicht die Ursache. Wenn aber der Arbeiter die durch die gegenwärtige Zollpolitik verursachte horrende Verteuerung

der Lebensmittel durch Forderung von Lohnaufbesserungen einigermaßen auszugleichen sucht oder wenn er sich auch nur gegen Lohnherabsetzungen wehrt, dann braust der Kleinmeister auf. Der Arbeiter erscheint ihm nunmehr als derjenige, welcher dem Kleinmeister das Leben schwer macht. Diese Ansicht ist zwar grundsätzlich falsch, aber sie herrscht unter den Kleinmeistern und sie erklärt es, daß diese, veranlaßt durch die demagogische Agitation der Wortführer des Arbeitgeber-Schutzverbandes, Arm in Arm mit ihren wirklichen Feinden, den Großunternehmern, gegen ihren vermeintlichen Feind, die Arbeiterorganisation, in den Kampf gezogen sind. Wir sehen also: Alle Interessengegensätze, welche zwischen den verschiedenen Kategorien der Arbeitgeber bestehen, sind zurückgetreten hinter den einen Gedanken: Kampf gegen den Holzarbeiter-Verband! Kampf, wenn nicht bis zur Vernichtung, so doch bis zur Machtlosigkeit der Arbeiterorganisation!

Auch darin tritt der ausgesprochene Klassencharakter dieses Kampfes klar hervor, daß hinter den Arbeitgebern des Holzgewerbes auch die organisierten Arbeitgeber anderer Industriezweige stehen und den Tischlermeistern ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Das organisierte Unternehmertum gegen den Deutschen Holzarbeiter-Verband, der ja neuerdings nicht nur in Berlin, sondern auch in einer Anzahl anderer Städte durch die Aussperrung bekämpft wird.

Es verdient hohe Anerkennung, daß der Holzarbeiter-Verband dem Angriff der Unternehmer nun schon 13 Wochen hat Stand halten können, und daß er, was nicht zu bezweifeln ist, noch länger aushalten kann, wenn es sein muß. Eine Reizung, sich den Unternehmern bedingungslos zu ergeben, ist in den Reihen der Arbeiter nicht vorhanden. Zum Frieden sind sie, wie von Anfang an, bereit, doch darf der Friede nicht gleichbedeutend sein mit Unterwerfung. Auf der Unternehmenseite, wenigstens bei den Führern, scheint aber noch keine Reizung zu einem annehmbaren Entgegenkommen vorhanden zu sein. Daß sie eine Verständigung mit dem Holzarbeiter-Verband ohne Zugeständnisse nicht erlangen werden, darüber sind sich die führenden Unternehmer schon lange klar. Sie haben ja auch den Standpunkt, den sie vor Weihnachten einnahmen, verlassen und sich zu Lohnerhöhungen und einigen von den Arbeitern gewünschten sonstigen Verbesserungen bereit erklärt. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung nehmen aber die Unternehmer eine Haltung ein, welche in den Verhältnissen des Gewerbes keine Begründung findet. Gefordert wurde ursprünglich eine Verkürzung der Arbeitswoche um zwei Stunden. Der Holzarbeiter-Verband würde sich vielleicht damit begnügen, wenn ihm vorerst eine Stunde bewilligt und die zweite Stunde für später in Aussicht gestellt wird. Aber das ist der Punkt, über den die Arbeitgeber nicht hinwegkommen. Während die Arbeiter jede, auch die geringste Verkürzung der Arbeitszeit als einen Kulturfortschritt betrachten und diese Forderung deshalb mit Nachdruck vertreten, sehen die Unternehmer, anscheinend auf Grund eines allgemeinen Ueberkommens, jede Verkürzung des Arbeitstages um 10 Minuten als einen Schritt an auf dem Wege zum Achtstundentag, und weil dieser nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von der Sozialdemokratie erstrebt wird, darum gilt den Unternehmern jeder Schritt auf diesem Wege als eine Konzession an eine „sozialdemokratische“ Forderung, und deshalb lehnen sie jede Arbeitszeitverkürzung mit Entschiedenheit ab. Hier sind es also politische Gründe, welche die Unternehmer leiten, eine Kulturforderung abzulehnen, die sie ohne Schaden für sich oder ihr Gewerbe ohne weiteres bewilligen könnten. Ist es nicht geradezu lächerlich, wenn man das Publikum glauben machen will, die Verkürzung des Arbeitstages um 10 Minuten werde den „Ruin des Gewerbes“ herbeiführen? In der Tischlerei herrscht ja fast ausschließlich Akkordarbeit. Was schadet es also dem Arbeitgeber, wenn die Arbeiter täglich 10 Minuten weniger arbeiten. Daß die Unternehmer den Widerstand, gegen die geringste Verkürzung der Arbeitszeit zum Prinzip machen und zwar aus Furcht, damit einer sozialdemokratischen Forderung entgegenzukommen, das ist auch ein Zeichen für die Juspierung der Klassengegensätze und für die Verschärfung des Klassenkampfes.

Wie nun auch der Kampf in der Holzindustrie enden möge: Der Holzarbeiter-Verband kann durch denselben wohl finanziell, nicht aber moralisch geschwächt werden, ihn zur Einflußlosigkeit herabzudrücken, wird den Unternehmern niemals gelingen. So lange es sich darum handelt, die Macht des Holzarbeiter-Verbandes zu brechen, was gleichbedeutend wäre mit Vernichtung, so lange ist die Sache des Holzarbeiter-Verbandes die Sache aller übrigen Gewerkschaften, ja aller Klassenbewußten Arbeiter, und jeder derselben wird sich verpflichtet fühlen, diesen Kampf nach Kräften zu unterstützen. Der Triumph darf und soll den Unternehmern nicht bereitet werden, daß sie sagen könnten, eine große Arbeiterorganisation habe vor ihnen kapituliert. Das kam und wird nicht geschehen, so verzweifelte Anstrengungen die Unternehmer auch machen mögen. — So wie die Dinge jetzt stehen, ist es kein Zweifel, daß ein großer Teil, ja vielleicht alle Kleinmeister im Tischlergewerbe um Kopf und Kragen spielen. Gewiß, sie erhalten ja ihre „Streitunterstützung“, wodurch sie sich während der Aussperrung über Wasser halten mögen. Aber wenn der Kampf so oder so sein Ende erreicht hat, wird mancher von ihnen mit Schrecken

sehen, daß er, indem er den Scharfmachern und Großunternehmern folgte, um in den Arbeitern seinen vermeintlichen Feind zu bekämpfen, sein Geschäft und damit seine Existenz ruiniert hat. Wenn dieser Erfolg eingetreten ist, dann wird vielleicht mancher, wenn auch zu spät, zu der Einsicht kommen, daß die angeblichen Mittelstandsretter in Wirklichkeit Mittelstandsvernichter sind.

## Zur „Säuberung“ der Kolonialverwaltung.

Der Reichskanzler hat der Budgetkommission gestern vor Beginn der Beratung des Etats der Kolonialverwaltung einen ihm vom Kolonialdirektor Dernburg erstatteten Bericht über das Ergebnis der von Herrn Dernburg vorgenommenen Untersuchung der Kolonialskandale vorgelegt. Dieser Bericht läßt an Dürftigkeit nichts zu wünschen übrig! Denn über nicht weniger als 27 Fälle — Prinz Arenberg, Stannenberg, v. Vesser, Horn, v. Puttkamer, v. Noberg, Dr. Kersting, Graf Joch, v. Branckisch, Dr. Neper und wie die Beschuldigten alle heißen — ist auf ganzen fünf halben Seiten berichtet worden! Dieser dürftige Bericht genügt dem Reichskanzler und soll nunmehr auch dem Reichstage genügen!

Nun hat ja zwar am Schlusse dieses summarischen Berichtes Herr Dernburg den Reichskanzler gebeten und hat dieser bei Uebergabe dieses Berichtes an den Reichstag sich damit ausdrücklich einverstanden erklärt, daß Herr Dernburg „an der Hand der Aufzeichnungen“ (1) der Budgetkommission (2) weitestgehende Auskunft gebe. Als ob dies nicht selbstverständlich ist. Nebenbei erlauben wir uns die Anfrage: Hat zuvor der Reichskanzler sich selbst die „weitestgehende Auskunft“ verschafft, so daß er die Gründlichkeit der Untersuchung hat feststellen können? Im übrigen: Nicht nur der Budgetkommission, sondern dem gesamten Reichstag ist der Reichskanzler die weitestgehende Auskunft zu geben verpflichtet. Und die Budgetkommission sollte sich mit solcher vertraulichen Auskunft nicht begnügen, sondern fordern, daß ebenso öffentlich wie diese und andere Fälle zur Sprache gebracht und die Betreffenden beschuldigt worden sind, nunmehr auch nicht nur das Ergebnis der Untersuchung, sondern die ganze Untersuchung selbst zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird. Denn das ist die Verwaltung schon denen schuldig, die, nach dem Ergebnis der Untersuchung, zu Unrecht schwer beschuldigt worden sein sollen. Diese ungerechtfertigterweise Beschuldigten haben ein Recht darauf, öffentlich, unter gründlichster Widerlegung jeder einzelnen der gegen sie öffentlich erhobenen Anschuldigungen oder ausgesprochenen Verdächtigungen rehabilitiert zu werden.

Aber auch soweit die erhobenen Beschuldigungen sich als begründet herausgestellt haben, hat die breitesten Öffentlichkeit einen Anspruch darauf zu erfahren, in welchen Fällen und in welchem Umfange Vergehen und Verbrechen in unseren Schutzgebieten begangen worden sind; denn diese Vergehen haben wegen ihrer teilweise ungeheuerlichkeit nicht nur das Rechts- und Sittlichkeitsempfinden des deutschen Volkes verletzt, sondern weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus in der ganzen zivilisierten Welt Staunen und Entrüstung hervorgerufen. Die Öffentlichkeit sowohl im Reich wie im Ausland muß also wissen, was an all den vorgebrachten schweren Anschuldigungen sowohl auf dem Gebiete der Rechtspflege wie auf dem der Verwaltung Wahres ist. Um das Ansehen des Deutschen Reiches als eines Rechtsstaates aufrecht zu erhalten, und um die Öffentlichkeit wieder zu beruhigen, muß die Öffentlichkeit Bewußtsein haben, daß die Verfehlungen, soweit sie sich als begangen herausgestellt haben, nach dem bestehenden Gesetz geahndet worden sind! Denn um die eigenen Worte des gegenwärtigen Leiters der Reichsgeschäfte, des Fürsten Bülow zu gebrauchen, ist „die rückhaltlose Aufdeckung solcher Vorgänge nützlich, nicht nur weil in der Öffentlichkeit ein heilsames Korrektiv liegt, sondern weil es ein gutes Zeichen für eine Institution ist, wenn nichts verheimlicht und vertuscht wird.“ So Fürst Bülow im Reichstage am 10. Dezember 1903. Sollte er sich dieser Worte nicht mehr entsinnen, so sei er hierdurch an diese für die Gerade bei dieser Gelegenheit notwendige Betätigung seiner Worte erinnert!

Es kommt aber noch ein drittes wichtiges Moment hinzu, das die Verwaltung von der Notwendigkeit eines öffentlichen Berichtes über die stattgehabte Untersuchung — nicht nur eines Berichtes über das Ergebnis die Urteile — der Kolonialskandale hätte überzeugen müssen. Im eigensten Interesse der Regierung liegt es, die vorgenommene Untersuchung bekanntzugeben. Es kann dem Reichskanzler und seinen Mitarbeitern gar nicht entgangen sein, von welchem Mißtrauen die Öffentlichkeit infolge der bisherigen Behandlung dieser „Fälle“ erfüllt ist. Man wußte und sprach es offen aus, daß eine Kränze der anderen die Augen nicht ausschalt. Speziell der Abgeordnete Klabach von der Freisinnigen Volkspartei, der einen Teil dieser Kolonialskandale zur Sprache gebracht hatte, erklärte im Reichstag rundweg, daß er sich bei der ihm als einem Juristen unbegreiflichen Art der Untersuchung und bei den auffallend milden Urteilen nicht beruhigen könne und er eine gründliche Aufklärung heischen müsse. Herr Klabach ist nun nicht Mitglied der Budgetkommission; er kommt daher nicht in die Lage, mit seinem Wissen, das er, wie man annehmen muß, über die einzelnen von ihm vorgebrachten Kolonialskandale hat, unrichtigen Ausführungen der Regierungsvertreter entgegenzutreten. Denn daß man mit solchen, gelinde gesagt, Unrichtigkeiten von Seiten der Regierung rechnen muß, kann nach dem, wiederum gelinde bezeichnet, mangelhaften und unzutreffenden Erklärungen der Kolonial-Gesheimräte Rose, v. König und Seig im Reichstag und ferner nach den von Unrichtigkeiten geradezu in einem in den offiziellen und halb-offiziösen Erklärungen zu den Kolonialskandalen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ im vergangenen Jahre nur selbstverständlich sein.

Wird sich also die Budgetkommission mit Mitteilungen begnügen, deren Wichtigkeit zu prüfen der Reichstag nach den Erklärungen der Regierung im vergangenen Jahre sowohl im Reichstage als durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ alle Veranlassung hat, deren Wichtigkeit festzustellen, aber von den der Budgetkommission angehörenden Mitgliedern, Herrn Erzberger für den einen oder anderen Fall vielleicht ausgenommen, keines in der Lage sein dürfte?!

Die „Freisinnige Zeitung“, die sich im vergangenen Jahre über die ihr bekannt gewordene koloniale Mißwirtschaft so zornig geberdete, welche betrachte Tag für Tag neue Kolonialskandale brachte und sich hierin nimmer erschöpfen und leeren zu wolle schien, ist plötzlich ganz still geworden. Seitdem den „entschiedenen Liberalen“ die Regierungssonne lächelt, ist der demokratische Ton in der „Freisinnigen Zeitung“ so sehr geschwunden, daß sie die von ihr bis dahin gründlich kritisierten amtlichen Auslassungen der „Nordd. Allgem. Ztg.“ nur noch widerspruchslos wiedergibt und sich zu ihrem Koryphäen macht. Wie werden sich nunmehr die Auser im Streit, die Herren Klabach, Müller-Reinigen, Rapp und Gidloff verhalten, die zusammen mit ihrem

Fraktionsführer Dr. Müller-Sagan sowohl im Reichstage wie in ihren zahlreich abgehaltenen Versammlungen immer und immer wieder mit Genugtuung auf die von ihnen aufgedeckten und auf die von ihnen noch aufzudeckenden (1) Kolonialskandale hingewiesen haben? Wie kommt es nur, daß die entschieden liberale Presse, voran die „Freisinnige Zeitung“, dann aber auch das „Berliner Tageblatt“ und diese „entschiedenen Liberalen“ Abgeordneten seit der Auflösung des Reichstages ihr Stedenpferd, die koloniale Mißwirtschaft, niemals wieder geritten haben? Glauben Sie nicht die Pflicht zu haben, alles das, was sie um die koloniale Mißwirtschaft noch wissen (daß dies der Fall ist, muß man nach den hochtönenden feierlichen Erklärungen der Herren annehmen), ohne Ansehen der Person zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, selbst auf die Gefahr hin, bei der an liberale Maßnahmen „denkenden“ Regierung in Ungnade zu fallen?

Wir wollen das Verhalten der „entschiedenen“ Liberalen bis zur zweiten Lesung des Kolonialetats abwarten. Den Reichskanzler und Herrn Dernburg aber möchten wir daran erinnern, daß sie dem deutschen Volke eine „gründliche Säuberung“ in der Kolonialverwaltung versprochen haben. Zeit dazu ist genug vorhanden gewesen. Ob die versprochene gründliche Säuberung aber auch wirklich stattgefunden hat, wird sich ja bald herausstellen. Nach dem von der „Nordd. Allg. Ztg.“ mitgeteilten überraschenden Ergebnis der Untersuchung müßte man freilich annehmen, daß eine gründliche Säuberung, von der die Regierung selbst sprach, die sie also selbst für notwendig erachtet haben muß, in Wirklichkeit gar nicht nötig war! Und gerade deshalb muß das Ergebnis der Untersuchung ruhig machen. Warten wir das weitere ab. Noch ist das letzte Wort über diese und andere Kolonialskandale nicht gesprochen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. April 1907.

### Etat des Reichsgesundheitsamtes.

Zu einem komischen Intermezzo gestaltete sich heute die Beratung zum Etat des Reichsgesundheitsamtes. Auf Antrag wurde nämlich die Debatte über Weingeiste Kontingentiert. Als der Präsident auf Grund dieses Beschlusses die Weinredner aufforderte, sich speziell zu dieser Debatte zum Wort zu melden, erfolgte unter unauslöschlichem Gelächter ein Sturm auf die Präsidententribüne, denn mehr als dreißig Abgeordnete rangen darum, unter den ersten in die Liste eingeschrieben zu werden. Und noch einmal durchschallte heiteres Gelächter das Haus, als um 5 Uhr ein Schlußantrag der Diskussion ein Ende setzte und darauf die „guillotinierten“ Abgeordneten darüber klagten, daß ihnen durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten sei.

In der nunmehr fortgeführten allgemeinen Beratung über das Reichsgesundheitsamt sprach der Abg. Fleischer (S.) über die gesundheitschädliche Wirkung bei der Verarbeitung giftiger Stoffe, die in ihrem verheerenden Umfange noch gar nicht recht bekannt sei. Er bemängelte die gesetzgeberischen Vorbeugungsmaßnahmen, die jedoch vom Staatssekretär verteidigt wurden.

Abg. Fischbeil regte eine bessere gesetzliche Regelung der Abdeckereifrage an, die an der Weigerung des preussischen Finanzministers, Mittel für diesen Zweck auszuwerfen, scheitert.

Die Beratung wurde sodann auf morgen vertagt. —

### Preussischer „Kultus“ — Preussisches Gesundheitswesen.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute endlich die Beratung des Kultusetats in zweiter Lesung zu Ende geführt. Das Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ ging bei den geringen Mitteln, die in Preußen dafür ausgeworfen werden, und dem geringen Interesse des Dreiklassenparlamentes für diese Fragen rasch und ohne wesentliche Debatte vorüber. Lebhafter wurde die Debatte bei den Ausgaben für das technische Unterrichtswesen. Hierzu lag zunächst ein von allen Parteien des Hauses unterstützter Antrag des Abgeordneten Dr. Friedberg (natl.) vor: an den technischen Hochschulen Extrordinariate zu schaffen, während man bisher an ihnen nur ordentliche Professoren und Privatdozenten kannte. In der Begründungsrede wies der Antragsteller darauf hin, daß es unzulässig erscheinen müsse, bauernd notwendige Vorlesungen von Privatdozenten abhalten zu lassen. Zu der Forderung aber, daß die notwendigen Vorlesungen auch von fest angestellten Professoren gehalten werden sollen, konnte man sich gegenüber dem Historismus der preussischen Schulverwaltung nicht aufschwingen. Und so schuf man denn mit Zustimmung der Regierung auch für die technischen Hochschulen das Zwischenglied der außerordentlichen Professoren, die die Pflichten ordentlicher Professoren und, wenn überhaupt eines, so ein minimales Gehalt haben.

Eine umfassendere Frage schnitt dann der Abgeordnete Racco (natl.) an. Er machte sich zum Wortführer der Forderungen des Vereins deutscher Ingenieure, der die technischen Hochschulen zum Mittelpunkt des gesamten naturwissenschaftlichen und mathematischen Unterrichts machen und demnach auch die Oberlehrer für diese Fächer auf ihnen ausbilden will. Weiterhin wird verlangt, die Techniker mehr als bisher mit den Grundrissen der Sozialgesetzgebung und der Finanzwissenschaft vertraut zu machen. Geheimrat Raumann vom Kultusministerium hielt demgegenüber an dem Standpunkt der Regierung fest, daß die technischen Hochschulen nur Anstalten zur praktischen Ausbildung von Ingenieuren sein sollten; weder sollten an ihnen zukünftige Lehrer, also Theoretiker, ihren Studiengang machen dürfen, noch auch sollten die Ingenieure mehr nach der allgemeinwissenschaftlichen Seite hin ausgebildet werden.

In vorgeleiteter Stunde erledigte man dann noch das Kapitel „Gesundheitswesen“. Kultusminister Dr. von Studt kündigte dabei einen neuen Gesetzentwurf zur Regelung des Hebammenwesens an. Die weitere Debatte wurde wiederum durch einen Schlußantrag abgeschnitten.

Morgen stehen der Senat und kleinere Etats auf der Tagesordnung.

## Deutsches Reich.

### Bürgerverehrung.

Die „staatserschallende“ Presse Deutschlands, voran die von dem Fürsten Bülow so belobigte „Deutsche Tageszeitung“, betreibt zurzeit die strapasselose internationale Verehrung. Wir möchten den Fürsten Bülow ersuchen, sich diese Ausbrüche eines gemeinschaftlichen Chauvinismus sorgfältig zu registrieren, damit er bei der entsprechenden Gelegenheit das Material darüber, wer internationale Verehrung schlimmerer Art betreibt, rechtzeitig zur Hand hat. Die chauvinistischen Ausbrüche entspringen der Reife Königs Eduards nach Spanien und Italien, speziell Eduards Zusammenkunft mit dem italienischen König in Gasta. Fürst Bülow hat zwar erst kürzlich in Neapel eine Zusammenkunft

mit italienischen Staatsmännern gehabt, aber daß nun auch Eduard der Dide in seinen Reisen die Gepflogenheit deutscher Staatsmänner und gekrönter Häupter nachahmt, wird ihm von der deutschen Chauvinistenpresse höchlichst denargt.

Die Zusammenkunft Bülows mit Tittoni wurde erst vor einigen Wochen von genau denselben staatserschallenden Blättern, die sich jetzt über Eduard des VII. diplomatische Quertreibereien entzünden, als ein Bombenerfolg Bülowscher Staatsmannskunst ausposaunt. Bülow habe sich bei jener Zusammenkunft durchaus des Einverständnisses Italiens zu der Abrüstungsfrage versichert. Und nun soll auf einmal durch die Italienreise des englischen Königs dieser glorreiche Erfolg Bülows völlig in Frage gestellt sein!

Die „Deutsche Tageszeitung“ zitiert Ausführungen der offiziellen Wiener „Neuen Freien Presse“, in denen behauptet wird, daß Eduards Besuch den Anschein erwecke, als ob vor der ganzen Welt ein diplomatisches Gefecht zwischen England und Deutschland stattfinde. Man glaube förmlich Stolz und Gegenstolz zu sehen, Ausfall und Abwehr. Es klinge durch die Luft wie ein Aufeinanderklagen von Rapieren. Noch handele es sich um diplomatische Degen: aber der König von England scheue gar nicht mehr den Einbruch, als ob es sich für ihn darum handele, die Ziele der deutschen Politik zu durchkreuzen. Ueberall werde die bange Frage aufgeworfen, ob diese mit offener Rücksichtslosigkeit fortgesetzte politische Arbeit nicht den Zweck habe, Deutschland gänzlich zu isolieren:

„Was die englische Diplomatie jetzt tut, kann nur zu einer Steigerung der Rüstungen, aber nicht zu einem Vertrag über die Abrüstung führen. Nach Carthago und Gaeta wird die Aussicht auf Verständigung in Haag noch geringer, aber die Sorge um den Krieg noch größer.“

Zur Verschärfung dieses offiziellen österreichischen „Seindbierens“ gibt die „Deutsche Tageszeitung“ noch Stellen der „Rölnischen Zeitung“ wieder, die sie gleichfalls als offiziell, also unerkennbar bülowoffiziell anspricht. Diese Ausführungen des offiziellen nationalliberalen Organs unterstützen die Ausführungen der „Neuen Freien Presse“ und gipfeln in folgendem Bassus:

„Noch ist Deutschland glücklicherweise, dank seiner eigenen Kraft, in der Lage, leidenschaftlos jeder Mißgrifflichkeit mit der kühlen Berechnung entgegenzutreten, daß ein Krieg für jeden Gegner und jede Koalition von Gegnern ein recht gefährliches Unternehmen bilde, und so lange es dafür sorgt, daß diese Rechnung richtig bleibt, werden solche Einkreisungsbestrebungen nicht in der Lage sein, die friedlichen Bahnen zu verlassen, in denen sie sich augenblicklich bewegen.“

Schneidendere Fanfaren sind nicht mehr gut möglich. Und weshalb der ganze Lärm unserer offiziellen gepfeiften Chauvinistenpresse? Weil England in dem marxistischen Weltreißer ein Haar gefunden hat, weil es dahin strebt, durch internationale Vereinbarung das Tempo des internationalen Flottenwettrüstens, wenn nicht aufzuhalten, so doch in seinem Tempo zu verlangsamen. Und dieser diabolische Plan wird von unseren Offiziellen urplötzlich als ein tödlicher Heberfall Deutschlands, als ein Einkreisungsversuch denunziert!

Daß Englands Vorgehen keineswegs idealen Friedensbestrebungen, sondern sehr realpolitischen Erwägungen entspringt, haben gerade wir wiederholt dargelegt. Aber gerade weil England kolonialpolitisch gefällig ist, erscheint sein Ruhebegründnis durchaus begründet. Es ist nichts anderes, als deutschoffizielle Gespensterfurcher, Englands Politik als eine Bedrohung Deutschlands, als einen „Einkreisungsversuch“ zu belämpfen.

Vollends die Italienreise Eduards VII. als eine Provokation und Bedrohung Deutschlands aufzufassen, liegt nicht der geringste Anlaß vor. Sind denn in Deutschland Kaiserreisen etwas so ungewöhnliches, daß das Vorgehen des englischen Königs so scharf gebrandmarkt zu werden verbiente? Hat man denn ganz vergessen, daß Wilhelm II. in einer äußerst kritischen Situation seine Fahrt nach Algier antrat und dort Reden hielt, die in ungleich höherem Maße als eine Durchkreuzung der Politik anderer Mächte angesehen werden konnten? Hat man denn ganz die Krügerbepfe und die zahllosen Kaiserreden vergessen, die das Evangelium der gepanzerten Faust predigten und die Proklamierung der deutschen Welt Herrschaft bedeuteten? Warum also auf einmal die unbegreifliche Nervosität und Intriganciecherei unserer Offiziellen?!

Wie überschätzen die deutsche offizielle Preßkannonade keineswegs. Immerhin beweist dies frivole Spiel mit dem Feuer der Völkerverehrung, wie wenig sich das Volk selbst in internationalen Fragen auf die Einsicht und das Gewissen der herrschenden Klassen und ihrer Organe verlassen darf. Erst wenn die Nationen selbst ihre Geschicke auch in der auswärtigen Politik in die Hand nehmen, wird die Gefahr tödlicher Kriegsprovokationen und der sinnlosen Zerfleischung der Völker abgewendet werden können!

### Der Kaiser und die Arbeiter.

Der englische Journalist Washford hat ein Werk erscheinen lassen, in dem die Berichte der von ihm geführten englischen Arbeiterkommission über ihre Eindrücke von der Lage der deutschen Arbeiter bekannt gegeben werden. Herr Washford hat auch eine Audienz bei dem Kaiser gehabt, über die er allerhand Mitteilungen macht.

Der Kaiser erklärte seine Freude darüber, daß eine englische Arbeiterkommission die Lage der deutschen Arbeiter durch persönliche Inaugenscheinnahme studiert habe. „Sie wissen“, sagte er nach Washford, „daß mich alles, was mit der Situation der arbeitenden Klassen zu unserem Volke zusammenhängt, eingehend beschäftigt.“ Als besonders wichtige Frage habe er die Arbeitslosenfrage bezeichnet. Im Augenblick, weil in der Periode der unvergleichlichen Blüte der Industrie, sei die Arbeitslosenfrage nicht brennend. Immerhin werde sie vielleicht später erwogen werden müssen. Seiner Meinung nach könne die Arbeitslosigkeit nicht auf dem Wege des Almosens geregelt werden. Man müsse versuchen, dem Arbeitslosen bezahlte Arbeit zu schaffen; Almosen ohne Beschäftigung wirken degenerierend. — Bekanntlich haben die deutschen Gewerkschaftsorganisationen das Problem der Arbeitslosigkeit längst in positivem Sinne behandelt. Die Frage der staatlichen Arbeitslosen-Versicherung ist ein Problem, dessen Schwierigkeiten nicht nur in dem Widerstand des Unbemerkten, sondern auch darin bestehen, daß den Arbeitslosen keine Zwangsüberweisung zu solcher Arbeit zugemutet werden darf, durch die nicht nur das soziale Fortkommen dieser Arbeiter beeinträchtigt, sondern auch dem Unternehmertum bei seiner Arbeitertrupp-politik Vorschub geleistet würde.

Nach Washford soll der Kaiser die Hoffnung ausgesprochen haben, daß ähnliche englische Arbeiterkommissionen häufig nach Deutschland kommen und deutsche Arbeiterdeputationen nach England gesandt würden. Der Kaiser scheint

Danach nicht zu wissen, daß der internationale Meinungs- und Erfahrungsaustausch längst besteht. Finden doch nicht nur allgemeine internationale Arbeiterkongresse statt, sondern auch internationale Gewerkschaftskongresse der einzelnen Branchen. Die bei dieser Gelegenheit gesammelten Erfahrungen sind, zumal sie sich auch auf das weite Gebiet der Arbeiterstatistik und Sozialstatistik überhaupt stützen, unendlich instruktiver und wertvoller als gelegentliche Reisen von Arbeiterkommissionen, die nur auf Grund oberflächlicher Eindrücke zu urteilen vermögen.

#### Russische Zustände?

Die Farmer in Südrussland sollen bekanntlich für ihre Verluste während des Aufstandes entschädigt werden. Wie wir grundsätzlich über diese Entschädigungen aus Mitteln des Reichs denken, haben wir wiederholt zum Ausdruck gebracht. Nun ist dem Reichstag eine Nachweisung über die Schadenersatzleistungen zugegangen, die einen sonderbaren Anhang hat. In dem Anhang werden nämlich 19 einzelne Personen bzw. Firmen namhaft gemacht, deren Schadenersatzansprüche in Höhe von zusammen über 800 000 R. von der Regierung abgelehnt worden sind, wogegen wir an sich natürlich nichts einzuwenden haben. Sonderbar aber mutet die Begründung der Abweisung an. Da heißt es diesmal „unwürdig“, einmal „nicht im Interesse des Schutzgebietes“, zweimal „kein im Schutzgebiet erwünschtes Element“. Aus welchen Gründen mag wohl die Verwaltung jemand als „unwürdig“ oder „nicht im Interesse des Schutzgebietes erwünscht“ ansehen? Darüber erhält man keinen vollen Aufschluß. Doch geben einige weitere Bemerkungen Raum für recht unangenehme Vermutungen. Dreimal heißt es nämlich „politisch unzuverlässig“ und einmal „politisch zweifelhaft und unwürdig“.

Es würde in der Tat allem die Krone aufsetzen, wenn die Verwaltung die an sich schon recht anstößigen Schadenersatzgeber noch — ähnlich wie die Ostmarkenzugler — dazu gebrauchen wollte, Wohnsorgen und Strafen auszuteilen für das, was sie politische Wohlverhalten oder politische Unzuverlässigkeit zu nennen beliebt. Erinnerung doch sogar schon der Ausdruck „politisch unzuverlässig“ arg an russische Zustände!

#### Der Landtagswahlkampf in Baden.

Die bayerische Sozialdemokratie hat am Sonntag den Landtagswahlkampf im ganzen Lande mit der Verteilung eines Flugblattes des Landesvorstandes eröffnet, in dem die Verleumdungen der Gegner zurückgewiesen und die positive Arbeit, die die Sozialdemokratie in einer vierzehnjährigen Landtagsstätigkeit geleistet hat, in großen Zügen dargestellt werden.

Die bamberger Rathhausjuristen wollen die Bestimmung des neuen bayerischen Landtagswahlgesetzes, daß nur wahlberechtigt ist, wer dem bayerischen Staate seit mindestens einem Jahre eine direkte Steuer entrichtet, dahin auslegen, daß auch die Steuer für das erste Halbjahr 1907 bezahlt sein müsse. Die Kreisregierung von Oberfranken hat nunmehr diese Auffassung für „korrekt“ erklärt, und so besteht die Gefahr, daß diese geschräubte Interpretation der bamberger Gemeindefürsorgen durch das ganze Land System wird. Dadurch würde die große Mehrheit der bayerischen Landtagswähler ihres Wahlrechtes beraubt. Auf dem Lande würde voraussichtlich überhaupt niemand wählen dürfen, weil dort die Steuern noch gar nicht ausgeschrieben sind und die Rentämter auch gar nicht in der Lage wären, sie vor Auflage der Wählerlisten, die Anfangs Mai erfolgt, einzuziehen. Denn zuerst müßten die Steuern in den Städten eingehoben werden, was aber gleichfalls vor der Auflage der Listen nicht mehr vollständig geschehen kann. In den großen Städten, wie z. B. in Nürnberg, erfolgt die Einhebung nach den Anfangsbuchstaben der Steuerpflichtigen; wenn nun obige Auslegung zur allgemeinen Geltung läme, würde es so kommen, daß z. B. die Steuerpflichtigen, deren Familiennamen mit den Buchstaben A bis K beginnen, ihre Steuer noch rechtzeitig bezahlen könnten, während alle übrigen ihre Wahlrecht verlieren würden, weil für sie spätere Steuerzahlungstermine festgesetzt sind. Und eine solche unbillige Auffassung wird als „korrekt“ befunden! Von sozialdemokratischer Seite sind sofort Schritte getan worden, um den Minister des Innern zu einer Neußerung zu veranlassen, ob er diese juristischen Tisseleien ebenfalls für „korrekt“ hält.

#### Ein gutes Geschäft

macht gegenwärtig die Eisenbahnverwaltung des liberalen Musterlandes mit der bevorstehenden Tarifreform. Bekanntlich heikelt Baden mit dieser „Reform“ seine überaus praktischen Kilometerhefte. Sie sind aber bis zum 30. April d. J. noch zu verkaufen und zwar mit der Gültigkeitsdauer eines Jahres. Ab 1. Mai 1908 ist es mit der Benutzung der Kilometerhefte vorbei. Natürlich sucht das fahrende Publikum zu retten, was zu retten ist. So herrscht zurzeit besonders in den größeren Verkehrscentren eine bedeutende Nachfrage nach Kilometerheften. Ein ganzes Heft, enthaltend 1000 Kilometer, kostet 25,80 M., ein halbes zu 500 Kilometer 12,90 M.; die Ersparnis gegenüber den neuen Tarifkägen ist eine erhebliche. Da die Kilometerhefte zur Fahrt auf allen Schnellzügen berechtigen. Es sucht sich auch der Unbemittelte die ihm jetzt gebotenen Vorteile zu sichern und legt sein Geld in Gestalt von einigen Kilometerheften beim badischen Staat „ansteigend“ an.

Schon einmal, im Juli des vorigen Jahres, war in Baden ein ähnlicher Sturm auf die Wälschhalter zu konstataren, als am 1. August 1906 mit der Fahrkartensteuer der Anfang zur Tarifreform gemacht wurde. Damals war auch der badische Hof so vorurteillos, sich der Fahrkartensteuer zu erwehren, denn er kaufte nach unüberwunden gebliebenen Meldungen für 1300 Mark Kilometerhefte. Man profitierte pro Heft 40 und 60 Pf.

Durch die Eskamotierung des Kilometerheftes, das sich in Baden in fast jeder Familie eingebürgert hatte, weil es zum Preise von 2½ Pf. pro Kilometer billige Fahrt gewährte, ist die an sich schon vorhandene Liebe zum preussischen Staate im Baden begriffen. Man zu kommt, daß man auch der „verschämten Armen“, als welche man die neue 3b-Klasse bezeichnet, große Sympathie entgegenbringt; diese verschleierte 4. Klasse läßt auch die Badenser nicht über ihr innerstes preussisches Wesen hinweg. Hörte man also jenseits der Mainlinie alle die sanften Wünsche, die auf den badischen Bahnhöfen laut werden, dann könnte man sich einen Begriff machen, welche tiefe Wurzeln der süddeutsche Partikularismus infolge des neuesten preussischen Fortschritts noch zu schlagen imstande ist.

#### Malmédy-Montjoie-Schleiden.

Das Generalsekretariat der rheinischen Zentrumspartei erklärt, daß die Kandidatur Perzars nicht von der Kölner Zentrumsleitung ausgeht, diese Kandidatur entspringe der völlig freien Entscheidung des Wahlkreiskomitees. Die Rheinische Volkstimme findet jetzt des Näheren Lösung in der Zusammenfassung des Malmédy-Montjoie-Schleiden-Wahlkomitees. Dieses besteht nämlich aus sieben Personen: ein Fabrikbesitzer, ein Rentner, zwei Geistliche, ein Arzt, ein Apotheker und ein Angelerter. „So sieht“ heißt es in dem zentrumsagariischen Blatt, „die Vertretung eines zu mehr als neunzig Prozent ländlichen Wahlkreises aus... Der Affront, den man den bäuerlichen Wählern von Malmédy-Montjoie-Schleiden angetan hat, schlägt seine Wellen weit über die Grenzen des Kreises hinaus, und besonders am Niederrhein macht sich eine dumpfe Gärung fühlbar, die in massenhaften an uns gelangten Zuschriften zutage tritt. Darin wird zum Teil mit einer Schärfe in der Form, die sich der

Wiedergabe entzieht, gefordert, man müsse die rätselhaften Vorgänge im Kreise Schleiden-Montjoie-Malmédy aufs genaueste beobachten, um daraus seine Konsequenzen für die Wahl bei den nächsten Wahlen zu ziehen... Das Kreiswahlkomitee hat nicht bloß in den umstrittenen Wahlkreis, sondern in die ganze Provinz, die kaum erst wieder zur Ruhe gekommen ist, Unfrieden und Zwietracht hineingetragen; die Folgen davon sind nicht abzusehen.“

Sein Zentrum ist ja vieles möglich, aber fragen darf man doch, weshalb sich die mehr als 90 Prozent ländlichen Wähler von Malmédy-Montjoie-Schleiden ein solches Wahlkomitee gefallen lassen? —

**Zur Eisenbahntarifreform.** Die Finanzkommission der Zweiten württembergischen Kammer stimmte heute der für den 1. Mai geplanten Tarifreform zu, beschloß aber, die Regierung zu ersuchen, Landesarten für die gleiche Zeitdauer zuzulassen, für die in Baden noch die Kilometerhefte gelten.

**Druckfehlerberichtigung:** In „Die Wälschgarde in der Wahlprüfungskommission“ sollte es gestern heißen (Absatz 2, Schluß), daß die Liberalen und ihre Blätter eine Resolviere anstimmten, deren Töne dem Reichstanzler jetzt minder rauch ins Ohr klingen. —

### Ausland.

#### Frankreich.

##### Die Diktatur der Bourgeoisie.

Paris, 15. April. (Fig. Ber.)

„Journal des Débats“ und „Le Temps“ pfeifen, und Clémenceau tanzt. Die Streifbewegung ist den Kapitalisten unangenehm, und flugs läßt Clémenceau ein paar Agitatoren einsperren. Diesmal gebraucht er nicht einmal den Vorwand einer „Verschwörung“ wie im vorigen Jahre, als er Griffelhue und Lévy vor dem 1. Mai verhaften ließ. Die Verhaftung Yvetots und Mards, die heute in den Zeitungen berichtet wird, ist angeblich auf Ansuchen der Staatsanwaltschaft von Rantes wegen Aufreizung zum Nord, begangen durch die Presse nach den Artikeln 23 und 24 des Gesetzes von 1881, erfolgt. Yvetot, der Sekretär der Föderation der Arbeitssöhner, wurde in Rantes selbst verhaftet, wohin er von der Arbeitskonföderation geschickt worden war, um den im Streik stehenden Hafenarbeitern beizustehen. Mard, der Delegierte der Marinearbeiter in der Konföderation und in dieser als Beamter angestellt ist, war von Yvetot nach Rantes geschickt worden, aber schon vor mehr als einer Woche zurückgekehrt. Die „Aufreizung“, die er begangen haben soll, muß also nicht sehr gefährlich gewesen sein, wenn sich das Gericht solange Zeit lassen konnte, ihn ins Gefängnis zu bringen. Noch weniger eilig hat's freilich das Gericht gehabt, den Polizisten oder Sendarmen aussändig zu machen, der in den ersten Tagen des Dodarbeiterstreiks einen Demonstranten erschossen hat.

Es scheint übrigens, daß, entgegen der offiziellen Version, die Anklage nicht wegen eines Preßvergehens, sondern wegen Veramalgamationsreden erhoben werden wird, und zwar auf Grund des berüchtigten Anarchistengesetzes (der sogenannten „loi scélérate“), zu dessen erbittertesten Gegnern Clémenceau selbst gehört hat! Aber war nicht Clémenceau auch der feurigste Anwalt der persönlichen Freiheit und des gesetzlichen Schutzes gegen grundlose Verhaftungen? Und war er nicht auch ein erklärter Verteidiger des Gemeinwohlrechtes der Beamten? Ja, welcher Freiheit war Clémenceau nicht „Kampfer“ — „einmal im Mai“?

##### Eine Skandalaffäre im Kolonialministerium.

Paris, 16. April. (Fig. Ber.)

Vor einigen Tagen brachte die „Humanité“ Enthüllungen über skandalöse Mißbräuche, die bei der Verwendung des aus Anlaß der Katastrophe von Martinique bewilligten Kredits von hohen Beamten des Kolonialministeriums verübt worden seien. Die Regierung, die offenbar die unangenehme Sache gerne im Stillen erliegen hätte und zu diesem Beginnen auch bei der bürgerlichen Presse Unterstützung gefunden hat, ist nach dem Artikel des sozialistischen Wälsers außerstande gewesen, diese Laffit fortzusetzen. Der heutige „Matin“ veröffentlicht ein Interview mit dem Kolonialminister, das die Wichtigkeit des Berichtes der „Humanité“ in allen Einzelheiten beweist!

Nach der Zerstörung von Saint-Pierre im Jahre 1902 bewilligte das Parlament etwa 3 Millionen an Entschädigungskrediten. Davon nahm das Kolonialministerium 520 000 Frank zum Zweck der Wiederherstellung der vernichteten Archive in Anspruch. Diese Arbeit war notwendig, da es galt, die Verhältnisse klarzustellen. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts werden alle die Kolonien betreffenden Akte in einem Duplikat im Archiv des Kolonialministeriums hinterlegt. Es handelte sich also um eine ungeheure Kopierarbeit — die Zahl der vernichteten Akten betrug etwa 400 000 — und die kleinen Beamten des Ministeriums hofften bei dieser Gelegenheit einen schönen Nebenverdienst zu bekommen. Sie wurden aber arg enttäuscht. Der damalige Kolonialminister hatte bestimmt, daß ein Schriftstück von 60 Zeilen mit 1 Fr., das Kolonialisieren (Vergleichen) mit 50 Cts. und jede Unterschrift mit 8 Cts. bezahlt werden sollte. Diese zwei letzten Tätigkeiten fielen, da sie den Charakter einer Kontrolle trugen, ohne weiteres den Chefs zu. zur Abschreibearbeit sollte das ganze Personal herangezogen werden. Aber die höheren Archivbeamten legten auf das ganze Material Beschlag und die kleineren Angestellten des Ministeriums besaßen nur hin und wieder etwas Arbeit zugeteilt, so daß einzelne von ihnen im Laufe der Zeit 400 bis 500 Frank ersparen konnten. Dann aber hieß es, die Arbeit sei schon so gut wie fertig und die Kredite erschöpft. Unterdes bezogen die Herren Chefs und Vizechefs des Archivs die üppigsten Nebenverdienste! Allerdings konnten sie die Arbeit, die sie den kleinen Beamten vorenthalten hatten, nicht selbst ganz bewältigen, aber sie beteiligten Verwandte und Freunde damit, die „Freundinnen“ einbezogen. — Von einem Beamten erzählt die „Humanité“, daß er seiner Geliebten täglich vom Bureau diener Akten zutragen ließ. Unter denen, die aus dem Unglück von Saint-Pierre ihren Gewinn zogen, war sogar der — Chauffeur des famosen Exministers Clémentel. Schließlich verfielen die Archivbeamten darauf, aus der Vergebung der Arbeit ein profitbringendes Unternehmen zu machen. Es fanden sich genug arme Leusel, die das Schriftstück, welches dem Beamten mit 1 Fr. honoriert wurde, für 50, ja für 25 Cts. schrieben! Die Differenz steckte der „Unternehmer“ ein. Eine Reihe dieser Beamten hat 20 000—25 000 Fr. auf diese Art „verdiene“, ein Bureauchef hat in 4 Jahren sogar 40 000 Fr. bezogen, einer ist jetzt Besitzer einer Villa bei Paris usw.

Die kaltgestellten Unterbeamten waren endlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß man sie gesoppt hatte, als man ihnen sagte, daß keine Arbeit mehr da sei. Eine Delegation ihrer Berufsvereinigungen legte dem Kolonialminister Milliods-Darrix die Madenschästen dar, und dieser ordnete sofort

an, daß Kopierarbeiten künftig nur solchen Beamten zugeteilt werden dürfen, die höchstens 4500 Fr. beziehen. Anrecht auf diese Arbeiten haben die Beamten aller Dienstzweige, und die Verteilung soll nach einem Ablösungssystem geschehen.

Die Unterjuchung, die der Minister, wie er selbst sagt, mit Widerwillen eröffnet hat, geht noch fort. Ein Verbot bei der Affäre, und die Schonung der Schuldigen ist nun nicht mehr möglich. —

#### Die wahrhaft französischen Leute.

Paris, 15. April. (Fig. Ber.)

Ein Symptom der Wut, von der die Bourgeoisie angefaßt des fortschreitenden Sozialismus ergriffen worden, ist ein Aufruf, den der heutige „Figaro“ veröffentlicht. Sein Autor ist ein Dr. juris Beandri, den offenbar der Ruch der schwarzen Vanden Ruy-Londs nicht schlafen ließ. Herr Beandri macht der Welt die Mitteilung, daß er zur Bekämpfung des revolutionären Kollektivismus, der die Regierung zum „Verbündeten und Komplizen“ habe (1), in allen Pariser Bezirken und auch in der Provinz gegenrevolutionäre Sektionen ins Leben zu rufen im Begriff sei. Er appelliert „an alle, deren Patriotismus sich empört, deren Interessen bedroht werden, deren Gewissen sich beunruhigt fühlt“ — kurz „an alle guten Franzosen“, die eine Regierung der Autorität, der Ordnung und des Fortschritts wollen. — Das Aktionsprogramm des Herrn Beandri ist in folgenden wiederholenden Sätzen niedergelegt: „Am Frankreichs Leben zu sichern, sind wir zu allem bereit, selbst zum Kampf mit den Waffen. Zahlreicher als man denkt sind die Patrioten ohne Furcht und Tadel, die vor Begierde glühen, die Gefahren und den Ruch künftiger Schlachten zu teilen... Wir werden unseren Platz in den ersten Schlachtreihen suchen, möglichst nahe der Horde der Vaterlandslosen und den Spionen der sozialen Republik... Wir werden zunächst für die unmittelbare Eroberung der Wissenschaftsfreiheit und der Freiheit der Arbeit kämpfen. Jede Arbeitsbörse, von der ein antifröhenwort oder eine Aufforderung zum Bürgerkrieg ausgeht, muß sofort geschlossen, jeder ungesellig organisierte Beamte, der von den Ideen des Internationalismus beherrscht wird, definitiv abgesetzt werden. Endlich muß die Arbeitskonföderation aufgelöst werden... Wenn die Regierung diese Mission erfüllt, wird sie keine energischeren Helfer haben als uns. Wenn sie sich aber dieser Pflicht entzieht, wird der Augenblick für unsere Freunde da sein, in die Reihe zu treten. Möge die Stunde des letzten Kampfes kommen, der „große Abend“; wir sind bereit. Wir konspirieren nicht, denn heißt es konspirieren, wenn wir den elenden Aposteln des Antipatriotismus zurufen: Wir kennen euch und behalten euch im Auge? Wenn ihr, entgegen unseren Hoffnungen, nicht sofort unter die Schärfe des Kriegsrechts fallen werdet, werden wir uns selbst damit befassen, euch ungeschädlich zu machen! Und die Geißeln, die man an die Mauer stellen wird, werden andere Leute sein, als man denkt.“

Es ist charakteristisch, daß der „Figaro“ diesem tollhämischen Gerede eine und eine halbe Spalte einräumt und nur eine Verwahrung in bezug auf den vom Autor gepredigten Bürgerkrieg beifügt. Natürlich wird niemand die Renommisterei des Dr. Beandri ernst nehmen. Wozu die Selbstwehre der „Gutgehumten“ gerade noch taugt, hat man ungefähr bei den Kircheninventuren gesehen, wo sie sich an Polizisten austobten, denen häßliche Zurückhaltung gegen die vornehme Gesellschaft kommandiert war. Vor energischen Arbeiterkäuften würde sie rasch Reichthum nehmen. Allerdings brauchte sich Herr Dr. Beandri gar nicht so zu erhitzen. Ist doch Clémenceau auf dem besten Wege, das ganze Programm seines Wunschzettels zu erfüllen. —

#### Belgien.

##### Der Staatsstreik und die Arbeiterschaft.

Brüssel, 17. April. (B. L. B.) Der Generalrat der Arbeiterpartei beschloß in einer Sitzung im Volkshaus unter Zustimmung der sozialistischen Deputierten und Senatoren, an das Land eine Erklärung zu richten, in der vor allem die wirtschaftliche Bedeutung der Zurückziehung der Berggesetzvorlage hervorgehoben werden soll. Ferner wurde beschlossen, am 28. April und am 1. Mai im Lande zwei große Kundgebungen zugunsten der Einführung des Achtstundentages zu veranstalten. —

Brüssel, 17. April. (B. L. B.) Wie verlautet, hat der König die Demission des Kabinetts abgelehnt; nur der Arbeits- und der Landwirtschaftsminister sollen ersetzt werden. Sollte das neue Kabinett keine Mehrheit in der Kammer erzielen, so wird voraussichtlich zu einer Auflösung des Parlaments geschritten werden. Eine solche Auflösung wird aber von den Mitgliedern der Rechten sehr befürchtet, und es ist daher möglich, daß das neue Kabinett die notwendige Mehrheit erlangen wird.

Brüssel, 17. April. Die liberale Linke hat heute eine Tagesordnung angenommen, in der sie sich bezüglich der Zurückziehung der Berggesetzvorlage ein parlamentarisches Vorgehen für den Tag des Wiederzusammentretens der Deputiertenkammer vorbehält und mit Energie gegen die schwere Verletzung, die der Würde des Parlaments zugefügt sei, und gegen die Haltung des Kabinetts protestiert, die den parlamentarischen Gewohnheiten widerspreche.

#### England.

##### Freiheit und Gerechtigkeit.

London, 17. April. Die aus Anlaß der Kolonialkonferenz hier weilenden kolonialen Premierminister wohnten gestern Abend einem vom „Eighty Club“, einer liberalen Vereinigung, veranstalteten Bankett bei. Louis Bofha, der Premierminister von Transvaal, stand im Mittelpunkt des Interesses. Der Premierminister Campbell-Bannerman, der die Gänge begrüßte, führte in seiner Ansprache aus, die Liberalen seien dafür, daß das britische Reich auf dem Boden der Freiheit und der Gerechtigkeit erhalten bleibe; denn ohne diese verbiete es nicht fortzubestehen.

Botha hielt einen Trinkspruch auf die Reichsregierung und erklärte darin, daß das Vertrauen, das Transvaal bezeugt worden sei, niemals vergessen werden würde. Transvaal habe die ihm entgegengetretene Freundschaft ergriffen und werde sie nimmer lassen. Der Unterstaatssekretär der Kolonien, Churchill, führte aus, das Prinzip der Selbstregierung sei das einzige Prinzip, das geeignet sei, das Reich zusammenzuschließen. Die Reichsregierung sei entschlossen, Botha von ganzem Herzen bei der Verschmelzung der drei großen Nationen zu einer Afrikonföderation unter britischer Flagge zu unterstützen.

##### Berufung in Strafsachen!

London, 17. April. Unterhaus. Der Generalstaatsanwalt Sir John Lawson Walton brachte eine Vorlage betreffend Errichtung eines Berufungsgerichts für Strafsachen ein, das die Befugnis erhält, Verurteilungen wegen strafrechtlicher Vergehen der Revision zu unterziehen. —

### Gewerkschaftliches.

#### Terror.

Die Scharmacher im Arbeitgeber-Verbande der Holzindustrie in Düsseldorf berufen den an ihre Kollegen daselbst folgendes Zirkular:

**Arbeitgeber-Verein der Holzindustrie  
und Schreiner-Zunft Düsselbör.**

Düsselbör, den 12. April 1907.

An unsere Mitglieder!

In der außerordentlichen gemeinsamen Generalversammlung vom 10. April wurden eine Reihe Herren gewählt, welche in den nächsten Tagen alle Betriebe daraufhin kontrollieren sollen, ob Schreiner aus den im Lohnkampfe befindlichen Orten hier beschäftigt werden.

Abgesehen von der Ehrenpflicht, unsere kämpfenden Kollegen durch Nichtinanspruchnahme von deren Leuten zu unterstützen, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß es sühndgemäß bei hoher Strafe verboten ist, Streikende oder Ausgesperrte aus Verbandsorten zu beschäftigen.

In Frage kommen folgende Orte:

1. Berlin und Vororte, 2. Kiel, 3. Burg, 4. Lübeck und zwar seit Anfang Januar,
5. Bernau, 6. Dresden, 7. Leipzig, 8. Halle, 9. Görlitz, 10. Spandau, 11. Wismar, diese seit Ende März.

Da mehrfach die Schreiner kurze Zwischenstellen in anderen besonders kleinen Vororten benutzt haben, um so ihre Herkunft aus Streikorten zu verschleiern, wolle man nicht nur die letzte Stelle prüfen, sondern an Hand der ja nach Provinzen verschiedenen Quittungsmarken auf den Invalidentarten genau feststellen, ob einer der obigen Orte in Frage kommt.

In diesen Fällen sind die betreffenden schleunigst zu entlassen, selbstredend unter Wahrung der gesetzlichen Vorschriften in Bezug auf etwaige Kündigungsfrist und Vollendung von Afforden.

Die Personalien derartiger Leute bitte dem Vorsitzenden des Arbeitgebervereins umgehend zu melden, ebenso wie etwaige zweifelhafte Fälle.

Freiwillige Beiträge für Berlin und die anderen Kampforte bitte den mit der Sammlung beauftragten Herren Karl Stürmann und Berschulil oder direkt dem Kassierer des Arbeitgebervereins Herrn Gottlieb Neumann baldigt zu überweisen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorsitzende des Arbeitgebervereins  
Paul Siebel

Der Obermeister der Schreiner-Zunft  
Heinr. Fuhs.

Die nämlichen Leute, die stets über Terrorismus der Arbeiter salbadern, üben hier einen unerhörten Terrorismus aus. Bei Androhung hoher Strafen fordern sie die Unternehmer auf, Arbeiter zu entlassen, die ohne eigenes Verschulden vom Unternehmertum auf die Straße geworfen wurden und nun andere Arbeit fanden. Und nicht allein das; sie verlangen auch noch ein Namensverzeichnis dieser Arbeiter, um sie dauernd dem Hunger überantworten zu können, um diese Arbeitswilligen an freiwilliger Arbeit zu hindern. Offener ist noch nie gegen § 153 der Gewerbeordnung verstoßen worden.

Defnen sich für die Unterzeichner des „Zirkulars“ die Pforten des Gefängnisses oder findet hier wieder das bekannte Ministerwort: „Wenn zwei daselbe tun, ist es nicht daselbe.“ Anwendung?

**Berlin und Umgegend.**

**Küftung, Klempner!**

Die Firma Bauer, Hohenzstraße 15, hat den Tarif nicht anerkannt. Angekündigte Verhandlungen hatten keinen Erfolg. Zwei Kollegen erhalten den tarifmäßigen Lohn. Achte jeder Kollege darauf, daß er nur zu den tarifmäßigen Löhnen eingestellt werde; es muß uns dann gelingen, den Tarif zur Anerkennung zu bringen. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Berlin.

**Die Tarifbewegung im Baugewerbe.**

Bis jetzt ist es noch zu keiner endgültigen Entscheidung gekommen. Am Mittwoch waren die Vertreter der Parteien wieder auf dem Gewerbeamt beisammen. Sie verhandelten von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, jede Partei für sich unter Zuzugabe ihrer Vertrauensmänner im Einigungsamt. Eine Verständigung konnte jedoch nicht erzielt werden. Das Einigungsamt fällt deshalb einen Schiedspruch, der nach Eröffnung der Sitzung, bei der auf Verlangen der Unternehmer die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, verkündet wurde. Man konnte aber den Schiedspruch unmittelbar nach Schluß der Sitzung erfahren. Er lautet:

„Mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage im Baugewerbe empfiehlt das Einigungsamt den Parteien, einen Tarif auf die Dauer von drei Jahren abzuschließen, den gegenwärtigen Stundenlohn im ersten Jahre der Tarifdauer um 3 Pf., im zweiten Jahre wieder um 2 Pf. und im dritten Jahre nochmals um 2 Pf. zu erhöhen, die gegenwärtig bestehende neunstündige Arbeitszeit aber für die Dauer des Vertrages beizubehalten.“

Den Parteien wird eine Frist bis zum 24. April gesetzt, innerhalb deren sie sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs zu erklären haben. Erfolgt bis zum 24. April keine Erklärung, so gilt der Schiedspruch als abgelehnt.“

Als die Sitzung geschlossen war, verabschiedeten sich einige hervorragende Führer der Arbeitgeber von einigen Vertretern der Arbeiter in sehr höflicher Form und bemerkten dabei:

„Es hat uns gefreut, fünf Jahre mit Ihnen zusammen zu arbeiten. Jetzt sehen wir uns nicht wieder. Diese Vorschläge können wir nicht annehmen. Jetzt gibt es einen Kampf, wie er noch nie dagewesen ist. Also nochmals Adieu! Wir sehen uns nicht wieder.“

Die Arbeiter der Englischen Gasanstalten waren am Montag zahlreich im Hofpavillon versammelt, um über einige den Arbeiterauschüssen zu überweisende Forderungen zu beraten. Eingang der Versammlung hielt Hermann Mannheim ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über „Die Hilfsmittel der Arbeiter im Kampfe um das Dasein“. — Die Vertrauensleute und Ausschussmitglieder unterbreiteten der Versammlung die Anträge: 1. Forderung der Verkürzung der jetzt zehn Stunden betragenden Arbeitszeit auf neun Stunden für sämtliche Hofarbeiter, Handwerker und Außenbetriebsarbeiter; 2. Zahlung eines Zuschlages von 50 Prozent für Sonntagarbeit; 3. Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, analog den Bestimmungen der Stadt Berlin. Nach kurzer zusammenfassender Debatte wurden diese Forderungen gutgeheißen und fanden einstimmige Annahme. Zwei Resolutionen, deren eine die Arbeiter zum festen Zusammenschluß in der zuständigen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter auffordert, und die andere den städtischen Kollegen die tatkräftige Unterstützung der Arbeiter der Englischen Gasanstalten bei der Durchführung ihrer Forderungen auspicht, gelangten ebenfalls einstimmig zur Annahme. — Vor Eintritt in die Tagesordnung hatten sich die Versammelten zu Ehren des verstorbenen Genossen Auer von den Plägen erhoben.

Der Streik der Leitergerüstbauer dauert unverändert fort. Die Situation für die Streikenden hat sich insofern günstiger gestaltet, als sich seit Dienstag die 6 Poliere von der Firma Arndt u. Co. ebenfalls, und zwar durch das sonderbare Vorgehen des Firmeninhabers den Streikenden angeschlossen haben. Die 6 Poliere hatten am Montagabend unter sich eine Aussprache, auf Grund welcher sich dieselben dahin einig wurden, daß sie mit Rücksicht auf die für sie selbst erhöhte Lebensgefahr, welche dadurch entsteht, daß sie von der Firma angehalten wurden, mit unüblichen Arbeitswilligen zu arbeiten, die Arbeit abzulehnen. Sie wurden am Dienstagmorgen, nachdem die Firma noch am Montagabend telephonisch davon benachrichtigt war, bei Herrn Arndt vorstellig und gaben ihm ihren Entschluß bekannt. Die Poliere erklärten sich bereit, die

Arbeit fortzusetzen, wenn Herr Arndt einwilligt, daß sie, die 6 Poliere, zusammen eine Kolonne bilden könnten, auch wollten sie Plagarbeit verrichten. Herr Arndt herrschte die Leute an, wie sie sich unterstellen könnten, nach dem Platz zu kommen. Ihre Pflicht sei es gewesen, nach der Arbeitsstelle zu gehen; sie hätten somit den Vertrag gebrochen. Herr Arndt händigte jedem einzelnen ein bereits ausgefertigtes Scheißstück aus, laut welchem er jedem eine Bedenkzeit von 1 1/2 Stunden gewährte. Sollten sie jedoch nicht gewillt sein, die Arbeiten wie bisher auszuführen, dann seien sie entlassen. Die 6 Poliere nahmen unter diesen Umständen die Entlassung an. Daburh ist nun die Firma Arndt u. Co. in größte Verlegenheit geraten, so daß sie die Arbeiter in der Marineausstellung nicht ausführen und deshalb regerechtig gemacht werden kann. Die ausführende Firma „Deutsche Hausbau-Gesellschaft“ hat nunmehr die Küstarbeiten in eigener Regie übernommen. Die Firma hat mit der Lohnkommission verhandelt und die Forderungen unterschriftlich anerkannt, und zwar mit der Maßgabe, daß die Firma Arndt u. Co. keinerlei Vorteile durch dieses Abkommen erzielt. — Die Arbeit ist infolgedessen am Mittwoch früh in der Ausstellung aufgenommen worden und werden dafelbst 36 Mann beschäftigt. Die nächste Versammlung der Streikenden, an welcher auch die in Arbeit stehenden Gerüstbauer teilnehmen, findet am Freitag im „Englischen Garten“ statt.

Zu dem drohenden Ausbruch der Brauerkrieger, wegen Ablehnung der neunstündigen Arbeitszeit, erklärte der Syndikus des „Vereins der Brauermeister Berlin und Umgegend“, die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit könne aus dem Grunde nicht gewährt werden, weil für alle anderen Arbeiterkategorien die 9stündige Geltung habe. Man werde den Vätern vielleicht durch Einlegen von Pausen entgegenkommen, um einen Ausgleich herbeizuführen. Man erwarte, daß auf dem Wege der Verhandlungen noch ein Ausgleich erzielt und kein Kampf ausbrechen werde.

**Deutsches Reich.**

**Die Friedensverhandlungen in Hamburg.**

Hamburg, 17. April 1907.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Heute nachmittag hat eine Versammlung der Schauerleute stattgefunden, die zur Frage der Reisefeier Stellung nahm. Im Anschluß an diese Versammlung findet heute abend in Hamburg eine Versammlung sämtlicher Hafnarbeiterorganisationen statt. Nachdem der Vorsitzende mitgeteilt hatte, daß er mit dem Parteivorstand in Berlin konferiert habe und nach einer ziemlich lebhaften Debatte saßten die Schauerleute folgenden Beschluß:

Die Versammelten beschließen, falls die Aussperrung vom Hafenbetriebsverein tatsächlich aufgehoben wird, trotzdem sie die Arbeitsruhe am 1. Mai als würdigste Form der Feier halten, im Interesse des Friedens in diesem Jahre von der Teilnahme durch Arbeitsruhe Abstand zu nehmen. Diese Resolution hat für die Schauerleute nur dann Verbindlichkeit, wenn die übrigen Hafnarbeiter daselbe beschließen.

**Unternehmerstil.**

Die Bleiglas- und Glasmaler in Düsseldorf haben kürzlich über die zwei Glasmalerfirmen Friß Hauswald und Heinrich Wunderwald die Sperre verhängt. Durch besondere Dreistigkeit zeichnet sich von diesen beiden Unternehmern Herr Hauswald aus. Er hatte folgendes Plakat in seiner Werkstatt angeschlagen:

„Zur Unterdrückung der überhandnehmenden Faulheit unter den Gehäusen sehen wir uns zu dem einzig bleibenden Nahrungsmittel gezwungen, von heute ab ohne Kündigung zu arbeiten.“

Tagelöhne werden stündlich entlassen. 23. 3. 07.“

Auch im übrigen soll die schlechte Behandlung, die hier den bisher unorganisierten Gehäusen geboten wurde, alles übertreffen, was man in anderen derartigen Werkstätten erlebt. Diese Dinge haben bis jetzt wenigstens den guten Erfolg gehabt, daß die Gehäusen den Weg zur Organisation gefunden haben und sich die Behandlung nicht mehr bieten lassen.

Die Arbeiter der Linoleumfabrik „Schlüsselwerke“ zu Delmenhorst befinden sich im Streik. Es wird nun versucht, unter der Hand Kontorpersonal nach hier zu ziehen, angeblich, um schriftliche Arbeiten zu machen. Es ist festgestellt, daß Kontorpersonal hier in Uebervoll vorhanden ist und die nach hier Bezogenen allem Anschein nach nur Arbeitswilligenleiste verrichten sollen. Zugug ist nach wie vor streng fernzuhalten. Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter. Zahlstelle Delmenhorst.

**Hort mit dem Harmonie-Dusel.**

Die „Westdeutsche Arbeiter-Post“, das Blatt der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen, weist darauf hin, daß die Reformbewegung in den Gewerkschaften, die den verschiedenen Kampf für die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse vertritt, sich von jeher gegen die alte Lehre von der Harmonie der Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewendet habe. Aber keine Generalversammlung der Gewerkschaften habe sich bisher bemüht gefunden, diese Theorie aufzugeben, trotzdem sie in der Praxis längst über den Haufen geworfen sei.

„Eben gibt“, heißt es dann weiter, „der Generalkrat der Maschinenbauer eine Broschüre heraus über die Lohnkämpfe des Gewerkschafts in 1906. Wir finden da Berichte von etwa 97 selbstständig geführten Lohnkämpfen, teils solche mit, teils ohne Streik. Wer nun noch von Harmonie redet, belügt sich selbst, denn es gibt keinen schlagenderen Beweis gegen die Harmonie als solche, wohl einmal ganz vollständige Sammlung von Lohnkämpfen eines Gewerkschafts aus einem Jahre. Angefichts dieser Umstände fragen wir, ob es denn nun nicht angebracht sei, auf dem kommenden Verbandstage die Stellung der Gewerkschaften zum Unternehmertum zu beraten und die Harmonielehre endgültig auszuschleppen? Zur Klärung der Köpfe in den Gewerkschaften und zur Vereinheitlichung der Agitation wäre das sehr dienlich.“

**Ausland.**

**Der Ausbruch der Nahrungsmittelarbeiter.**

Paris, 15. April. (Fig. Ver.)

Der Widerstreik beginnt sich den Unternehmern nun doch empfindlich bemerkbar zu machen. In einigen Bezirken waren die Meister nicht imstande, ihre regelmäßigen Kunden zu befriedigen. In St. Cloud hat der Bürgermeister Militärbäder requiriert.

Ein gutes Beispiel von Unparteilichkeit hat der sozialistische Bürgermeister Escartefigne von Toulon, wo die Bäcker gleichfalls im Streik stehen, gegeben. Um die Versorgung der Stadt mit Brot zu sichern, ohne den Meistern Streikbrecher zur Verfügung zu stellen, hat er die kommunale Brotproduktion organisiert. Die Arme- und Marinebäcker sind aus den Privatwerkstätten zurückgezogen worden. Die Gemeindebeamten haben außerordentlichen Dienst, um den Verkauf zu überwachen. Die Streikenden haben den Bürgermeister zu seiner Verfügung begünstigt. Die Streikkommission versichert weiter, daß die Ausständigen durch ihre Haltung dem sozialistischen Gemeinderat keine Verlegenheit bereiten werden und erklärt, daß sie an dem Streikunflug, der in der Sonntagnacht bei der für dies Krankenhaus liefernden Bäckerei angeordnet wurde, keinen Anteil genommen haben.

**Dreitausend Staatsbeamte für die Gewerkschaftsfreiheit.**

Paris, 16. April. (Fig. Ver.)

Gestern abend haben die Staatsbeamten und Staatsarbeiter der verschiedenen Ressorts eine gemeinsame Versammlung veranstaltet.

die einen imponierenden Verlauf nahm. Die Vertreter der großen Gewerkschaften der gewerblichen Arbeiter und der staatlichen Manufakturen versprachen, den um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Beamten mit allen Kräften beizustehen. Vor der sozialistischen Partei waren die Genossen Dejeante und Renaudel delegiert worden, deren scharfe Reden gegen das Ministerium starken Beifall fanden. Eine einstimmig angenommene Resolution fordert das uneingeschränkte Gewerkschaftsrecht für die Beamten und die sofortige Einstellung des Disziplinarverfahrens, das gegen sieben Gewerkschaftsleiter der Lehrer und Postbeamten eingeleitet worden ist.

**Streik und Aussperrungen in Schweden.**

Eine allgemeine Aussperrung der Kaisergehäusen in Stockholm ist am Montag durchgeführt worden. Sie erstreckt sich auf ungefähr 1000 Mann. Ursache der Aussperrung sind Forderungen auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung. Zwar wurde vorher mit den Unternehmern verhandelt, doch kam es zu keiner Einigung, weil die Unternehmer auf die zehnstündige Arbeitszeit bestanden und nicht über 84 Oere Stundenlohn bewilligen wollten. — Die Hafnarbeiter von Korcköping haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt, nachdem Verhandlungen mit den Unternehmern gescheitert waren. — Die städtischen Arbeiter von Göteborg stehen nun seit ungefähr 14 Tagen im Streik. Die städtische Verwaltung sucht Streikbrecher heranzuziehen, bietet ihnen 70 Oere Stundenlohn, während die Verhandlungen mit den organisierten Arbeitern an einer Forderung von 88 Oere Stundenlohn gescheitert sind.

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**

**Der erste Mai und die Hafnarbeiter.**

Hamburg, 17. April. (B. Z. B.) In einer heute abend stattgehabten Versammlung sämtlicher Hafnarbeiter wurde eine Resolution gefaßt, worin erklärt wird, daß sich die Hafnarbeiter unter voller Wahrung des Staudpunktes, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai die würdigste Feier sei, in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse veranlaßt sehen, in diesem Jahre von der Teilnahme an der Reisefeier durch die Arbeitsruhe abzusehen. Die Versammelten beschließen, einen Teil ihres am 1. Mai verdienten Tagelohnes an die ausgesperrten Schauerleute abzuführen.

**Die Hamburger Aussperrung vor der Bürgerschaft.**

Hamburg, 17. April. (B. Z. B.) Zu Beginn der heutigen Bürgerschaftssitzung interpellierte der sozialdemokratische Abgeordnete und Redakteur des „Hamburger Echo“, Emil Fischer, die Mitglieder der Deputation für Handel und Schifffahrt, welche Schritte diese Behörde zur Beilegung des Hafnarbeiterkonfliktes getan habe und was sie zu tun gedente. Das Mitglied der Deputation, Eisse, gab eine allemfähige Darstellung der Entstehung des Konfliktes und erklärte, daß dieser von den Schauerleuten provoziert worden sei. Dr. Karl Petersen, von den vereinigten Liberalen, rügte, daß Eisse, als Vertreter einer Hamburger Behörde, nicht unparteiisch gesprochen habe. Auch die politische Presse, speziell die „Hamburger Nachrichten“ und das „Hamburger Fremdenblatt“, hätten in unerhörter Weise gesündigt, indem sie die Gegenseite verschärften, anstatt der Aufgabe der politischen Presse entsprechend, sie auszugleichen. Es sprachen dann noch Dr. Rommjen, Syndikus der Hamburg-Amerika-Linie, und Dr. Westphal von der Fraktion der Rechten, der es für ungewöhnlich hielt, daß sich die Deputation in den Konflikt einmischte. Darauf wurde zur Tagesordnung übergegangen.

**Vom Hauseinsturz in Breslau.**

Breslau, 17. April. (B. Z. B.) Von den bei dem Einsturze des Neubaus in der Kaiser Wilhelmstraße verschütteten Personen werden noch zwei vermißt. Im Laufe des Nachmittags erschienen der Oberpräsident, der Polizeipräsident, der Oberbürgermeister, mehrere Bourgeois sowie der Vertreter der Staatsanwaltschaft auf der Unglücksstätte. Die Trümmermassen sind durch brennende Resten, die zum Trocknen der Wände aufgestellt waren, in Brand geraten. Die Feuerwehr war abends noch mit dem Ablöschen der Trümmermassen und mit Versuchen zur Rettung der Vermißten beschäftigt.

**Feldsturz.**

Jansbrunn, 17. April. (B. Z. B.) Vom Südbahange des Almesurhades in der Lechtaler Reite erfolgte gestern abend ein Feldsturz. Der Weilerbach und die Gemeinde Kafferein am Allberg war äußerst bedroht. Zehn Meter vor dem letzten Haus stautete sich die Trümmermasse haushoch. 80 000 Quadratmeter guter Wiesengrund wurde verschüttet. Ein Grundstück eines Bauern wurde total vernichtet. Schon mittags war das Krachen so heftig, daß die Bewohner die Häuser verließen. Hoch oben wurden immer größer werdende Risse bemerkbar und zur Dämmerzeit erfolgte der Riesensfeldsturz, der wohl 1 Million Kubikmeter umfaßt. („Frankf. Ztg.“)

**Kellnerstreik in Paris.**

Paris, 17. April. (B. Z. B.) Die meisten Kellner der großen Boulevards-Cafés und Restaurants sind heute abend in den Ausstand getreten. Der Streikbefehl war ihnen vom Syndikatsauschuss mittels versiegelter Briefe zugegangen und sofort befolgt worden. Die Restaurants, deren Personal sich dem Auslande nicht angeschlossen hat, werden polizeilich bewacht. Die Ausständigen verlangen u. a. Regelung der Arbeitsstunden und feste Löhne.

**1000 Arbeiter ausgesperrt.**

Konstanz, 17. April. (B. Z. B.) Die Arbeiterfirma Rotte u. Delecluse hat infolge einer von den Arbeitern verlangten Lohn-erhöhung heute morgen die Fabrik gesperrt. 1000 Arbeiter sind beschäftigungslos.

**Abgedaukt.**

Rom, 17. April. (B. Z. B.) Finanzminister Mussolini hat, wie die „Tribuna“ meldet, sein Entlassungsgesuch eingereicht.

**Die Kämpfe in Lodz.**

Lodz, 17. April. (B. Z. B.) Von einem besonderen Korrespondenten.) Der Kampf zwischen den Parteien dauert fort. Heute wurden hier fünf Personen erschossen und sechs verwundet, auch Ueberfälle zur Verübung offener Läden und Kontore kommen vor. Dreißig Personen wurden verhaftet.

**Eine Schreckensstat.**

Riga, 17. April. (B. Z. B.) Ein Arbeiter schloß im Deltium seiner Schwester, Reffen, Rechte und ihrem Kinde den Bauch auf.

**Erdbeben und Unwetter.**

Madrid, 17. April. (B. Z. B.) Gestern nachmittag ist in Loiana (Murcia) eine heftige Erderschütterung wahrgenommen worden, die fünf Sekunden dauerte. Im Norden Spaniens wütel ein heftiger Sturm. In Bilbao ist der Schiffsverkehr eingestellt worden.

Reichstag.

81. Sitzung vom Mittwoch, den 17. April 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern, Kapitel Reichsgesundheitsamt.

Abg. Dr. David (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, von den bei diesem Kapitel zur Verhandlung kommenden Fragen die Weinfrage gesondert zu beraten.

Mehrere Abgeordnete sprechen sich in gleichem Sinne aus. Es wird beschlossen, die Weinfrage zuerst zu beraten.

Präsident Graf Stolberg: Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich noch einmal zum Wort zu melden, da ich nicht wissen kann, wer von den Herren, die zum Worte gemeldet sind, zur Weinfrage sprechen will.

Es entsteht ein Sturm von Abgeordneten zu den Seiten der Schriftführer, die im Augenblick von etwa 90 Abgeordneten umlagert sind. (Schallende Heiterkeit.)

Mit zur Verhandlung steht eine Resolution des Zentrums befaßt einer Revision des Gesetzes betr. den Verkehr mit Wein; danach sollen zur Ausführung des Weingesetzes und zur Ueberwachung des Weinbaues und Weinhandels besondere Beamte angestellt und jede Weinhandlung der zuständigen Verwaltungsbehörde angemeldet werden; ferner soll die ständige Führung eines Lagerbuchs zur Pflicht gemacht, der Zusatz von Zuckerwasser wirksamer eingeschränkt, die Deklarationspflicht für den Verkauf von Rotwein mit Weinweissage und jede absichtliche Uebertretung des Gesetzes mit Freiheits- und Geldstrafe geahndet werden.

Abg. Dr. Kuegelberg (Z.) (bei der großen Unruhe zuerst sehr schwer verständlich): Bei der letzten Besprechung des Weingesetzes sind die Zustände im deutschen Weinhandel als außerordentlich schlimme hingestellt worden. Das hat Erbitterung bei den Interessenten hervorgerufen und der ausländische Presse willkommene Material zur Diskreditierung des deutschen Weinhandels geboten. Namentlich ist das Moselweingebiet angegriffen worden, ohne daß seine Vertreter in der Lage waren, diese Angriffe zurückzuweisen.

In seinen weiteren Ausführungen polemisiert der Redner gegen die Abg. Stauffer, Köstke und Ehrhart und begründet die einzelnen Forderungen der Resolution des Zentrums.

Abg. Dr. David (Soz.):

Die Abg. Stauffer und Köstke haben bei der letzten Besprechung des Weingesetzes Behauptungen gemacht, welche die größte Erregung hervorgerufen haben, weil man sie als Diskreditierung des deutschen Weinbaues auffassen mußte. Herr Stauffer hat auch einen Fall aus Rüdesheim erwähnt und in einer Weise behandelt, daß sich nicht nur die Schuldigen, sondern die ganze Gemeinde und das ganze Gebiet getroffen fühlen mußten. Es wäre wünschenswert, wenn man eine Verschuldigung gegen eine einzelne Firma nicht in einer solchen Weise verallgemeinern würde, daß man eine ganze Gegend auf die Anklagebank setzt. Uebrigens zeigt gerade dieser Fall, wie notwendig eine einheitliche Kontrolle in Deutschland ist. Im allgemeinen muß ich sagen, haben die Herren Köstke und Stauffer durch ihre Verallgemeinerungen und Uebertreibungen unserem Weinbau nicht genügt, namentlich auch nicht im Interesse der kleinen Weinbauern. Es ist eine unglückliche Tatsache, daß die Vertreter eines Weinbaugesbietes die eines anderen Weinbaugesbietes zu diskreditieren suchen; denn der Erfolg ist schließlich eine Diskreditierung der ganzen Weinbaubranche. Uebrigens ist dies nur eine Folge davon, daß wir keine einheitliche Weinkontrolle haben; deshalb greifen die einzelnen Gebiete zur Selbsthilfe, indem sie bei Prozessen, welche ihre Solvenz in Frage stellen, die Schuld auf ein anderes Weinbaugesbiet mit milder scharfer Kontrolle abzuwälzen suchen. Daß auch wir bereit sind, mitzuwirken und zu helfen, hat unser Kollege Ehrhart bereits am 7. März dargelegt. Ich will mich darum nicht auf Einzelheiten einlassen. Im allgemeinen sind wir einverstanden, daß eine scharfe Qualitätskontrolle eingeführt wird, daß der Zuckersatz verboten wird und daß versucht wird, eine Uebereinstimmung über die Volumeneingrenzung zu erzielen. Wir sind bereit, zu erwägen, wie weit schärfere Bestrafungen eintreten müssen; denn daß da, wo Hunderttausende verdient worden sind, mit Strafen von einigen tausend Mark vorgegangen wird, ist geradezu eine Aufforderung zur Fälschung. Graf Posadowsky hat angeführt, daß eine einheitliche Kontrolle sehr kostspielig wäre, und zur Vereinfachung dieser fiskalischen Schwierigkeiten hat man verlangt, daß die Kosten durch neue Steuern aufgebracht werden sollen. Wir würden das auf keinen Fall mitmachen; denn die Ankündigung dieser Ausnahmesteuer hat schon eine hochgradige Erregung hervorgerufen, und es würde gesagt werden können, daß von Preußen versucht wird, den Weinbau mit einer überaus ungerechten neuen Steuer zu belasten. Die Frage wird zufriedenstellend nur durch eine einheitliche strenge Rahmungs- und Qualitätskontrolle gelöst werden. Man hat früher Rahmungsstellen geschaffen, aber heute ist es unter dem Einflusse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung noch viel schlimmer geworden. Was man auch heute an Lebensmitteln laßt, stets riskiert man gesundheitschädliche Produkte einzulassen. Auf allen Gebieten der Nahrungsmittelproduktion ist die Kontrolle unzureichend. Aus diesem Grunde sollte die Reichsregierung alles aufbieten, um zu verhindern, daß die preussische Regierung die Dinge noch weiter hinauschiebt.

Dann noch eine Seite, die ich zum Schluß andeuten will. Alle diese Kontrollmaßnahmen, die wir schaffen, werden nicht alle Fälschungen aus der Welt schaffen, ebensowenig wie Diebstahl und Mord ausgerottet werden können. In gewissen Fällen kommt auch hier die Selbsthilfe des Publikums in Frage, und auch die liegt noch außerordentlich im argen. Es ist kluge darüber zu führen, daß selbst in Berlin, das doch Zentralpunkt der Intelligenz sein will, das Publikum sich das Wichtigste für vieles Geld ruhig aufhalten läßt. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten. Das erregt Entsetzen, wenn man es beobachtet, auch in den modernen Salons von Berlin W. Das kommt vielleicht daher, daß die Konsumenten nicht das Gesehene kennen, sonst würden sie sich nicht einfach über den Löffel barbiere lassen. Wenn sie lesen „Rüdesheimer“, „Biesport“, so glauben sie, der Wein läme auch daher. Auch wenn „Wachstum“ dabei steht, ist das noch keine Garantie. Garantie bietet nur der Zusatz, daß es ein naturreines Produkt sei. Es ist in Frage gekommen, daß der Weinstoff zum Zurückgehen sei, und man hat die Schuld daran auf die Abstammungsbewegung geschoben. Meiner Meinung nach sehr zu Unrecht. Die Abstammungsbewegung hat doch sonst so wertvolle Tendenzen, daß man sie aus diesem Grunde heraus auf keinen Fall diskreditieren darf. Der Weinstoffum leidet auch nicht unter der freiwilligen, sondern unter der aufgezwungenen Abstammung. 90 Prozent der Bevölkerung sind gar nicht in der Lage, sich Wein leisten zu können, dieser ist vielmehr nur Luxusgetränk der wohlhabenden Schichten. Schließen Sie sich unserer sozialpolitischen Wirtschaftspolitik an, die darauf hinausläuft, die wirtschaftliche Lage der Schwachen zu heben, so werden Sie leicht den Konsumentenschutz erweitern. Aber durch die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel wird erreicht, daß natürlich ein Glas Wein ein unerwünschter Luxus für die arbeitende Bevölkerung ist. Wenn die Herren von der Rechten sich als Beschützer der kleinbäuerlichen Weinproduzenten gerieren, so sollten sie doch daran denken, daß diese Verteuerung auch ein schwerer Schaden für unsere weinproduzierende Bevölkerung ist. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Keller (Nationalsoz.): Daß Herr Köstke der pfälzischen Weine sich annehmen hat, finde ich durchaus begreiflich, nur

durfte er das nicht auf Kosten eines benachbarten Weinbaugesbietes tun. Herr Stauffer hat erklärt, daß die Hälfte aller in den Konsum gebrachten Weine gefälscht sei. Derartige Uebertreibungen sind ein wahres Festen für die ausländische Presse und die ausländische Konkurrenz. Bezüglich der Frage eines neuen Weingesetzes meint ein großer Teil der Interessenten, daß man mit dem alten Gesetz noch sehr gut auskommen könnte, falls es nur einheitlich in ganz Deutschland ausgeführt würde; ein anderer Teil der Interessenten freilich, die Winzergenossenschaft zum Beispiel, meint, daß mit dem alten Gesetz in keiner Weise auszukommen sei. Auf jeden Fall muß das Weinpfandfiktum vom Erdboden vertilgt werden. (Wrapp.)

Abg. Dr. Köstke (B. d. L.): Dr. David hat uns schuld daran gegeben, daß es den kleinen Winzern schlecht gehe; denn wir hätten Fleisch und Brot verteuert. Die Landwirte haben niedrige Schweinepreise, aber die Detailpreise in den Städten werden nicht herabgesetzt. (Sehr richtig! recht.) Das Kriegsbeil ist hier erhoben worden gegen die, welche gegen Branntsch und Maltz aufgetreten sind. Ich habe die Verhältnisse in Hessen zur Sprache gebracht, um die Notwendigkeit der einheitlichen Kontrolle in ganz Deutschland zu begründen. Das aber wollen die Herren aus Hessen ja ebenfalls. Auch die anderen gegen mich erhobenen Vorwürfe sind teils falsch, teils übertrieben. Ich habe nur den unreellen Weinhandel angegriffen, und darin sollten die realen Weinändler mit beistehen. Ohne guten Wein hätten wir die schönen Schweißelchen Gedichte nicht erhalten. Keinen Wein wollen wir jedermann in Deutschland freizugeben. (Redner trinkt ein Glas Wasser und legt sich laute Aufse: Prost! Große Heiterkeit.)

Abg. Dobe (fr. Vgg.): Die Vorwürfe gegen den Berliner Weinhandel sind unbegründet; denn dieser ist so solide wie der Weinhandel irgendwo. (Große Heiterkeit.)

Abg. Stauffer (Bittich. Gg.): Auf die Angriffe des Weinhandlervereins der Mosel werde ich auf keinen Fall eingehen, ich behaupte nach wie vor, daß an der Mosel ebenso gefälscht wird wie anderswo, z. B. wie in der Pfalz. Redner fährt zum Beweise für seine Behauptung eine Reihe von Beispielen an, aus denen hervorgeht, daß mindestens die Hälfte aller Weine gefälscht sei.

Abg. Freiß (Eli.): Im realen Weinbau und Weinhandel ist infolge der verbesserten Gesetzgebung ein großer Fortschritt eingetreten, während gewissenlose Händler schnell reich werden. Wir dürfen die Verantwortung für die Fortdauer solcher Zustände nicht übernehmen.

Abg. Gräfe (Antif.): Es ist bedauerlich, daß den Weinfälschern von den Berichten mildere Umstände geradezu auf dem Präsentierteller entgegengebracht werden. Die gesetzlichen Bestimmungen müssen scharfer gefaßt werden. (Wrapp bei den Antifemiten.)

Abg. Dr. Mayer-Kamibeuren (Z.), verlangt den Schutz namentlich der lothringischen Winzer gegen die Rebenschädlinge.

Abg. Dr. Dahlem (Z.): Die allgemeine Uebereinstimmung über das Vorhandensein von Mischständen im Weinhandel und der Weinproduktion besteht, so sollte man doch mit der Vorlegung eines entsprechenden Gesetzes nicht zögern, zumal auch über die Mittel zur Abhilfe feinerer Reinstoffuntersuchung herrscht. Den Widerstand des fiskalisch denkenden Preußen sollte das Reichsgesundheitsamt zu brechen suchen.

Darauf wird auf Antrag der Rechten, der Nationalliberalen und der Freisinnigen die Debatte geschlossen. Unter freies sich steigender Heiterkeit bedauert eine ganze Reihe von Abgeordneten, durch den Schluß der Debatte nicht zu Worte gekommen zu sein.

In der nun folgenden allgemeinen Debatte zum Kapitel „Gesundheitsamt“ erhebt sich zunächst das Wort

Abg. Dr. Fleischer (Z.): Meine hochansehnliche Versammlung! (Schallende Heiterkeit.) Für die hygienischen Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung muß ganz entschieden mehr getan werden. Gegen die Schäden der gewerblichen Gifte muß man auf das energischste einschreiten. Weiter ist unbedingt die Anzeigepflicht zu fordern für alle Betriebe, die mit Giftstoffen arbeiten. Mit Nachdruck ist eine bessere gewerbehygienische Vorbildung der Kreisärzte zu fordern, ist doch die Diagnose bei Erkrankungen durch gewerbliche Gifte besonders schwierig, für die Behandlung aber besonders wichtig. Man sollte deshalb ein Institut für experimentelle Fabrikhygiene errichten, das vielleicht mit der chemisch-technischen Reichsanstalt zu verbinden wäre, von welcher der Staatssekretär selbst gesprochen hat. Diese unsere Forderungen sind reich; sie sind das Ergebnis internationaler Verständigung, nämlich in der internationalen Vereinigung für gewerbliche Arbeiterschutz, die eine entsprechende Eingabe an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern gerichtet hat.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Wichtigkeit der von dem Redner geforderten Vorbeugung für die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung ist nicht zu verkennen. Wir sind aber nicht schlechter gestellt als das Ausland; denn in England darf der Gewerbeaufsichtsbeamte nur das anordnen, was in dem Statut für das betreffende Gewerbe vorgeschrieben ist; in Deutschland dagegen kann er vorschreiben, was er nach seiner Kenntnis der Sache für notwendig hält. Auch müssen bei uns die Konzessionierung von gewerblichen Anlagen auf Grund des § 16 G.-O. die Vorschriften zur Verhütung von Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter in der Konzessionsurkunde hineingesetzt werden. Zur Ausführung der Vorschläge der internationalen Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz sind eine Reihe von Verordnungen notwendig, derenwegen ich mich mit dem Kultusminister und dem Handelsminister in Verbindung gesetzt habe. Zur Verhütung der Giftgefahren haben wir auf Grund von Entschlüssen der ersten Autoritäten schon Verordnungen erlassen, um das Verhalten der Arbeiter in den Betrieben zu regeln. Für die keramische Industrie muß vor Erlaß einer Verordnung zunächst geprüft werden, ob und welche Gifturen giftig sind. Die mehrfach verlangte Einrichtung von Lehrstätten für gewerbliche Hygiene hält der Kultusminister für unnötig, weil schon bei den medizinischen Vorlesungen diese Materie berührt wird. Den Hauptpunkt bei Regelung dieser Materie werden bilden gründliche Erörterung der Bedingungen für den Betrieb bei der Konzessionserteilung, dann eine Aufsicht, die das Nötige anordnen kann, und endlich Belehrung der Arbeiter. Der Erlaß von Verordnungen wird immer nur die Ausnahme bilden müssen.

Abg. Fischel (fr. Vg.) (auf der Tribüne fort unverständlich) tritt für eine reichsgesetzliche Regelung der Abdeckerfrage ein.

Geh. Oberregierungsrat Kaufmann: Die Beschwerden des Abgeordneten Fischel über die Unzufriedenheit des Abdeckerhandwerks in der Provinz Brandenburg gehören ins preussische Abgeordnetenhaus. Die Regelung der Abdeckerfrage selbst hält auch die Reichsregierung für sehr notwendig, und sie ist bereits gewesen, durch ein Reichsgesetz die Grundzüge zu schaffen, damit die Bundesstaaten die Frage durch Ausführungsbestimmungen regeln.

Abg. Köstke (B. d. L.): Die Landwirtschaft wird durch die Abdecker nicht unerschädlich geschädigt, da hier oft eine Konfiskation von Eigentum ohne Entschädigung eintritt.

Abg. Rupp (B. d. L.) wendet sich im Interesse der Landwirtschaft gegen das Fleischbeschaugesetz.

Darauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung, dann Beratung des Reichsgesundheitsamts.

Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission.

Die Berichte über die Wahlen der Abgeordneten Stengel (Wahlkreis Rügen-Stralsund) und v. Richterhofen (Wahlkreis Schweidnitz-Striegau) wurden festgestellt; bei letzterem handelte es sich nur um die schriftliche Feststellung, daß gestern der Verlust gemacht wurde, den auf Ungültigkeitserklärung lautenden Beschluß vom 11. April umzusetzen.

Dann wurde die Wahl des Abgeordneten Schlichter, Reichspartei (Wahlkreis Jülichau-Crossen), gegen die ein umfangreicher Protest von freisinniger Seite vorlag, geprüft. Nach allen auf den Beschluß über Verträge beruhenden Abgängen bleibt dem Abgeordneten Schlichter noch eine Mehrheit von 98 Stimmen. Indes soll die Ausrechnung und endgültige Abstimmung über die Wahl in der morgigen Sitzung stattfinden.

Die Prüfung der Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Hausmann (Wahlkreis Hameln-Springe) führte zur Gültigkeitserklärung der Wahl.

Aus der Budgetkommission. (Sitzung vom 17. April.)

Die Beratung des Kolonialrats wird bei Titel 4 (Bureauvorsteher,endants, Expedienten, Sekretariatsassistenten usw.) fortgesetzt. Hierüber bringt Erzberger den Fall Tersch zur Sprache, der seinerzeit auf Gehaltsbezügen zu viel liquidiert haben soll und von dem in dem famosen „Untersuchungsbericht über die Kolonialstandale“ als nicht bemerkt ist, die Verschuldigung sei unzutreffend! Allerdings traf die Schuld weniger den Hofrat Tersch als die Kolonialverwaltung, die dem Manne zu Unrecht 600 M. pensionsfähige Zulage gab. Jetzt, nachdem das so heftig kritisiert wurde, gibt man ihm 750 Mark aus dem Remunerationsfonds! Bei der Regierung fällt eben jeder, der in solcher Weise vor öffentlichen Kritik Anlaß giebt, die Treppe hinauf. Die angeforderten Summen werden für diesen wie für die sonstigen Personalansgaben betreffenden Titel genehmigt. Die tatsächlichen Aufwände werden ohne Debatte genehmigt. Bei der Position „Jahreskosten und Tagesgelder für Mitglieder des Kolonialrats“ verlangt Lattmann eine Reform dieses Kolonialrats, dessen Beratungen öffentlich sein sollen. Im Verlauf der Debatte hierüber kommt zur Sprache, daß im Kolonialrat in der Hauptsache Interessenten sitzen, die ihre Kenntnis von Plänen der Regierung zum eigenen Vorteil ausnützen könnten. Dernburg ist der Meinung, daß der Kolonialrat in seiner jetzigen Verfassung keinen Zweck hat! Es würde zweckmäßiger sein, ihn auf weniger Personen zu beschränken — jetzt zählt er 40 Mitglieder — und ihm gewisse technisch-wirtschaftliche Aufgaben zu stellen. In Zukunft sollen die Verhandlungsberichte der Budgetkommission zugänglich gemacht werden. — Es wird ferner gewünscht, daß der Kolonialrat eine mehr selbständige Stellung erlange, etwa ähnlich dem deutschen Landwirtschaftsrat. Ein Vorschlag zu dieser Körperschaft wie auch zum Governementarat, einer ähnlichen kleinen Körperschaft, soll nicht gewährt werden. Beschlüsse werden nicht gefaßt, die Anforderung wird bewilligt.

Eine geforderte Vergütung von 26 500 M. an das Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten gibt Anlaß zur Erörterung des Planes einer Kolonialakademie. Abgeordneter Semler meint, es ständen in Hamburg Millionen für diesen Zweck glatt zur Verfügung! Dernburg hat schon einen Plan für die Akademie ausgearbeitet, aber bisher habe es an Geld gefehlt. Im Bericht an den Reichstag soll ausgesprochen werden, daß der Plan einer Kolonialakademie weiter verfolgt werden möchte. Semler teilt noch mit, daß der Hamburger Geldmann Oswald heißt.

Zu Titel 21, unter welchem 42 000 M. für Vorbereitung von Beamten, Offizieren, Kaufmännischen und technischen verlangt werden, geben verschiedene Mitglieder der Budgetkommission Anregung für die Ausbildung der kommenden Kolonialbeamten zum Seien. — Der Rest der Ausgaben für die Zivilverwaltung, die im ganzen 1 220 000 M. betragen, wird bewilligt.

Die kommende Kolonialarmee.

Die Verwaltung der militärischen Einrichtungen im Kolonialwesen lag bisher mit in den Händen der Kolonialverwaltung. Nach der Schaffung des Kolonialamtes soll hier nun eine Teilung in Zivil- und Militärverwaltung eintreten und die Militärverwaltung oder wie sie auch sonst heißt, das Kommando der Schutztruppen soll eine selbständige Stellung einnehmen. Die Organisationsänderung erfordert eine Mehrausgabe von 568 000 M., die gesamte Militärverwaltung in diesem Jahre 1 082 800 M. Referent Semler und Korreferent Biemer tragen Bedenken, von vornherein der Forderung schon zuzustimmen; erst möchten sie die Regierung hören; schon deshalb, weil man in der Reuierung die Anfänge einer Kolonialarmee sehe. Kolonialdirektor Dernburg schildert die Bemühungen, das Kommando der Schutztruppen dem preussischen Kriegsminister zu übertragen. Diese Bemühungen sind bekanntlich gescheitert, da sich der Kriegsminister, wie er früher der Budgetkommission selbst mitteilte, sehr entschieden weigerte, sich in das koloniale Wespennezt zu setzen. Deshalb soll nun das Schutztruppenkommando ausgebaut und auf eigene Füße gestellt werden. Ein Uebervogeln der Militärverwaltung über die Zivilverwaltung befürchtet Dernburg nicht. Hinsichtlich der Kolonialarmee erklärt er, daß die Regierung nicht daran denke, eine solche Armee zu schaffen, aber man müsse immer auf alle Fälle eingerichtet sein; eine friedliche Okkupation vollziehe sich eben in den Kolonien nicht; er erinnere nur an die vielen Kolonialkriege der Engländer und Holländer. Oberstleutnant Quade sucht gleichfalls die Bedenken zu zerstreuen, daß mit der geplanten Neuorganisation ein militärisches Uebergewicht in den Kolonien geschaffen werden solle. Die Militärverwaltung in den Kolonien siehe immer bei dem Gouverneur. Das einheimische Schutztruppenkommando habe wesentlich militärische Verwaltungsaufgaben und diese hätten sich in der letzten Zeit sehr vermehrt. Redner schildert sehr eingehend die Verteilung der Arbeiter bei dieser Neuorganisation und General Sigt v. Armin verteidigt danach den Plan als absolut notwendig. Dr. Arning (natl.) ist mit der Forderung einverstanden. Die Vertreter anderer Parteien kommen erst morgen zum Wort, da um 1 Uhr wegen der Plenarsitzung Vertagung eintritt.

Die russische Revolution.

Väterchen schützt seine schwarzen Hundert.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, den 17. April. Der Präsident des Appellhofes zu Moskau, Senator Arnold, einer der geachteten Vertreter des russischen Richterstandes, ist abgesetzt worden. Die Postreise waren längst gegen Arnold aufgebracht, weil in dem sogenannten Fiedlerschen Prozeß anlässlich des Moskauer Aufstandes von 1905 die Angeklagten verhältnismäßig milde beurteilt worden waren. Unmittelbar nach dem Prozesse sagte der Zar, wie ich aus zuverlässiger Quelle weiß, Schtschegolewitsch möge sofort einen Besetzungswahl wegen Befähigung der Unabsehbarkeit der Richter vorlegen! Der Justizminister zog es vor, um eine öffentliche Diskussion zu vermeiden, die Unabsehbarkeit theoretisch bestehen zu lassen, hingegen tatsächlich Richter abzusetzen.

Die Absetzung des Präsidenten Arnold erfolgte, weil im Moskauer Gerichtsbezirk gegenüber Mitgliedern des Verbandes des russischen Volkes sozialer Recht gesprochen wurde, als es sonst üblich ist. Kürzlich wurde der Präsident der Fiskale des Verbandes in Kostroma, ein verabschiedeter Unteroffizier, vom Gerichte beurteilt. Diese Beurteilung nun führte zur Absetzung Arnolds, welche Schtschegolewitsch auf allerhöchsten Befehl dem Appellhofspräsidenten, und zwar am nämlichen Tage übermittelte. Als er in der Duma eine Erklärung über die Unabsehbarkeit der russischen Gerichte abgab!

Das Verhalten von Schiffsgeleitet in der Duma ist um so charakteristischer, da ich aus dem mir vorliegenden geheimen Protokoll der Adelskonferenz vom November 1906 ersehe, daß Schiffsgeleitet sich gegenüber dem Adeligen Schenaduroff erklärte, die Demoralisation des russischen Richterstandes sei nicht abzuleugnen und sie erkläre sich aus der Unabsehbareit der Richter. Die Gesellschaft ist über die Abfertigung Arnolds empört.

**Das jüdische Proletariat an die sozialdemokratische Dumafraktion.**

Die ungeheure Anstrengung ist es der Organisation der jüdischen Arbeitermassen — dem „Bund“ — nicht gelungen, auch nur einem Vertreter des jüdischen Proletariats Rußlands Zutritt in die Duma zu verschaffen. Nunmehr wendet sich dieses Proletariat vertrauensvoll an seine russischen Klassengenossen in der Duma und legt in deren Hände die Vertretung seiner Klassen- und Menschenrechte. In dem Auftrage heißt es:

„An Euch, die Ihr von der russischen Arbeiterklasse entsandt seid, für die Bevölkerung ganz Rußlands Freiheit zu erkämpfen, richten wir unser Wort, das Wort des jüdischen Proletariats. Gemeinsam Interessen, gemeinsame Ziele und Aufgaben haben uns mit dem Proletariat Rußlands durch ein unzerbrechliches Band verknüpft. Nur in der Befreiung der Arbeit, im Triumph des Sozialismus sehen wir unsere Erlösung von der schweren Lebenslast des Lohnarbeiters. In der politischen Freiheit erblicken wir aber eine notwendige Vorbedingung für den erfolgreichen Kampf um den Sozialismus.“

„Hand in Hand mit dem Proletariat ganz Rußlands, zu einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei vereint, kämpfen wir gegen die selbstherrschende Regierung, gegen die Unterdrückung der Massen des Volkes durch ein Häuflein der Beamtenherrschaft und des Adels.“

„Als Arbeiter fühlen wir — gleich den übrigen Arbeitern Rußlands — den ganzen Druck des absolutistischen Regimes. Als jüdische Arbeiter haben wir auch noch die ganze Last jahrhundertlanger nationaler Unterdrückung zu tragen. Die nationale Unterdrückung ist ein wohlverprobtes Mittel der zaristischen Politik, die Entfaltung nationaler Hassen ein bewährtes Stützmittel, um die Aufmerksamkeit des armen, unwissenden, hungrigen Volkes von den wahren Ursachen seiner Leiden abzulenken. . . . Ausnahmegesetze, Judenreglemente lasten schwer auf dem jüdischen Volke und vor allem auf dem jüdischen Proletariat, welches unter der Leitung seiner sozialdemokratischen Organisation — der „Bund“ — einen hartnäckigen, erbitterten Kampf gegen die Regierung führt. . . . Eine ganze Reihe ungünstiger Bedingungen hat die Auswesenheit eines dem „Bund“ angehörenden Abgeordneten in der Duma verhindert. Wir wissen aber, — die Solidarität der Interessen des Proletariats von ganz Rußland bürgt uns dafür, daß die Vertretung unserer Interessen in der Duma sich in den treuen Händen der sozialdemokratischen Abgeordneten befindet: sie, die Beschützer aller Unterdrückten, werden die kühnsten und unerschrockensten Kämpfer auch für die Befreiung der Juden von nationaler Unterdrückung sein.“

„Wir sind überzeugt, daß von allen Dumaparteien einzig die Sozialdemokratie fähig ist, entschlossen und ohne zu weichen den Weg der Organisation der Volksmassen, die allein dem alten Regime ein Ende machen kann, zu gehen; und wir glauben fest, Genossen, daß Ihr in dieser Arbeit das Vertrauen rechtfertigen werdet, mit dem wir das Wort von unseren Leiden und Kämpfen an Euch richten.“

**Aus der Partei.**

**Vorbereitungen zur Waisfeier.**

Vom Landberg wird uns berichtet: Der geplante Aufmarsch wurde auch hier verboten. Die Begründung veranlaßt uns, über ein bloßes Registrieren dieses Verbotes hinauszugehen. Der ablehnende Bescheid besagt nämlich: „Der Aufmarsch darf nicht gestattet werden schon aus dem rein formalen Grunde, weil die Zeit (Stunde), zu welcher der Aufmarsch stattfinden soll, entgegen der auch hier Anwendung findenden ausdrücklichen Bestimmung des § 9 Absatz 4 der Verordnung vom 11. März 1890 nicht angegeben ist.“

Nun steht in der Eingabe: „Der Zug wird vormittags 10 Uhr vom Lokal Kirch, Mühlenerstraße 80 abgehen.“ Dann sind die Straßen benannt, die zu passieren wären.

Man sollte meinen, daß Zeit und Stunde nicht gut genannt angegeben werden könnten. Noch interessanter sind aber die folgenden Sätze des Bescheides:

„Die Erlaubnis zu dem Aufmarsch muß aber auch verweigert werden, weil aus ihm Gefahr für die öffentliche Ordnung zu befürchten ist. Der 1. Mai, an welchem Tage der Aufmarsch stattfinden soll, fällt auf einen Mittwoch, einen Werktag. Abgesehen davon, daß der Aufmarsch geeignet ist, die Ordnung des öffentlichen Verkehrs zu beeinträchtigen, liegt in seiner Veranstaltung, welche sich ungewissheit in erster Linie und vornehmlich an die Arbeiter richtet, ein Anreiz für und eine Aufforderung an diese Kreise, an dem gedachten Arbeitstage die Arbeit, sei es auch unter Missachtung geleglicher Verpflichtungen, ruhen zu lassen. Ein solches Ruhenlassen der Arbeit unter Missachtung geleglicher Verpflichtungen zur Arbeit würde aber unbedingt einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung enthalten.“

Eine salomonische Begründung!

**Parteiliteratur.**

Eine Abrechnung mit dem Reichstagenverbande. Unter diesem Titel hat die Buchhandlung Vorwärts in Berlin die Verhandlungen des Reichstages über die sozialdemokratische Interpellation betreffend die Wahlbeeinflussung der obersten Reichsbehörden herausgegeben. Die Broschüre enthält die Verhandlungen vom 15. und 19. März nach den stenographischen Berichten. Das von den Genossen Fischer und Weber gegen die Wahlumtriebe der Reichsbehörden und gegen die in der Wahlbewegung vom Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegen unsere Partei gerichteten Lügen und Verleumdungen vorgebrachte Material wird unseren Parteigenossen bei der Bekämpfung der Gegner wesentliche Dienste leisten.

Der Preis der Broschüre beträgt 20 Pf., Organisationskarten erhalten sie zu ermäßigtem Preise, wenn sie Parteien beziehen.

Die Reden der Abgeordneten Fischer und Weber sind vom Verlage der Agitationszwecken in besonderen Ausgaben herausgegeben, die nur an Wahlvereine usw. abgegeben werden. Wegen Preisofferte wende man sich an die Verlagsbuchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Das Ende des Reiches. Das von der Parteipresse allgemein mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Werk von Kurt Eisner ist in der ersten starken Auflage bereits vergriffen. In den nächsten Tagen erscheint die zweite unveränderte Auflage, auf die Bestellungen entgegengenommen werden.

Diegen, J., Die Zukunft der Sozialdemokratie. Preis 50 Pfennig. Agitationsausgabe 20 Pfennig. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Ein neuer Abdruck mit Vor- und Nachwort ist soeben von dieser Diegen'schen Agitationschrift erschienen. Der Verfasser gibt in

der Schrift eine treffende Antwort auf die Frage: Wie wird es im Zukunftsstaat aussehen? Die Schrift legt in populärer Weise dar, daß und wie die Sozialdemokratie die Zukunft schaffen wird.

Im Verlage der „Pfälzischen Post“ (Verlag u. Co.) zu Ludwigshafen erschien:

Herzberg, Wilhelm, Wegweiser durch das neue bayerische Wahlgesetz nebst Wahlkreis-einteilung. III. vermehrte und verbesserte Auflage. Die dritte Auflage der in handlichem Format erschienenen Schrift berücksichtigt die inzwischen erschienenen Vollzugsvorschriften des Ministeriums des Innern. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen wird das Völkchen wegen seiner klaren, übersichtlichen, durch ein alphabetisches Inhaltsverzeichnis unterstützten Anordnung und der Anführung auch anderer während der Wahlbewegung in Betracht kommenden Gesetzesbestimmungen (Versammlungen, Plakate usw.) den bayerischen Wählern ein willkommenes Hülfsmittel sein. Der billige Preis erleichtert seine Anschaffung.

Eine bedeutliche Gedankenlosigkeit hat unser Dörracher Parteiblatt begangen. Es hat in schwülzig-unflaren Worten der Arbeiterschaft den Besuch spiritistischer Vorträge empfohlen, „zumal der organisierten Arbeiterschaft besondere Vorzugspreise gewährt werden.“

Die österreichische Parteipresse hat durch die Wahlbewegung einen tiefen Aufschwung genommen. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet: Unsere slowenischen Genossen geben seit einigen Tagen den „Abeel Prapor“ (Abeel-Jahne) täglich heraus. Mit welchen Schwierigkeiten sie dabei zu kämpfen haben, geht daraus hervor, daß das Blatt in Laibach, wo es erscheint, keine Druckerei finden konnte und in Krainburg gedruckt werden muß. — Das „Pravo Vidu“ gibt für die Zeit des Wahlkampfes ein Abendblatt heraus, so daß es das erste sozialdemokratische Blatt sein wird, das zweimal täglich erscheint. Die Abendausgabe unseres Prager Arbeiterblattes wird um halb 5 Uhr nachmittags erscheinen und um zwei Heller verkauft werden.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. In Winterthur (Kanton Zürich) haben unsere Genossen am letzten Sonntag bei den städtischen Wahlen schöne Erfolge erzielt. Gegenüber den Liberalen und Demokraten zusammen haben sie einen dritten Platz im engeren Stadtrat (Magistrat) erobert, der sieben Mitglieder zählt. Im Großen Stadtrat haben sie statt der bisherigen 15 Sitze deren 17 auf 45 Mitglieder errungen, in der Primarschulpflege ihre Vertreterzahl von zwei auf vier verdoppelt und der Steuerkommission fünf statt der bisherigen sechs Sozialdemokraten deren zehn, die Hälfte von der zwanzig betragenden Gesamtmittgliederzahl. Als Friedensrichter wurde ohne Gegenantrag unser Genosse Berner mit 4419 Stimmen wiedergewählt. — In der Umgebung von Winterthur siegte die sozialdemokratische Liste in den Gemeinden Töz, Ober-Winterthur, Vern, Wetzheim und Wülflingen. — Auch in Affoltern (Affoltern) bei Zürich siegte bei den Gemeindevahlen die sozialdemokratische Liste.

„Der kleine Millerand in der Schweiz.“ Unter dieser Spitzmarke haben wir kürzlich zwei Artikel der „Derner Tagwacht“ erwähnt, die diese Ueberchrift trugen und gegen unseren Genossen Regierungsrat Wullschläger in Basel gerichtet waren. Dieser hat nun seinen Standpunkt in einer im „Basler Vorwärts“ veröffentlichten Artikelserie gerechtfertigt und außerdem hat sich mit dem Fall auch eine Parteiverammlung unserer Baseler Genossen beschäftigt, wozu eine Interpellation des Genossen Arbeitersekretär Grimm den direkten Anlaß gab. In seiner Antwort führte Wullschläger u. a. aus, er begreife wohl, daß die Genossen lieber den Staats- als den Privatbetrieb gesehen hätten; allein die ungewöhnliche Art des Schiffahrtsbetriebes auf dem Rhein bei Basel habe dessen Verstaatlichung als nicht ratsam erscheinen lassen und es sei auch nirgends gesagt, daß die Sozialdemokraten um jeden Preis für die Verstaatlichung eintreten müßten. Sei man doch seinerzeit auch in Sachen der Verstaatlichung der Zentralbahn (wegen des exorbitant hohen Preises, nicht grundsätzlich geteilter Meinung gewesen, und zwar war damals gerade der radikale Flügel der Partei in der Opposition. Die Regierung hatte aus einer Reihe gewichtiger Gründe sich für den Privatbetrieb entschieden, weil für die Ein- und Durchführung der Rheinschiffahrt doch noch eine lebhaft propagandistische Arbeit werden muß, die von Privatleuten in viel zweckmäßigerer Weise entfaltet werden kann als vom Staate.

Der Interpellant war von der Antwort nicht vollständig befriedigt und er bemängelte namentlich noch, daß in der auf 30 Jahre erteilten Konzession keine Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter enthalten sind. Er ist überhaupt der Meinung, daß für die Verteilung der Arbeiter an den Regierungsgeschäften die Zeit noch nicht gekommen sei.

Genosse Wullschläger erwiderte, daß er den Posten eines Regierungsrates nicht gesucht habe und an demselben auch nicht unbedingt festhalte. Er erinnerte sodann daran, was auf sozialem Gebiete geschehen sei und daß in der Konzessionsurkunde angesichts ihrer Dauer für 30 Jahre nichts über die Arbeits- und Lohnverhältnisse gesagt werden konnte. Er habe aber so viel Vertrauen zur Gewerkschaftsbewegung, daß sie schon für geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse sorgen werde.

Die übrigen Diskussionsreden stimmten in der Hauptsache mit dem Genossen Wullschläger überein.

Ohne weitere Beschlußfassung wurde mit der erfolgten gegenseitigen Aussprache die Angelegenheit für erledigt erklärt.

**Pöbelliches, Gerichtliches usw.**

Strafkonto der Presse. Schon wieder einmal hatte sich Genosse Arno Franke von der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ vor dem Dortmunder Schöffengericht zu verantworten. Diesmal sollte er einen Skandal aus dem Wahlkreise Essen beileidigt haben, dem in der „Arbeiter-Zeitung“ der Vorwurf gemacht worden war, er habe sich zwecks Agitation in einem Wahllokal aufgehalten, während man ihn draussen vergeblich gesucht habe, um ihn zu einem Kranken zu holen. Arno Franke wurde für schuldig befunden und zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Ladung von Entlastungszeugen wurde vom Gericht abgelehnt, deshalb wird sich auch noch die Berufungsinstanz mit der Sache befassen müssen.

Ostfelder Justiz. Das Schöffengericht zu Ostersfeld im Wahlkreise Jena verhandelte kürzlich folgenden Fall:

Am 28. Oktober v. J. hatten fünf Genossen aus Jena in Ostersfeld den Agitationskalender verbreitet. Sie hatten — nach der Ausgabe des Polizeibeamten — die Kalender unter dem Ueberzieher verdeckt getragen und der Polizist konnte erst durch Nachfragen in verschiedenen Häusern feststellen, was unsere Genossen getan hatten. Auf die erfolgte Anzeige erhielten unsere Genossen ein Strafmandat über fünf Mark. Sie beantragten gerichtliche Entschädigung und das Ostfelder Schöffengericht erkannte auf je zehn Mark und sagte im Urteil: Das Verbreiten der Kalender wurde kurz vor 10 Uhr vormittags eingeleitet. Die sämtlichen Angeklagten haben sich dann dem Hofhof „Zur Sonne“ begeben und dort zunächst im Gastzimmer gesüßelt. Dort hat der Jenge Schuhmachermeister Lauer, was die Angeklagten auch einräumten, bemerkt, daß die Angeklagten ihren Vorrat an „Volkskalendern“ herausgegeben und gleichmäßig unter sich verteilten. Nach der weiteren Befragung des Jenge Polizeibeamten fuhr sind sämtliche Angeklagte drei Minuten nach 11 Uhr vormittags aufgebrochen und um 11 Uhr 25 Minuten im Lokale „Zur Sonne“ wieder erschienen und haben dem Angeklagten Tysel Geld abgeliefert, nämlich das Geld, welches ihnen aus freien Stücken die Abnehmer des „Volkskalenders“ gegeben hatten.

In diesem Landeshand erblüht das Verdict die Vornahme öffentlich bemerkbarer Arbeiten. Es mag sein, daß in großen Städten ein solches Antragen von Schriftstücken nicht weiter auffällt, in einer solch kleinen Stadt wie Ostersfeld fällt aber eine

solche Tätigkeit am Sonntage, wenn sie noch dazu während der Hauptgottesdiensthunden vorgenommen wird, die auf vormittags 9½—11½ Uhr festgesetzt sind, ohne weiteres auf. Ob die Schriften verdeckt getragen werden oder nicht, ist ganz gleichgültig.

Weiterhin war in dem Verteilen der Kalender unter den fünf Angeklagten in der öffentlichen Gaststube und in Gegenwart von anderen Gästen eine öffentlich bemerkbare Arbeit zu erblicken; desgleichen in dem Abführen des Geldes . . . daß also die Kriterien einer öffentlich bemerkbaren Arbeit vorliegen, ist in dreifacher Beziehung dargelegt. Usw.

Daß dieses Urteil unhaltbar war, lag auf der Hand, und das Landgericht zu Raumburg hat diese Ansicht dieser Tage bestätigt; es hat nach einem Plaidoyer des Rechtsanwalts Dr. Dittnerberger-Halle, der das Urteil gründlich zerprüfte, die Angeklagten nach ganz kurzer Beratung freigesprochen.

**Aus Industrie und Handel.**

**400 Millionen Mark Anleihen.**

Ueber die Verhandlungen betreffend die Vergebung neuer heimischer Anleihen, die am Mittwoch zu Ende geführt wurden, berichtet „R. Z. W.“: Die unter Teilnahme des preussischen Finanzministers und des Staatssekretärs des Reichsschatzamt in der Reichsbank gepflogenen Verhandlungen wegen Vergebung heimischer Anleihen haben zu einem allseitigen Einvernehmen geführt. Hiernach wird der Bedarf des Reiches und Preußens durch Ausgabe von 400 Millionen Mark Schatzanweisungen (zur Hälfte Reich, zur Hälfte Preußen) gedeckt, die mit 4 Prozent fest verzinst und im Jahre 1912 rückzahlbar sind. Ueber den Betrag von 100 Millionen Mark ist bereits fest verfügt. Die Auslegung der übrigen 300 Millionen Mark zur öffentlichen Zeichnung zum Kurse von 99 Prozent wird in den nächsten Tagen erfolgen.

**„Unser Feind“.**

Das Kohlenbergwerk „Gewerkschaft Unser Feind“ erhöhte im Jahre 1906 seine Förderung auf 758 331 Tonnen, von 649 706 Tonnen im Jahre 1905. Bei einer Einnahme von 7 129 396 M. stellt sich die Betriebsausbeute auf 2 174 057 M., gegen 1 562 278 M. im Vorjahre. Die „Rh.-Westf. Zig.“ gibt aus dem Geschäftsbericht noch folgende Angaben:

Die Selbstkosten betragen durchschnittlich wieder 7,08 M. und der Durchschnittserlös ist gegen das Vorjahr um 0,488 M. die Tonne gestiegen (i. V. um 0,008 M. gefallen). Der Arbeitslohn pro Mann der Belegschaft (einschließlich der jugendlichen Arbeiter) stellt sich im Durchschnitt auf 4,66 M. (4,35 M.). Die Löhne zeigten schon von Anfang des Jahres an eine steigende Richtung. Der Gesamtdurchschnittslohn stieg im Betriebsjahre auf 4,43 M. im Januar auf 4,94 M. im Dezember, also um 11,5 Prozent; der Durchschnittslohn der Kohlenhauer von 5,29 M. auf 5,98 M., also um circa 14 Proz. Diese Lohnsteigerung bedeutet eine Mehrausgabe von circa 400 000 M. pro Jahr und eine Verteuerung der Selbstkosten um 8 Proz. Die Ausgaben zugunsten der Arbeiter betragen 221 108 M. = 100 M. pro Kopf der Belegschaft und die Steuern usw. auf 363 484 M. = 26,85 Proz. (351 638 M. = 29,30 Proz.) der zur Verteilung gelangten Ausbeute. Die Reserve ist jetzt auf 2¼ Millionen Mark gestiegen. Durch den Wagenmangel erlitt die Zeche eine Schädigung um mindestens 80 000 M. und die Arbeiter der Zeche einen Lohnausfall von rund 60 000 M.

Die Zahlen könnten auf den ersten Blick zu dem Glauben verleiten, die armen Augenbesitzer würden durch die Lohnerhöhungen arg geschöpft, so daß man schon des Augenblicks sich vergebenerwartigen müsse, daß die Papierinhaber der Konsumabschneider überdrüssig, zur Kohlenhade greifen, um als Bergarbeiter ein Denebenswertes Dasein zu führen. Aber die letzte Angabe muß doch schon etwas stufig machen. Durch den Wagenmangel ergibt sich für die Zeche eine Schädigung von 80 000 M., für die Arbeiter ein Ausfall von nur 60 000 M. Demnach kommt auf je eine Mark Arbeitslohn 1,13 M. Unternehmergewinn. Selbst wenn man die Generalauskosten mit in Betracht zieht, bleibt immer noch ein ganz außerordentlich ungesundes Verhältnis zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslohn bestehen. Das ergibt sich auch aus folgender Berechnung: Nach dem Geschäftsbericht stellt sich der Tagesdurchschnittslohn im 1905 auf 4,35 M., mitteln der Jahresdurchschnittslohn für einen Vollarbeiter (300 Arbeitstage) auf 1305 M. und für 1906 springt bei einem Durchschnittslohn von 4,96 M. pro Tag ein Jahreslohn von 1398 M. heraus. Damit kommt man zu folgendem Resultat:

**Es beträgt pro Vollarbeiter**

	der Jahresdurchschnittslohn	die Betriebsausbeute
1905 . . . . .	1305	1219
1906 . . . . .	1398	1555

Auf je 100 Pf. Lohn entfallen 111 Pf. Betriebsausbeute! Bei solcher Risikoprämie darf man die Hoffnung hegen, daß die Augenarbeiter vorläufig doch noch bei dem Handwerk aushalten werden und den schweißenden Bergarbeitern aus jenen Reihen keine lohnbedrückende Konkurrenz erwachsen wird.

Das Warenhaus A. Wertheim hat, laut „Konf.“, eine Export- und Ueberseeabteilung eingerichtet, die speziell das Geschäft mit Südamerika pflegen soll.

Stahlverband. Der Verband in Produkten A betrug im März 1907: 568 081 Tonnen, Februarverband 1907: 449 264 Tonnen, Märzverband des Vorjahres: 527 837 Tonnen. Der März d. J. hatte infolge des Osterfestes zwei Arbeitstage weniger als im Vorjahre, so daß sich der Märzverband auf den Arbeitstag noch um rund 800 Tonnen höher stellte als im 1906. Im Halbjahre wurden im März verhandelt 147 944 Tonnen, gegen 141 847 Tonnen im Februar d. J. und 178 032 Tonnen im März 1906, an Eisenbahnmaterial 208 292 Tonnen gegen 188 111 Tonnen im Februar d. J. und 172 098 Tonnen im März 1906 und an Formeisen 132 475 Tonnen gegen 124 909 Tonnen im Februar d. J. und 177 107 Tonnen im März d. J. Der Märzverband in Halbzeug ist somit um 6397 Tonnen höher als im Vormonat, der von Eisenbahnmaterial um 25 151 Tonnen und der von Formeisen um 27 699 Tonnen höher. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres wurden an Eisenbahnmaterial 85 864 Tonnen mehr verhandelt, an Halbzeug 80 108 Tonnen weniger und an Formeisen 24 692 Tonnen weniger. Trug des Winterverbandes an 30 000 Tonnen Halbzeug gegenüber März 1906 blieb der arbeitstäglige Inlandsverband im März 1907 gegenüber März vorigen Jahres nicht zurück, während der verhältnismäßige Anteil des Inlandes an dem Gesamtverband von Halbzeug um rund 8 Proz. höher war als im März 1906 und um 18 Proz. höher als März 1905.

Radel und Zwirn werden teurer! Im Zuge der Preisaufschläge, die in letzter Zeit die verschiedensten Verbrauchsartikel erfahren haben, sind nun auch Radel und Zwirn teurer geworden. Es wurde die Radelnadel um 10 Proz. die Stachelnadel per Milligramm, das sind 4000—6000 Stück, um 32 Pf. der gewöhnliche Zwirn und zwar der kleine Knäuel per 300 Yards (275 Meter) um 0,80 Pf., der große Knäuel per 910 Yards (1000 Meter) um circa 8 Pf. verteuert.

Mansfeldische Kupferhütte bauende Gewerkschaft. Der gesamte Geldüberfluß für das letzte Geschäftsjahr stellt sich auf 14 136 533 M. abzüglich der hierauf entfallenden Ausgaben als „allgemeine Belassung“ mit 2 077 755 M. = 14 658 708 M. und der Ertrag auf 19 064 125 M. abzüglich der hierauf entfallenden Ausgaben der „allgemeinen Belastung“ mit 2 019 245 M. = 17 044 880 M. Dieser

Ertrag setzt sich zusammen aus dem Geldüberschuss mit 11 458 795 M., der Wertvermehrung des Naturalvermögens Schluss 1906 gegen Schluss 1905 mit 2 120 915 M. und der auf den Sachkonten in 1906 in Zugung gestellten Vermögenswerte mit 3 466 109 M. Es gelangt eine Dividende von 100 M. pro Aktie zur Verteilung, so dass einschließlich des bereits gezahlten Abschlagsausbeute für das Jahr 1906 zusammen 120 M. pro Aktie oder auf 69 120 Stube im ganzen 8 294 400 M. Ausbeute zur Verteilung kommen.

**Preiserhöhung.** Die verschiedenen Warenindustriellen in Apolda erhöhten die Preise für wollene und baumwollene Artikel um 5 Proz., für halbwollene um 10 bis 15, für seidene um 20 Proz. Die Preiserhöhung tritt für das Inland ab 15. April, für Exporteure ab 1. Mai ein.

**Ergebnis mit den Armen.** Dem Geschäftsbericht des Steinhilberwerkes „Carolinus Flagnus“ pro 1906 ist zu entnehmen, dass die Kohlenförderung von 237 765 To. im Jahre 1905 auf 262 622 To. gestiegen ist. Die Kokerie stellte 16 007 To. Koks, die Destillation 281 To. Teer und 146 To. Ammoniak her. Der Durchschnittserlös betrug für die Tonne Kohlen 9,87 M. (9,07 M.), Koks 14,80 M. und Teer 21,50 M. Die Belegschaft verfuhr im Grubenbetrieb 250 105 (219 908) achtstündige Schichten mit 1 189 900 M. (961 871 M.) Lohn, oder 4,75 M. (4,37 M.) für die Schicht; im Kokeriebetrieb 8094 Schichten mit 27 974 M. Lohn oder 3,11 M. für die Schicht. Die Leistung pro Mann und Schicht war 1,02 To. (1,01 To.) der Rufförderung und 1,07 To. (1,06 To.) der Rettoförderung. Die öffentlichen Kosten betragen 148 955 M. = 0,59 M. für die Tonne Rufförderung oder 49,66 Proz. der verteilten Ausbeute, oder 33,36 Proz. vom Bruttogewinn. Der Bericht stellt auch ungenügende Arbeiterverhältnisse und andauernd festigen Wagenmangel fest. Nach 88 061 M. Abschreibungen blieb ein Reingewinn von 900 261 M., aus dem 900 000 M. Ausbeute zur Verteilung gelangten, während 261 M. auf neue Rechnung vorgetragen wurden. — Unter Zugrundelegung der Angaben des Geschäftsberichtes über geleistete Schichten, ermitteln wir für das letzte Jahr 893 Sollarbeiter. Und auf den Kopf derselben entfällt ein Reingewinn von nur 148 Mark. Man wird sagen, dass sei doch ein ganz respektable Gewinn. Für notleidende Kohlenkönige nicht! Aber das Geheimnis des niedrigen Papierlohnes enthielten wohl genügend die Bemerkungen des Herrn Stinnes in der letzten Gewerkschaftsammlung, nämlich, dass für die vorhandenen 900 000 M. Kapitalen, die aus den Reuanlagen, wie Kokerieanlagen mit Nebenproduktengewinnung, Wädrer usw., noch herrühren, monatlich etwa 5000 M. Zinsen verrechnet werden müssten. Also aus den Betriebsergebnissen werden bedeutende Kosten für Reuanlagen bestritten. Man darf beruhigt sein, die Ausgabenherkunft kommen auf ihre Kosten.

**Stellwerk Aktiengesellschaft vorm. Wilsch u. Co. in Osnabrück a. Rhein.** Dieses mit einer Million Mark Grundkapital arbeitende Unternehmen (feuerteste und chemische Erzeugnisse) erzielte im zweiten Geschäftsjahre 1906, nach 174 056 M. (i. V. 98 830 M.) Abschreibungen einen Reingewinn von 260 173 M. (236 447 M.), wovon eine Dividende von wieder 15 Proz. (wie im Vorjahre) verteilt wird.

**Die Farbwerke vorm. Meister, Probst u. Brüning** erzielten nach 2 363 185 M. (i. V. 2 202 990 M.) Abschreibungen einen Reingewinn von 10 736 440 M. (i. V. 9 098 548 M.). Es werden 30 Proz. (i. V. 24 Proz.) Dividende vorge schlagen.

**Gewerkschaft Orange bei Dulmen.** Das Geschäftsjahr 1906 erbrachte nach 19 318 M. (im Vorjahre 16 820 M.) Abschreibungen einen Reingewinn von 174 446 M. (123 465 M.), aus dem 149 000 M. = 160 M. (107 525 M. = 115 M.) auf 935 Stube als Ausbeute verteilt wurden.

## Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Schweiz.

Zürich, 5. April. (Eig. Ber.)

Die schweizerische Bundesversammlung bestimmt die Unentgeltlichkeit des Unterrichts, und in allen fortschrittlich gesinnten Kreisen besteht die Auffassung, dass deren notwendige Konsequenz die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel (Schulbücher) und Schreibmaterialien (Papier, Feste, Schiefertafel, Griffel, Meisterei, Federn, Radiergummi, Feinmappen usw.), für die Arbeitsschule die Unentgeltlichkeit der Arbeitsmaterialien sei. Diese ist denn auch bereits in verhältnismäßig großem Umfang vorhanden, immerhin aber noch lange nicht allgemein.

Der verdienstvolle Herausgeber des Jahrbuches für das Unterrichtsverfahren der Schweiz, Dr. A. Huber, Staatssekretär des Kantons Zürich, hat im vorigen Jahre eine Enquete über den Stand der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel veranlasst und ihre Ergebnisse in dem kürzlich veröffentlichten Jahrbuche mitgeteilt. Danach halten die Kantone Zürich, Glarus, Solothurn, Baselstadt, Baselst. Land, Appenzell A.-A., Waadt, Neuchâtel und Genè die staatliche obligatorische Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Schreibmaterialien für die Primarschule (Volksschule), und davon die Kantone Zürich, Baselstadt und Genè auch für die Sekundarschule (Realschule), Baselstadt überdies für die Mittelschulen. Ferner geben die Kantone Zürich, Baselstadt, Appenzell A.-A., Neuchâtel, Waadt, Neuchâtel und Genè auch die Arbeitsmaterialien für weibliche Handarbeiten an die Schülerinnen unentgeltlich ab. In den Kantonen Zug, St. Gallen und Thurgau besteht nur die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, also nicht auch die der Schreibmaterialien; im fromm-katholischen Kanton Appenzell A.-O. werden nur für die Fortbildungsschule die Lehrmittel unentgeltlich abgegeben.

Diese 18 Kantone umfassen 1 842 517 Einwohner (52,6 Proz. der Gesamtbevölkerung), und es kommt die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel 256 518 Volksschülern, 14 680 Realschülern und 610 Fortbildungsschülern, zusammen 271 808 Schülern zugute, somit ungefähr der Hälfte der gesamten Schülervielfalt der Schweiz. Die Kosten der Unentgeltlichkeit belaufen sich auf rund 1½ Millionen Frank, wovon 700 000 Fr. der Staat (die Kantone) und 800 000 Fr. die Gemeinden tragen. In den Kantonen Zug, Baselstadt, Appenzell A.-O., St. Gallen und Genè trägt die Kosten der Staat allein, in den Kantonen Glarus und Solothurn tragen sie Staat und Gemeinden zusammen. In den Kantonen Bern, Argau und Thurgau leistet der Staat Beiträge für Schulmaterialien denjenigen Gemeinden, die die Lehrmittel usw. unentgeltlich an die Schüler abgeben.

In den zwölf Kantonen, welche die staatliche obligatorische Unentgeltlichkeit der Lehrmittel usw. noch nicht haben, ist sie aber von zahlreichen Gemeinden freiwillig — ohne den staatlichen Zwang — eingeführt worden, ein Zustand, wie er früher auch in den anderen Kantonen bestand; denn in der Schweiz gehen die meisten Fortschritte, insbesondere die sozialen, in der Regel von der Gemeinde aus, und zwar ebenso regelmäßig auf die Initiative der organisierten Arbeiterkräfte hin. Dann erst verallgemeinert sie der Kanton durch Gesetz. Ein Kanton folgt dem anderen nach, und je nachdem wird die Einrichtung durch Bundesgesetz auf das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft ausgedehnt.

Die Gemeinden in den zwölf Kantonen, ohne staatliches Obligatorium geben alljährlich rund 400 000 Fr. für die Lehrmittel aus. Diese Kantone leisten überdies noch einiges, um jene gemeinnützige Einrichtung zu fördern. Der Kanton Bern z. B. besitzt einen staatlichen Lehrmittelverlag, der die Wälder zur Hälfte der Selbstkosten an die Gemeinden liefert. Auch die Kantone Waadt und Zürich haben eigenen Lehrmittelverlag. Ferner besitzt die Stadt Zürich für sich eine besondere Lehrmittel- und Schreibmaterialien-Zentralstelle. Die Kantone Graubünden, Obwalden, Luzern, Appenzell A.-O., St. Gallen und Thurgau geben Staatsbeiträge oder verwenden die seit einigen Jahren gewährten Staatsbeiträge dazu, die Lehrmittel zu ermäßigtem Preise abzugeben.

Die Kosten der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für den einzelnen Primarschüler schwanken pro Jahr zwischen 80 Rappen (64 Pf.) in Appenzell A.-O. und 2,50 Fr. (2 M.) in Zug, die der Schreibmaterialien zwischen 1 bis 3 Fr. pro Schüler und Jahr. Die erheblichen Schwankungen dieser Durchschnittskosten erklären

sich aus der Verschiedenheit der Qualität der Lehrmittel und der Schreibmaterialien, ferner aus den verschiedenen Umständen: ob die Lehrmittel vom Staate selbst hergestellt werden, ob das Material vom Staate im Großen angeschafft oder von Privaten, d. h. von Buchbindern bezogen wird.

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ist in der Schweiz seit 25 Jahren eingeführt. Als die Forderung das erste Mal erhoben wurde, stieß sie auf allgemeine Opposition, die mit den verwegeneren Umständen und den bekannten Scheingründen argumentierte: Es sei eine Ungerechtigkeit, den reichen Leuten die Lehrmittel zu „schenken“; durch die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel werde eine Verschwendung und Niederlichkeit im Gebrauche der Lehrmittel und Schreibmaterialien herbeigeführt werden, denn wenn die Eltern die Schululsen für ihre Kinder nicht mehr bezahlen müssten, würden sie auch kein Interesse mehr daran haben, diese zum soliden Gebrauche derselben und zur Sparsamkeit anzubahnen usw. Diese „Argumente“ lehnen auch heute in allen Fällen wieder, wenn Sozialdemokraten die Einführung der Unentgeltlichkeit der Schululsen beantragen.

Auf der anderen Seite haben die Freunde der Unentgeltlichkeit gute neue Argumente für die Verteidigung ihrer Sache erhalten: Dr. Huber hat die kantonale Erziehungsdirektion des Kantons Glarus: „Die Bestimmung, es würden die Schüler bei der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel ungleich weniger Sorge zu den Lehrmitteln tragen, als wenn die Eltern für den Schaden aufzukommen haben, hat sich als unbegründet erwiesen.“ Und die des Kantons Baselstadt konstatiert: „Im allgemeinen darf festgestellt werden, dass die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, abgesehen von der starken finanziellen Belastung des Budgets, zu keinen Uebelständen geführt hat, indem die Schulfugend mit den Vätern nicht weniger sorgfältig umgeht, als in früheren Zeiten. Dafür spricht der große Prozentsatz der zum zweitenmal verwendeten Lehrmittel. Die Bevölkerung empfindet diese Unterstützung des Staates als eine große Wohltat und würde sich eine Aufhebung der Unentgeltlichkeit kaum gefallen lassen.“ Selbst aus der westlichen Schweiz, wo die bürgerlich-kapitalistischen Politiker noch völlig monarchistisch und jeder Sozialpolitik feindlich gesinnt sind, liegen günstige Berichte vor. So meint die Neuenburger Erziehungsdirektion: „Der Unterricht hat an Wichtigkeit und Einheit gewonnen, die Disziplin hat sich bedeutend gebessert, und andere sehr wesentliche Vorteile für den Fortschritt unserer Schulen sind die Folgen davon.“ Selbst die sozial rückständige Regierung des Kantons Waadt erkennt an, dass mit der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel mehr Ordnung und Regelmäßigkeit in den Gang des Unterrichts gebracht wurde.

So ist das überliche Jahrbuch für 1906 ein ausgezeichnetes Agitationsmittel für die weitere Ausbreitung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien in allen Schulen und zugleich ein ehrenvolles Monument der positiven Arbeit der Sozialdemokratie; denn ihr Werk, ihr Erfolg ist diese wahrhaft kulturelle Schöpfung, die dem gesamten Volk eine große Erleichterung bietet, der Gemeinde und dem Staate Gelegenheit gibt, etwas wirklich Gemeinnütziges zu leisten, und die eine ungemein kostkräftige Förderung und Hebung der Volksschule und der gesamten Volksschule bedeutet.

Und in Preußen? Vor einigen Jahrzehnten traten die Freisinnigen — voran Walder — mit Lebhaftigkeit für die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel aus pädagogischen Gründen und als notwendiges Korrelat der Schulpflicht ein. Heute treten für dieselbe Forderung nur vereinzelte Bürgerliche ein. Auch in Berlin ist bekanntlich der bereits im Jahre 1890 von sozialdemokratischer Seite gestellte Antrag auf Einführung der Unentgeltlichkeit für Lehrmittel nicht zum Beschluss erhoben.

## Soziales.

### Der terrorist?

Wir hatten schon einmal über das Gefahren des Kleinmeisterlichen Schreinerhandwerks im Raster, Adlerer- und Anstreicherberuf für Duisburg und Umgegend berichtet. Jetzt liegt uns abermals ein Dokument dieses Ausharbeitsverbandes vor, das geradezu eine Explosion in des Wortes enstehender Bedeutung darstellt. Das Ding ist an die Rasteralientiefen gerichtet und heißt so aus:

**An unsere verehrlichen Lieferanten!**

Auf Grund unserer Verträge und auf Beschluss des rheinisch-westfälischen Verbandes waren wir gezwungen, unsere organisierten Gehälfen zu entlassen. Zur erfolgreichen Durchführung dieser Sperrre ist es absolut notwendig, dass diejenigen Meister, die unserem Verbande noch fernstehen und aus der Bewegung Nutzen ziehen wollen, keine Materialien bekommen. Wir überreichen Ihnen deshalb eine Liste unserer Mitglieder und bitten Sie dringend, an andere als die in darin aufgeführten Meister Materialien nicht verschicken zu wollen; ebenso bitten wir Sie, Aufträge von Ihnen bisher unbekanntem auswärtigen Leuten nicht auszuführen zu wollen, ohne vorher mit uns Rücksprache zu nehmen.

Bei den Bestellungen von auswärts handelt es sich hauptsächlich um die Städte Aachen, Eberfeld-Barmen, Arefeld, Düsseldorf, Essen, Bochum, Herne, Dortmund, Hagen, Hapsel, Hebdelsberg, Bohlwinkel, Opladen, Velbert, Reilmann, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, Duisburg.

Unser hiesiger Ortsverband hat beschlossen, diejenigen Lieferanten, welche unseren Wünschen, die ja auch in Ihrem eigenen Interesse liegen, nicht nachkommen, in Zukunft bei Vergabe ihrer Aufträge nicht zu berücksichtigen.

An Private dürfen unter keinen Umständen Materialien verkauft werden, die darauf schließen lassen, dass es sich um Arbeiter handelt, die von freikundigen (d. h. ausgesperrten) Anstreicher-Gehälfen ausgeführt werden.

**Sperrungsverbot**

**Arbeitgeberverband**

für das Raster- und Anstreicher- usw. Gewerbe für Duisburg und Umgegend.

Also die Arbeiter werden ausgesperrt und den Materialien-Lieferanten wird mit der Entziehung der Kundenschaft gedroht, wenn sie sich den Wünschen der Herren vom Pinsel nicht fügen. Und das alles, weil die Arbeiter das schamlose Anfinnen zurückgewiesen haben, einen Rebber zu unterschreiben, der besagt, dass sie weder einem aristokratischen noch freigewerkschaftlichen Verbände angehören und diese Verbände weder moralisch noch finanziell unterstützen wollen! — Weiter kann man wohl nicht gut gehen in der Anwendung terroristischer Mittel, höchstens bliebe noch der Appell an die rohe Gewalt. Fast will es scheinen, als ob diese handwerkmeisterlichen Schamacher in ihrem Großmachtsgefühl den Staatsanwalt geradezu herausfordern wollen, um zu probieren, wo für das Arbeitgeberverbot in puncto Wirkmacht der Gesetzgebung die Grenze liegt. Köhlich nimmt sich das gnostisch-dreißigstündige aus, das lediglich „auf Grund von Verträgen und auf Beschluss des Arbeitgeberverbandes der Duisburger Ortsverband gezwungen war, die organisierten Gehälfen zu entlassen“. Die Herren glauben also nicht einmal mehr nötig zu haben, wenigstens den Versuch einer moralischen Verteidigung

ihrer Vorgehens gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter machen zu müssen. Man merkt es täglich mehr, dass wir „im Staate der vollkommensten Rechtsgarantien“ leben!

### Arbeitgeber für Vermehrung der Betriebsunfälle.

Gelegentlich des in der Dierwoche in Köln abgehaltenen Verbandstages der Maurer wurde von dem Referenten über „Baunbeterische“ (Peltis-Hamburg) an der Hand eines reichhaltigen statistischen Materials unter anderem auch auf die höchst beachtenswerte, von uns wiederholt betonte Tatsache hingewiesen, dass in Bayern seit der Anstellung von Arbeiterkontrolluren die Zahl der tödlich verlaufenen Unfälle von 1,19 auf 0,73 und die Zahl der entschuldigungspflichtigen Verletzen von 19,50 auf 11,86 pro 1000 vollbeschäftigter Arbeiter gesunken sei. Für jeden vorurteilslosen und unparteiischen Menschen wird dadurch der schlagendste Beweis erbracht, dass die Institution der Arbeiterkontrolluren in Bayern sehr segensreich gewirkt und sich geradezu glänzend bewährt hat. Wir sagen: jeder vorurteilslose und unparteiische Mensch muss zu dieser Schlussfolgerung kommen. Anders die Rheinisch-Westfälische Baugewerkschaftsgenossenschaft, die nach eingehender Betrachtung dieser Materie in einer am 30. Februar et. abgehaltenen Genossenschaftsversammlung folgende „Resolution“ angenommen hat:

„Die Genossenschaftsversammlung der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaftsgenossenschaft vom 20. Februar 1907 legt entschiedene Verwahrung ein gegen alle behördlichen Bestrebungen, die auf Anstellung von Bau- und Betriebskontrolluren aus Arbeiterkreisen durch die Träger der Unfallversicherung hinstellen. Diese Bestrebungen stellen sich als ein durch nichts gerechtfertigter Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Berufsgenossenschaften dar, und ihre Verwirklichung wäre bei der anerkannt ungenügenden theoretischen und technischen Vorbildung von Arbeiterkontrolluren gleichbedeutend mit einer geradezu bedenklichen Verschlechterung des Arbeiterschutzes, den die Berufsgenossenschaften mit ihrem Heere von besonnenen und qualifizierten Kräften bereits — und mit gutem Erfolge — ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden. Es steht außer Zweifel, dass die Arbeiterkontrolluren ihre Tätigkeit in der Hauptache parteigenösslichen Zwecken dienlich machen und somit ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vollends zerstören würden.“

Also die Arbeiterkontrolluren sollen sowohl technisch wie theoretisch zu ungebildet sein, um die Kontrolle ausüben zu können! Merkwürdig, dass die jährliche Tätigkeit der Arbeiterkontrolluren in Bayern geradezu ein glänzendes Zeugnis der Befähigung für den Posten ergeben hat. Und wie besorgt die Berufsgenossenschaft um den Arbeiterschutz ist! Schade, dass die Arbeiter von dieser Fürsorge so verflucht wenig zu spüren bekommen. Die niedrige Beschuldigung, dass bei einer eventuellen Anstellung von Arbeiterkontrolluren diese ihre Tätigkeit in der Hauptache zu parteigenösslichem Zwecke ausüben würden, kritisiert sich selbst. Keinerlei haltlose Beschuldigungen gehören zu dem eisernen Bestande der Waffen unserer Gegner. Das „Herr im Hause sein“ ist es, was den Berufsgenossenschaftlern in den Knochen steckt. Der Eingriff in die angemachten Rechte gefügt ihnen nicht. Die Tatsache, dass infolge der Heranziehung von Baukontrolluren die Zahl der Unfälle herabgegangen ist, liegt so klar zutage, dass sie auch den mit der Sache bekannten Mitgliedern der Baugewerkschaften nicht entgangen sein kann. Die Strafen ihrer Resolution tauschen darüber nicht hinweg, dass ihnen also eine Verminderung der Unfälle unangenehm ist. Es ist angebracht der erscheidenden, von Jahr zu Jahr zunehmenden Unfälle die höchste Zeit, dass reichsgesellschaft überaus Arbeiterkontrolluren angestellt werden, denen das Recht des Entlassens und der Ueberwachung von Unfallverhütungsvorschriften eingeräumt wird. Befreiung der Alfordarbeit, Schah des Koalitionsrechts und der Arbeiterorganisationen wären weitere leicht erfüllbare Forderungen zur Verminderung der Unfälle. Ziele endlich die Befreiung des Schadenerschaftsprüfung gegen den Unternehmer (auf Zahlung der Differenz zwischen dem wirklichen Schaden und der Unfallrente), so würden jährlich viele tausende von Arbeitern weniger auf dem Schlachtfeld der Arbeit als im Betriebe Geblüete oder Verwundete vorhanden sein. Das gefenngezeichnete Verhalten der Baugewerkschaft gegen diese Forderungen vermag auch dem eingefleischtesten Anhänger der bestehenden Eigentumsordnung die Augen über die Gemeingefährlichkeit des Privatigentums an den Produktionsmitteln und der bestehenden Organisation der Eigentümer zu öffnen.

### Soziale Fürsorge in der Feldmeisterei.

Dieser Tage hat das Feldmeistertum angeordnet, dass den Arbeitern bei den Artillerie-Depots jährlich ein Erholungsurlaub unter Fortgewährung des Lohnes bewilligt werde. Die Arbeiter, welche diesen Jahre im königlichen Dienst tätig sind, haben Anspruch auf einen vierwöchigen, die mit zehn-jähriger Dienstzeit einen solchen auf einen sechswöchigen Urlaub. Des weiteren ist für diese Arbeiter eine zehnständige Arbeitszeit bestimmt worden: von 7 Uhr früh bis 6½ Uhr abends mit einer Mittagspause von 12-1¼ Uhr. Für Feiertage und Welper wird eine Viertelstunde gewährt, sodass die Effektivarbeitszeit 9½ Stunden beträgt. An Sonnabenden und bei Tagen vor großen weltlichen oder kirchlichen Festtagen wird die Arbeitszeit um zwei Stunden nachmittags gekürzt. Ein Abzug vom Lohn findet nicht statt.

Die Urlaubsbestimmung entspricht der um die Wählzeit für die preußischen Eisenbahnbetriebswerkstätten erlassenen durchaus unzulänglichen Vorschrift. Erheblicher ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie ist wohl eine Folge des so häufig im Reichstag von sozialdemokratischer Seite erhobenen Verlangens, in dem vom Reich betriebenen Werkstätten Erholungsurlaub zu erteilen und insbesondere die Arbeitszeit herabzusetzen. Die erlassene Verordnung kann trotz ihrer Unzulänglichkeit als eine kleine Abschlagszahlung begrüßt werden. Ueber die Erfahrungen, die die Verwaltung mit Herabsetzung der Arbeitszeit gemacht hat, wird die Verwaltung in berichten und wir bezweifeln nicht, sie wird zu der Erkenntnis gelangen, falls ihr diese nicht schon beizubringen, dass die Herabsetzung der Arbeitszeit nicht nur im Interesse der Arbeiter liegt. Wird die Militärverwaltung denn trotz der Macht der Schamacher für eine gesetzliche Maximalarbeitszeit eintreten?

# INSERATE

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden .....

**Größere Anzeigen**

für die

**Sonntags-Nummer**

erbitten dagegen schon bis

**Freitag nachmittag 5 Uhr,**

da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert XXXXX werden kann. XXXXX



# WIRTSCHAFTSARTIKEL

Donnerstag — Freitag — Sonnabend

## Glaswaren

Wassergläser, gepresst.....	0.04
Wassergläser mit poliertem Boden.....	0.08
Bierbecher mit Goldrand.....	0.06
Tee- und Bierbecher mit Bordüre.....	0.10
Citronenpressen.....	0.06
Butterdosen.....	0.15 0.20
Käseglocken.....	0.35
Porterschalen, glatt, 0,3 Liter.....	0.22, 0,4 Liter 0.28
Grätzertulpen, glatt, 0,3 Liter.....	0.22, 0,4 Liter 0.25
Kompotteller, verschiedene Muster.....	0.04
Kompottieren 0,06, 0,08, 0,10, 0,15, 0,25, 0,30.....	
Zuckerschalen.....	0.12 0.15
Kuchenteller.....	0.38
Weinblätter, Eisglas.....	0.06
Käseglocken, geschliffen.....	0.65
Kompotteller, Olivenschliff.....	0.18
Weissbierpokale, 0,3 Liter, gepresst.....	0.18

## Steingut-Küchengerät

<i>Rena</i>	
Gemüsetonnen.....	0.38
Gewürztonnen.....	0.18
Essig- und Oelkrüge.....	0.38
Salz- oder Mehlresten.....	1.15
Milchtöpfe, Satz 6 Stück.....	1.45
Kompottieren, Satz 6 Stück.....	0.85
Kompottieren, blau Zwiebelm., Satz 6 Stück.....	1.25

## Porzellan dekoriert

<i>Rosenmuster</i>	
Speiseteller.....	0.25
Suppenteller.....	0.25
Dessertteller, ca. 19 cm.....	0.15
Kompotteller, ca. 15 cm.....	0.12
Kaffeekannen.....	0.55, 0.75
Teekannen.....	0.45, 0.55, 0.95
Mokkatassen.....	0.15
Kaffeetassen.....	0.18
Bouillontassen.....	0.25
Kuchenteller.....	0.38
Butterdosen.....	0.38
Kompottieren, Satz 6 Stück.....	1.65
Milchtöpfe, hohe Form, Satz 6 Stück.....	1.10

## Kristall-Weingarnitur ff. graviert

Bowlengläser.....	0.48
Rotweingläser.....	0.42
Rheinweingläser.....	0.42
Portweingläser.....	0.35
Liquergläser.....	0.30
Champagnergläser.....	0.42
Bierbecher.....	0.38
Selterbecher.....	0.28
Teebecher.....	0.35
Karaffen.....	1.25, 1.75, 2.25

## Porzellan weiss

Speiseteller, tief und flach.....	0.18
Dessertteller.....	0.12
Kompotteller.....	0.09
Terrinen.....	1.15, 1.35, 1.75
Ragoutschüsseln.....	0.95, 1.15, 1.45
Saucieren.....	0.45, 0.65
Bratenplatten, oval.....	0.18, 0.25, 0.35, 0.45
Gemüeschüsseln, rund, tief u. flach.....	0.50, 0.75
Kompottieren, eckig.....	0.18, 0.25, 0.35, 0.45
Kompottieren, rund gerippt.....	0.12, 0.15, 0.18, 0.33

## Küchengerät, runde Form

<i>Rosenmuster</i>	
Gemüsetonnen.....	0.68
Gewürztonnen.....	0.28
Essig- und Oelkrüge.....	0.68
Salz- und Mehlresten.....	1.65
Milchtöpfe, Satz 6 Stück.....	1.75

## Kleeblattmuster, eckige Form

Gemüsetonnen.....	0.85
Gewürztonnen.....	0.32
Essig- und Oelkrüge.....	0.85
Salz- oder Mehlresten.....	1.45
Kaffeetassen mit Goldrand.....	0.18
Kaffeetassen mit blauen Linien.....	0.23
Kaffeetassen mit buntem Decor.....	0.28

## Tafel-Service

für 6 Pers., 23 Teile.....	12.75	30 Teile.....	14.25
für 12 Personen, 60 Teile.....	38.00		
für 12 Personen, 78 Teile.....	42.50, 53.00		
für 12 Personen, 94 Teile.....	45.00		

## Kaffee-Service

für 6 Personen, 8 Teile.....	1.75
für 6 Personen, 9 Teile.....	2.50, 3.00, 4.75
für 12 Personen, 16 Teile.....	6.50
für 12 Personen, 18 Teile.....	7.50

## Wasch-Service 5 Teile

Martha.....	1.35
Ortrud.....	1.75
Lona.....	2.20
Hertha.....	3.45
Meta.....	4.75
Hilda.....	6.25

## Wirtschafts-Artikel

Gaskocher, 2 Loch, 2 Flammen.....	6.75
Gaskocher, 4 Loch, 2 Flammen.....	9.75
2 Gasplättchen mit Erhitzer.....	4.95
Aermelplättbretter.....	0.42
Plättbretter mit Bezug.....	1.95
Wringmaschinen 38 39 42 cm.....	
prima Walzen.....	9.50 10.50 11.50
John's Voldampf-Waschmaschinen.....	31.50, 36.75, 42.50
Zink-Waschzuber.....	9.00, 11.00
Zink-Waschwannen m. Wulst.....	9.75, 13.00, 17.50
Zink-Waschwannen mit Drahteinlage.....	8.50, 10.00
Gardinenspanner „Spanne mit Liebe“.....	11.75
solide Qualität.....	
Wirtschaftswagen.....	1.35, 1.65
Messerputzmaschinen auf Brett.....	6.50
mit 1 Dose Schmirgel.....	
Fleischhackmaschinen mit 4 Scheiben.....	2.85
Fleischhackmaschinen Marke „Ani“.....	3.65
Kochkiste Hausfreund.....	8.75, 13.00, 16.00
Reibmaschinen.....	0.90, 1.15, 1.40
Kaffeemöhlen.....	0.50, 1.05, 1.45
Amerikan. Eismaschinen „Blizzard“.....	
2 3 4 6 8 Quart.....	7.50 8.50 10.50 14.00 17.00

Sämtliche Eisen-Kurzwaren.

## Eisschränke

Erstklassiges Fabrikat	
1 türig.....	14.00, 18.00, 22.50, 44.00
2 türig.....	50.00, 58.00, 63.50, 74.00
Innen Zink mit Butterkühler	
1 türig.....	40.00, 50.00, 65.00
2 türig.....	66.00, 78.00
mit Glasplatten ausgelegt	
1 türig.....	42.00, 55.00, 66.00
2 türig.....	65.00, 80.00, 95.00

## Bürstenwaren

Amerik. Teppich-Kehrmaschinen Marke K. d. W.....	8.00, 11.00, 12.50, 14.00
Rosshaarbesen, prima Qualität.....	2.00, 2.40, 2.75
Rosshaarhandfeger, pa. Qualität.....	1.15, 1.35, 1.65
Graue Kehrbesen.....	0.75, 1.00, 1.25
Graue Handfeger.....	0.40, 0.50, 0.65
Böhrnerwachs, weiss und gelb 1/2 Kilo.....	0.50, 0.65
Stahlspäne, 3 Pack.....	0.45
Gieskannen.....	0.45, 0.70, 0.80, 0.90, 1.25

SPEZIALITÄT  
Kompl. Kücheneinrichtungen

## Emaillierte Geschirre

prima Qual. grau, neubl.	
Schmortöpfe, bauchige Form	
12 14 16 18 20 22 24 26 cm.....	0.50 0.55 0.65 0.80 0.95 1.10 1.30 1.55
Kochtöpfe, gerade hohe Form	
14 16 18 20 22 24 26 28 cm.....	0.50 0.60 0.70 0.90 1.10 1.45 1.85 2.25
Stielpfannen, flach	
12 14 16 18 20 22 24 26 28 cm.....	0.20 0.25 0.30 0.35 0.40 0.50 0.60 0.70 0.80
Wasserkessel	
18 20 22 24 26 cm.....	1.25 1.50 1.75 2.00 2.50
Kaffeekannen.....	0.85, 1.00, 1.20, 1.40
Milchtöpfe, gebauht.....	0.35, 0.45, 0.55, 0.65
Küchenschüsseln, tief, weiss/weiss	
20 22 24 26 28 30 32 34 36 cm.....	0.35 0.40 0.45 0.55 0.60 0.75 0.80 0.90 1.00
Abwaschwannen, oval	
35 40 45 50 55 60 65 cm.....	1.15 1.30 1.50 1.90 2.35 2.85 3.50
Eimer, grau, neublau oder marmor, 28 cm.....	0.72
Toiletten-Eimer mit Messingbügel u. Knopf.....	2.75
Kehrrecht-Eimer mit Deckel und Schrift.....	2.45
Brittania-Esslöffel.....	0.13, 0.15, 0.18
Brittania-Kaffeelöffel.....	0.06, 0.08, 0.10
Alpaca-Esslöffel.....	0.35, 0.45
Alpaca-Kaffeelöffel.....	0.18, 0.25

# KAUFHAUS DES WESTENS

G.M.B.H.

Unser Kaufhaus wird um 1/2 9 Uhr geöffnet.

BERLIN

### Aus dem Berliner Polizei-Sumpf.

Ein Jahr ist's jetzt her, da pflüchten wir aus den üppigen Pflanzen, die im Polizei-Sumpf am Alexanderplatz in sorgfamer Reinkultur gezogen werden, zwei Blüten heraus:

#### Kriminalschutzmann Nr. 3844 Ludwig Hemter, Krandsstraße 29,

der, so wie Paul Geyse seine „Novellen in Versen“ in klassischer Sprachreinheit schreibt, seine „Romane in Polizeibriefen“ aus Brüssel in klassischer Prosa sandte, als er hinter unseren Genossen Vebel und Singer dorthin, in vertraulicher Mission geschickt worden war. In freudigster Siegesstimmung hatte er schon „in nächster Nähe“ des Internationalen Sozialistischen Bureaus seinen „Korrespondenten“ für die Berliner Zentrale gewonnen, als er plötzlich durch den begeisterten Empfang des Publikums bei der zwangsweisen Regenschirmvorstellung am Brüsseler Nordbahnhof zur rauhen Wirklichkeit erwachte und trotz seines raschen Verschwindens einen Gerschmack der hohen Wertschätzung erhielt, die man dort den Gentlemen vom Alexanderplatz zuteil werden läßt.

Als zweite Blüte konnten wir damals unserem allmählich reich gewordenen Polizeifrauche einberleihen:

#### Kriminalschutzmann Gustav Neumann, Ostenerstraße 11a IV.

Er hatte auch bereits geglaubt, unseren Genossen Karl Fischer als „Nichtgenleman“ für die Gentlemen der VII. Abteilung am ehemaligen „Häsenkopf“ gewonnen zu haben, und so sicher war die Sache bereits, daß Herr Kriminalkommissar v. Arnim selber sie in seine reinfalgebunden Hände nahm und den Jugendpreis in blankgemünztem Golde sandte, das dann unser Genosse schmerzbelegt der Parteilasse einberleichte, weil weder Neumann noch sein „Herr Hauptmann“ v. Arnim es an unserer Kasse erheben wollten. Zwar stellte sich ein paar mal ein angeblicher Herr Schaff vom Schiffbauerdamm 29 als Abgesandter eines Herrn Neumann vor, um die 200 M. abzuheben, aber da er die geforderte Legitimation nicht vorweisen konnte, fürchteten wir das Schicksal des Herrn v. Arnim zu teilen und das Geld dem falschen auszugeben, und übergaben es daher lieber dem sicheren Parteilassier, dem wir ohne Legitimation trauen durften.

Zu diesen vorjährigen Polizeiblüten können wir als diesjährige Frühjahrsblüte aus dem Alexanderplatz-Sumpfe der VII. Abteilung unseren Genossen heute präsentieren:

#### Kriminalschutzmann Nr. 5250 Paul Dietrich, Kochmannstraße 15.

Die politische Polizei ist zwar in ihrem Handwerk sehr konservativ, aber doch auch sehr vielseitig: sie spielt verschiedene Instrumente, wenn auch jedes recht stümperhaft, und wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, so geht Polizei-Mohammed eben zum Berge. Fällt Herr v. Arnim beim Werben von „Nichtgenleman“ aus den Reihen der Arbeiterklasse hinein, so versucht er es wieder einmal mit dem alten Polizeitrick und schickt seine Gentlemen selber direkt in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen hinein, um dort zu hören und zu berichten. Und der Reich muß gestehen, diese Herren, die direkt vom Alexanderplatz kommen, übertragen ihren Dienstleister auch auf die Parteiarbeiten. Aber das Flugblattverteilen treppauf und treppab tut's allein nicht; auch das Abonnentenwerben für den „Vorwärts“ macht allein noch nicht den vertrauenswerten Genossen; sogar daß er neue Mitglieder für den Wahlverein heranschleppte, genügte nicht. In einer verghelichen Stunde hatte

#### Herr Kriminalschutzmann Nr. 5250 Paul Dietrich

bei Augustin seinen Ueberzieher so aufgehängt, daß auf seiner Innenseite das schöngezeichnete Monogramm: P. D. sichtbar wurde. Aber Herr Paul Dietrich hatte wie gefogt vergessen, daß er als Wahlvereinsmitglied den Namen Ernst Philipp trug; und Ernst Philipp konnte doch unmöglich in seinem Ueberzieher das Monogramm P. D. tragen. Bei seiner Aufnahme in den Wahlverein hatte

#### Kriminalschutzmann Nr. 5250 Paul Dietrich

sich als Hausdiener Ernst Philipp,

gehoren am 18. Oktober 1878 in Angermünde, vorgestellt; seit dem 1. Mai 1906 war er im fünften Wahlkreis als eingeschriebenes Wahlvereinsmitglied „tätig“; am 1. Juli 1906 trat er in den dritten Wahlkreis über mit der Angabe, Altkreuzstraße 10a im Bierberlag Mauroschat beschäftigt zu sein. (Mauroschat soll Bierlieferung nach dem Polizeipräsidium haben.) Seit dem 19. Oktober war er auch im

Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Mitgliedsbuch Hauptnummer 84 908, Berliner Nummer 12 868 organisiert. Er glaubte also nach jeder Richtung hin seippenrein zu sein: mit so „sauberer Wäsche“ hielt er sich über jeden Verdacht erhaben, zumal er im Restaurant R., Prinzessinnenstraße, so tapfer kneipte, daß es manchmal sogar der Frau Wirtin zu lange dauerte; er wurde ja gerade dann ganz besonders schloft, wenn die Gäste sich enifernt hatten, denn im ungeschützten Duo ließ sich so hübsch über „Parteisachen“ plaudern. Wurde dann mählig die Junge schwer, so kam es wohl vor, daß auch das Hirn etwas müde wurde, so daß er ärgerlich meinte, er werde wohl vom Augustinischen Zahlabend nach einem andern ziehen, wo die „Gemäßigten“ seien; die „Radikalen“ seien ja mit dem Vorstande einig, die „Gemäßigten“ aber würden wahrscheinlich über den Vorstand schimpfen, und da er erfahren er dann mehr. So suchte er auch bei „seinem Abgeordneten“ sich anzubiedern, indem er ihn um Tribünenkarten ersuchte; aber dieser ließ ihn — natürlich höflich wie immer — abfallen.

„Ernst Philipp“ hatte auch keine Ahnung, daß seine Beziehungen zum 18. Polizeirevier in der Oranienstraße bekannt geworden waren; auch seine Recherchen beim Genossen Friß wählte er ganz geheim. Seine Kalkulation war ja im übrigen ganz richtig, nur hätte er nie vergessen sollen, daß andere Leute auch gut hören, wenn sie hören wollen. Herr Philipp-Dietrich, der natürlich alle „Sitzungen“ erfahren wollte, kalkuliert: wenn ich zu Friß gehe, der portiere wohnt, kann ich auf dem dunklen Hofe sehen, ob er zu Hause ist oder nicht; ist er zu Hause, dann ist keine Sitzung, und ich kann, statt „Schmiere zu stehen“, den Abend ruhig für mich genießen. Aber — „so was tut man, so was sagt

man nicht“, auch nicht, wenn man sich allein und sicher wähnt. Und wenn man zum Zahlabend oder in die Parteireihe geht und wegen der arbeitsungetriebenen Hände aufzufallen fürchtet, so braucht man sie nicht gerade am Trottoir, an Baumstämmen und an Hauswänden anzuschmühen, um „Arbeiterhände“ markieren zu können, oder man muß — von Zeit zu Zeit mal hinter sich sehen. Das sind vielleicht Anweisungen des „Herrn Dieners“, aber der „Hausdiener Ernst Philipp“ braucht nicht schmutzige Hände zu haben; diese fallen oft mehr auf als schweilenlose Hände, zumal nicht jeder Hausdiener ein — schmutziges Handwerk treibt!

Und wenn man als Sozialdemokrat und „Hausdiener Ernst Philipp“ zu den Sonntagsversammlungen mit nachfolgendem Familienkänzchen geht, so muß man auch das Gefühl des

#### Kriminalschutzmann Nr. 5250 Dietrich II

überwinden können. Wenn da auch wirklich mal ein paar Soldaten sich hinterirren, um im Kreise ihrer früheren Kollegen das Tanzbein zu schwingen, so darf der „Hausdiener Ernst Philipp“ nicht mit dem Vereifer oder Spürsinn des Kriminalschutzmannes die Nummer an der Plempe herauspionieren wollen, weil er durch sein plummes Herandrängen den Verdacht erweckt, die Soldaten denunzieren zu wollen.

Unsere Genossen mögen sich auch das für alle Gelegenheiten zur Warnung dienen lassen, denn nicht immer ist der ungeschickte Eifer so groß, daß er auffällt.

War manchen Monat arbeitete der „Hausdiener Ernst Philipp“, sich das Vertrauen der Genossen zu erwerben — und hatte keine Ahnung, daß er der Beobachtete war. Warum, sagten sich die Genossen — sollten wir ihm das Handwerk legen: entlarven wir ihn, dann schickt die Polizei einen anderen, den wir vorerst nicht kennen; den „Ernst Philipp“ kennen wir nun einmal genau so gut wie ... einige andere, die noch unter dem Schwerte des Damocles stehen. Außerdem hat dieses laissez faire, laissez aller noch den weiteren Vorzug, daß wir seinen Umgang und seine Freunde kennen lernen. Und so ließ man

#### Kriminalschutzmann Nr. 5250 Dietrich II

ruhig weiter „observieren“ und observiert werden. Auch als nach der Reichstagsauflösung „alle politisch und gewerkschaftlich organisierten“ Kriminalbeamten von dem Polizeipräsidium die Weisung erhielten, nimmeh für einige Zeit aus der Partei zu verschwinden — nach früher gemachten Erfahrungen will „man“ vermeiden, daß die „sozialdemokratischen“ Kriminalbeamten zu öffentlich bemerkbaren sozialdemokratischen Wahlarbeiten herangezogen werden, zumal ja die Ablehnung dieser Wahlarbeiten Verdacht erregen würde — auch damals also hielten die Genossen sein weiteres Verbleiben im Wahlverein noch für angebracht. Natürlich „verduftet“ auch Herr Philipp-Dietrich, nicht ohne sein Verschwinden bei den Genossen recht eindringlich zu bebauern, zumal er ja während des Wahllampes recht fleißig an den schriftlichen Arbeiten sich hatte beteiligen wollen und weil es ja gerade im 3. Kreis auf jede Stimme ankomme. Aber wenn die Schlummermutter selber ins Wirtshaus nachstürzt und eine Depesche bringt, daß der gute Onkel gestorben sei, so ist es klar, daß die „Erbstiftungsregulierung“ auch die Abwesenheit während der Wahlperiode entschuldigt. Daß er nun trotzdem gerade während dieser „Erbstiftungsregulierung in Angermünde“ in Berliner Parteireihen, z. B. bei Liere in der Grenadierstr. 88, gesehen wurde, ist natürlich wieder Pech gewesen, für das aber die Herren Diener und v. Arnim nach ihren eigenen bitteren Erfahrungen wohl verständnisvolles Mitleid haben.

Da schien es letzten Mittwoch angebracht, Herrn „Ernst Philipp“ den Genossen unter seinem richtigen Namen vorzustellen. Um ihm aber den „Gewerbebetrieb im Umherziehen“ zu vereiteln und zu verhindern, daß er — nach der Alexanderplatz-Schablone — heute im fünften, morgen im dritten, übermorgen im zweiten, vierten und sechsten seine amtlichen Funktionen ausübe — nebenbei gefogt war er auch im Niederbarnimer Kreise tätig — dachte die Genossen bei der Abschiedsvorstellung sich eine Photographie von ihm zu erbitten. Gedacht, getan.

Hausdiener Ernst Philipp, Dresdenerstr. 38, vorn IV bei Elger, erschien pünktlich und ahnungslos im Restaurant Manegold, Sebastianstr. Nr. 1, zum Zahlabend. Er wurde herausgerufen, und als er hinter sich die Türe schloß, flammte das Licht auf und

#### Kriminalschutzmann Nr. 5250 Dietrich II

war auf der sozialdemokratischen Platte festgedrückt. Wir werden diese Photographie den Genossen zur Kenntnisnahme bringen, und wenn sie in unserem Expeditionschaufester aufhängen wird, so dürfte sie manchem ein Vergnügen bereiten, weil sie in der Angst, die der „Hausdiener Ernst Philipp“ auf dieser Photographie zur Scheu trägt, zugleich zeigt, wie unermwartet dem

#### Kriminalschutzmann Nr. 5250 Dietrich II

die plötzliche Entlarbung als Pseudo-Sozialdemokrat kam; und den Augenzeugen dieser Enttarnungsgene — vielleicht stellt sie der Plottenverein an Stelle des gerügten „Damenbades“ in seinen Autoskopen an den Bahnstufen auf — wird diese Photographie eine angenehme Erinnerung sein, denn ein Bild größerer Angst und Verlegenheit hatte bisher keiner zu Gesicht bekommen. Nur ein Gedanke beherrschte während der kurzen Standrede, in welcher Genosse Eugen Ernst den

„Hausdiener Ernst Philipp“ als Kriminalschutzmann Nr. 5250 Dietrich II vorstellte, den „Hausdiener Ernst Philipp“, nämlich der Gedanke: nur hinaus aus diesem Zimmer, nur fort aus dieser Gesellschaft!

Und wie die in die Enge getriebene Rage stürzte „Ernst Philipp“ auf die Türe zu. Rette sich, wer kann! hieß es für ihn. Ohne Hut, ohne Ueberzieher, schweißtriefend rannte er hinaus, über den Ludauer Platz weg —

„Und Ruh und Keiter sah man niemals wieder!“ Wenn je eine Rettungsmedaille verdient worden ist, so hier! So tapfer und so mutig hat noch nie einer jemanden aus Wasser- oder Feuersnöten gerettet als wie hier der

Hausdiener Ernst Philipp, Dresdenerstr. 38, vorn IV bei Elger, den Kriminalschutzmann Nr. 5250 Dietrich II Kochmannstraße 15.

Zum Schluß noch ein historisches Dokument. Als am Abend die Genossen zum Heimbruch rüsteten, fand einer in seiner Ueberziehertasche folgende nach dem Original wiedergegebene Auffassung:

1 M. (davon 20 Pf. Stadtbahn)  
Geschrieben: Eine Mark habe ich in dienstlichem Interesse verauslagt und zurückerstattet erhalten und zwar:  
am 22. 8. 07 Recherche f. d. Gemeindevertreter Brügg . . . 0,40  
am 25. 8. 07 Streckendienst (Stadtbahn Station Tiergarten) 0,20  
am 26. 8. 07 (Abends) Recherche Gemeindevert. Brügg . . . 0,20  
am 26. 8. 07 Observation Biesenstr. 41/42 . . . . . 0,20  
1,00

am 28. 8. 07 . . . . . 0,20  
am 30. 8. 07 . . . . . 0,20  
Berlin, den 28. März 1907  
auf. 1,60  
Dietrich II.  
Kr.-Schutzmann 5250

Auf anderen Notizblättern hatte Dietrich Adressen und Straßenangaben, die Aufschluß gaben, wann und wo er mit der Ueberwachung hier lebender Russen beschäftigt war; ja sogar die Wohnung von Leuten wollte er ermitteln, die, wie der italienische Sozialist Sabriola, noch gar nicht in Berlin eingetroffen waren, sondern von denen es nur in den Zeitungen geheißen hatte, daß sie nach Berlin kommen wollten. Nun begreifen die Genossen „seines“ Zahlabends, warum er manchmal gar so neugierig nach den „russischen Brüdern“ frug, und mit seiner läppischen Keugier die von anderen Leuten wahrtef.

Man kann sich das Erstaunen des Genossen vorstellen! Wie kam diese Abrechnung und diese Notizzettel in Friß' Tasche? Da stellte sich heraus, daß er einen falschen Ueberzieher angezogen hatte — nämlich den des

#### Kriminalschutzmann Nr. 5250 Dietrich II.

### Die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Zusammenbruchs des agrarischen Milchringses

erörterte Rechtsanwält Dr. Platau in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung der Berliner Milchpächter. Den Vorlesungen des Redners entnehmen wir folgende die Gemeingefährlichkeit der verflochtenen Gründung und der weiteren Projekte kennzeichnenden Darlegungen. Nicht die Landwirtschaft, führte der Redner aus, wohl aber der Bund der Landwirte hat eine schwere Niederlage erlitten. Gerade die Landwirtschaft darf sich zu dem Scheitern der Ringischen Gründung Glück wünschen. Denn so ist sie vor der dauernden Unterwerfung unter die monopolistische Herrschaft der Bundesleitung bewahrt, die im Falle ihres Obsiegens in der Lage war, allen widersprechenden Elementen der Landwirtschaft nach Willkür den Absatz ihrer Produkte zu sperren. Nach dem bekannten Rundschreiben des verstorbenen Agrarierführers Ring zu Beginn des Milchkrieges war ja die Gründung der Milchzentrale, wie die Errichtung der Milchzentrale und des Magerviehhofes nur ein Glied in der Kette monopolistischer Pläne, die unter grundsätzlicher Ausschaltung des Handels dem Bund der Landwirte die Herrschaft über den gesamten Absatz der landwirtschaftlichen Produkte verschaffen sollte. Der Bund der Landwirte heißt, dank der schwächlichen Haltung unserer Beamenschaft schon jetzt auf dem Lande einen Einfluß, der dem der Staatsregierung mindestens gleich kommt. Wären die Herren Ring, Dietrich Hahn und Wangenheim auch nur mit einem Teil ihrer Monopolpläne durchgedrungen, so stände die Staatsregierung der ländlichen Bevölkerung überall in derselben Ohnmacht gegenüber, wie bereits dem Kohlenstandort und den anderen harten monopolistisch gegliederten wirtschaftlichen Verbänden. Das Wort von den „Ministern, die uns was können“, wäre dann allerdings mehr als eine agitatorische Phrase, und die königliche Regierung hätte dann wirklich den Drahtziehern des Bundes der Landwirte gegenüber so gut wie „nix zu seggen“. Wenn die märkischen Landwirte sehr bald nach Beginn des Milchkrieges anfangen, sich zurückzuziehen und demnach in wachsender Anzahl zu offener Gegnerschaft übergehen, so war hierfür nicht nur die Einsicht in die gräßliche Preisführung über die Finanzlage der Milchzentrale bestimmend, die ja in der ganzen Presse des Bundes bis in die neueste Zeit hinein unternommen wird, auch die Erkenntnis der Gefährlichkeit der vom Bund der Landwirte angestrebten Monopolstellung hat viel beigetragen. Konnte es doch der Milchring bei dem absolutistischen Zuschnitt in der Leitung des Unternehmens im Vertrauen auf die Rachmittel des Bundes sogar wagen, die Geschäftsführung einer vorher als Mittelstandsretter tätig gesehnen Persönlichkeit von notorisch krimineller Vergangenheit zu übertragen und aller Vorstellungen ungeachtet in dieser maßgebenden Stellung zu halten. Bei der neuen jetzt vom Bund betriebenen Gründung einer „Gesellschaft m. b. H.“ würde die völlige Rechts- und Machtlosigkeit gegenüber der Leitung noch stärker zutage treten. Schon jetzt haben 9 Untergenossenschaften der Milchzentrale den Konkursantrag stellen müssen. Der preussische Finanzminister hat von einer „märkischen“ Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens gesprochen. Vielleicht zeigt sich sehr bald, daß die verblüffende Erhöhung der Genossenschaftsziffern durch formalarmutige Gründungen völlig verunsichernd, nur auf dem Papier der Registrierakten lebender Genossenschaften die Bezeichnung „märkisch“ in etwas anderem Sinne verdient. Es besteht da ein vollkommener Klaffenabsatz von Untergenossenschaften, die dem Konkurs geweiht sind. Der Einfluß des Bundes der Landwirte hat durch diese Vorkommnisse bei den kleinen und mittleren Landwirten der Mark Brandenburg eine schwere Schädigung erlitten. Die Erregung ist nach übereinstimmenden Berichten aller Orten im Wachen. Den märkischen Landwirten erscheint es geradezu als ein Rätsel, wie in der kurzen Zeit ein Verlust von rund 11 Millionen Mark entstehen konnte. Die gerichtliche Untersuchung, die trotz den frommen Wünschen der Abgeordneten Hammer und Dietrich Hahn in vollem Gange ist, wird voraussichtlich auch hierüber eine allseits befriedigende Klarheit schaffen. Die Liquidatoren der Milchzentrale sind nach dem klaren Vorbericht des Gesellschaftervereins, jetzt Konkurs anzumelden. Die vom Gesellschafterverein vorgesehene Ueberwindung ist schon in der letzten Bilanz nur deswegen nicht buchmäßig in die Erscheinung getreten, weil man die vom Kammergericht für geschwindig erklärten Forderungen an ausgeschiedene Genossenschafter ruhig als Aktiven eingestell hat. Die Führer der agrarischen Partei werden sich in dieser Hinsicht den „guten Glauben“ schwerlich durch Berufung auf einen als Autorität für die Sanierung von Börsenfiktionen anerkannten Anwalt sichern können, der erklärt haben soll, daß er das Urteil des Kammergerichts nicht verstehe! Der Zusammenbruch der Milchzentrale wird aber in keinem Falle „das ersärende Füllen des Milchpreises“ zur Folge haben, von dem die Wanderredner des Bundes im Interesse der Gründung eines neuen Milchringses den Landwirten vorzuzählen. Groß-Berlin verbraucht täglich 720 000 Liter Milch. Davon hatte die längst bedeutungslos gewordene Milchzentrale kaum 50 000 Liter an die Konsumenten abgesetzt. Das sind allerdings noch 50 000 Liter zuviel, wenn man sich der gefährlichen Feindseligkeit des extremen Agrarismus gegen Berlin und der ganzen Gefährlichkeit seiner wirtschaftlichen Pläne erinnert. Aber es bleibt ohne jeden Einfluß auf die Preisbestimmung, ob dieser Bruchteil durch eine agrarische oder eine nichtagrarische Firma an die Verbraucher gelangt. Der Preis wird sich künftig ohne künstliche Stützmittel

**Durch Angebot und Nachfrage regeln, wobei das ständige Wachsen der Bevölkerung jedem dauernden Sinken des Preises entgegenwirken muß.** Für eine Erneuerung des Kampfes, wie sie der Bund unter Führung eines Leiters unseres Landwirtschaftsministers anstrebt, fehlt es daher an jedem Vorwand. Gewissermaßen ist nur, daß der jetzige Landwirtschaftsminister das Agrarierum noch in einer stärkeren Konzentrierung vertritt, als dies selbst durch Robbielski geschieht; während doch der jetzige Minister als Mitglied dem Milchring an, während sogar Robbielski diese Beteiligung aus Rücksicht auf seine Ministerstellung abgelehnt hat! Von der Zurückhaltung, die man von dem neuen Landwirtschaftsminister gerade wegen seiner Zugehörigkeit zum Milchring erwarten konnte, hat man bis jetzt nichts bemerken können. Auch das neue Einfuhrverbot gegen Holland und Belgien enthält keineswegs nur eine formelle Wiederholung der seit langem bestehenden Vorschriften, und die gegenteilige Behauptung in der „Deutschen Tageszeitung“ ist eine Verfälschung des Publikums. Das neue unbeschränkte Einfuhrverbot für tierische Produkte hat die bis jetzt sogar von Robbielski gebildete Einfuhr sterilisierter Sahne aus Holland unmöglich gemacht. Die Tendenz, die Preise zugunsten der einheimischen Landwirtschaft künstlich zu steigern, tritt hierbei um so drastischer hervor, als den deutschen Landwirten weiter frei gestellt ist, Milch und Sahne sogar aus urchundlich verunreinigten Ställen nach erfolgter Sterilisierung in den Verkehr zu bringen, während bei der holländischen Sahne die bloße Möglichkeit der Übertragung der Maul- und Klauenseuche ein Verbot derselben Produkte rechtfertigen soll. Der Milchhandel und die Bevölkerung Groß-Berlins hat keinen Grund, sich vor einer etwaigen Erneuerung dieses wirtschaftlichen Kampfes zu fürchten. Wir haben den Kampf bis zum Siege durchgeführt, obwohl der Reihe nach alle überhaupt in Preußen existierenden Machtfaktoren des Staats auf dem Kampfplatz erschienen sind, — vom Landwirtschaftsminister, dem Polizeipräsidenten, dem Kultusminister, dem Justizminister Schönstedt, dem Eisenbahnminister an bis zu den Amtsvorstehern, den Landgeistlichen und den Kreisblättern, in denen jede agrarische Verdächtigung ebenso bereitwillige Aufnahme fand, wie die Schilderungen des glänzenden Geschäftsganges und der günstigen Finanzlage der Milchzentrale. Die Berliner Bevölkerung hat sicherlich den ausdrücklichen Wunsch, mit der Landwirtschaft in Frieden zu leben, wie dies vor der Tätigkeit des Bundes der Landwirte der Fall gewesen ist; Sie hat es aber auch in der Hand, in kürzester Zeit durch ein zielbewusstes Vorgehen in Verbindung mit Vertretern des Handelsstandes jeder neuen Milchzentrale das Schicksal der alten zu bereiten.

So der mit den Verhältnissen genau vertraute Redner. Die Ringische Gründung ist das vollendetste Muster für ein fruchtbar leichtfertig geführtes Unternehmen, das unter dem Vorgeben, der Landwirtschaft helfen zu wollen, Klein- und Mittelbauern aus schwerer Not zu befreien und verkrachten Kräfte reichliche Einnahmen erwährt hat.

## 17. Generalversammlung des Zimmererverbandes.

Köln, 16. April.

Den Kasernenbericht, umfassend die Zeit vom 1. Januar 1905 bis 31. Dezember 1906 erstattet der Hauptkassierer Kömer. Es bezugten nach den der Hauptkassie übermittelten Vierteljahresabrechnungen der Zahlstellen die Einnahmen 1905: 1.048.162 M., die Ausgaben 977.530 M.; im Jahre 1906: die Einnahme 1.428.015 M., die Ausgabe 1.336.170 M. Die Bestände beliefen sich Ende 1905 auf 389.575 M., Ende 1906 auf 481.421 M. Das Gesamtvermögen belief sich Ende 1905 auf 919.161 M., Ende 1906 auf 1.322.303 M. (Die Pfenniggaben haben wir stets weggelassen.) Die Totalerlöse bewegten sich pro Kopf der Mitglieder in den drei letzten Jahren wie folgt: 15,45 M., 17,80 M. und 19,86 M.; die Totalausgaben: 13,21 M., 12,07 M. und 14,88 M. Die 1906 in Kraft getretene Arbeitslosenunterstützung erforderte eine Ausgabe von 105.000 M., was der durch die Erhöhung der Beiträge geschaffenen Mehreinnahme entspricht und die Richtigkeit der vor der Einführung der Arbeitslosenunterstützung aufgestellten Kalkulation bestätigt. Es wurden ferner u. a. im Jahre 1906 verausgabt: für das Verbandsorgan 72.906 M., für Agitation 107.519 M., für Streiks 298.164 M., für Reiseunterstützung 8197 M., Rechtschutz 11.201 M., verbranntes Handwerkszeug 2348 M. usw.

Den Bericht des Ausschusses gibt Rube-Berlin. Erhebliche Störungen seien im Verbandsleben nicht vorgekommen. Unter vielen anderen Sachen ist zu erwähnen, daß eine Beschwerde aus Nürnberg gegen die Verweigerung der Gemahregelunterstützung für einen aus Anlaß des 1. Mai gemahregelten Kameraden zurückgewiesen werden mußte, weil die wegen der Kaiserfeier Gemahregelten nicht unter diese Unterstützung fallen, sondern aus Lokalmitteln zu unterstützen sind. Rube warnt vor einer Aenderung dieses Standpunktes, da das die Unabsehbarsten Folgen für die Finanzverhältnisse des Verbandes haben könne. Die Arbeitslosenunterstützung habe sich gut bewährt. Der Ausschuss hat sich auch in gemeinsamer Sitzung mit dem Zentralvorstand mit dem Streit zwischen Partei und Gewerkschaften befaßt. Es wurde für die Funktionäre des Verbandes als Richtschnur die folgende Resolution festgelegt:

„Wir halten nach wie vor daran fest, daß der Zweck unseres Verbandes in erster Linie ist die Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Zimmerer Deutschlands, und daß dieses Ziel erreicht werden soll durch eine demokratische Organisation und eventuell durch den Kampf gegen die Kapitalisten und Arbeitgeber unseres Berufes. Diese Bestrebungen haben im Vordergrund unserer Organisation zu stehen. Auscinanderlegungen, die den Zweck haben oder die dazu führen, unsere Organisation von diesem prinzipiellen Boden zu entfernen, sind so weit wie möglich zu vermeiden. Ein eventuelles Eingreifen in dieselben darf nur von diesem prinzipiellen Boden aus geschehen.“

Der Bericht der Preßkommission beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Konflikt zwischen dem Verbandsorgan und der Parteipresse. Dieser Gegenstand führte später zu einer ausgedehnten Debatte.

In der Diskussion über die Berichte tritt Imbs-Strasbourg den Bemerkungen Schraders über die Jugendorganisation entgegen: Wenn wir die Jugend nicht heranziehen, tun es unsere Gegner. Die Mitglieder müssen zur Arbeitstunde am 1. Mai verpflichtet werden, ohne daß sie durch den Verband vor den Folgen gedeckt werden; sie sollen aus idealen Gründen feiern und die Folgen auf sich nehmen.

Masjowski-Berlin: Wir dürfen unsere Verbandsangehörigen nicht so sehr belasten, daß sie keine Zeit finden, sich auch der politischen Arbeiterbewegung zu widmen. — Bränner-Halle bezieht den Standpunkt, daß die Verlegung der Kaiserfeier auf den Sonntag deren Kampfscharakter keinen Eintrag tun werde. — Mehrere Redner verleiteten den Standpunkt, daß zwar der 1. Mai in ausgiebigster Weise zu feiern sei, daß aber die Hauptkassie nicht dadurch belastet werden dürfe. Die Verbandsmittel müßten vorbehalten werden für die noch zu führenden Lohnkämpfe.

Rube (Ausschuhmitglied) steht in Übereinstimmung mit der Generalkommission auf dem Standpunkt, daß die jetzige Form der Jugendorganisation nicht die richtige sei. Es solle darin nicht die materielle Interessenvertretung, sondern die körperliche, geistige und sittliche Erziehung gepflegt werden. Jedoch wolle man in dieser Frage zunächst mal die Stellung des Parteitag abwarten. Die angeführten Jugendorganisationen sollten hauptsächlich ein Gegengewicht bilden zu den konfessionellen Jugendvereinen, deren Leiter der modernen Arbeiterbewegung feindselig gegenüberstehen.

Knäuper-Berlin vertritt den Standpunkt, daß man die Jugend nicht durch das Versammlungswesen und durch ernste Dinge von der Ausbildung und Erziehung ablenken solle. Er warnte vor Überbetreibung der Jugendorganisation. — Schuber- Leipzig beantragt die Resolution:

„Die Generalversammlung erkennt an, daß die Gründung von Jugendorganisationen im Interesse der Arbeiterbewegung

liegt, hält es aber zurzeit nicht für angebracht, in unserem Zentralverband solche zu gründen. Die Pflicht der Delegierten ist es, im Sinne der jetzt gegründeten Jugendorganisationen zu wirken und die Lehrlinge unseres Berufes bei der Arbeit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung aufzuklären.“

Groß-Hamburg ist nicht für besondere Jugendorganisationen, sondern empfiehlt, daß man wie in Hamburg die Jugend den Fortbildungsvereinen zuweist, wo sie Belehrung und Spiele haben.

Nach einer weiteren Debatte werden die zur Frage der Jugendorganisation vorliegenden Anträge einer Kommission überwiesen.

### Zur Spezialberatung der Kaiserfeier

liegen folgende Anträge vor:

Nürnberg: Mitglieder, welche wegen der Feier am 1. Mai gemahregelt werden, erhalten die statutarische Streikunterstützung.

Frankfurt a. M.: Werden Mitglieder wegen der Kaiserfeier gemahregelt, so erhalten sie Arbeitslosenunterstützung nach § 8, Abs. 1 des Statuts.

Halle: Mitglieder, welche nach einem Beschluß der Zahlstelle sich an der Kaiserfeier beteiligen und infolgedessen nachweislich rüchlos entlassen werden, kann von der Zahlstelle die übliche Gemahregelunterstützung gewährt werden.

Finneberg: Die Kaiserfeier ist im Verbandsobligatorisch einzuführen und die diesbezüglichen Gemahregelungen sind aus der Zahlstelle zu unterstützen.

Krause (Siedin) fordert von den Antragstellern, daß sie in Konsequenz ihrer Forderungen auch die Schaffung der Mittel ins Auge nehmen für die großen Aussparungen, die im Falle der Annahme der Anträge zweifellos kommen würden.

Bringmann (Redakteur): Die früheren Verbandstage haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Kaiserfeier ein Aktionsmittel der sozialdemokratischen Partei sei. Diese Feier solle man in jeder möglichen Weise unterstützen, nicht aber den Verband zum Träger der Kaiserfeier machen. Im übrigen müsse gegenüber gewissen Vorwürfen darauf hingewiesen werden, daß gerade die Zimmerleute in hoher Zahl sich an der Kaiserfeier beteiligten. Wenn die Unterstützung der Gemahregelungen aus der Hauptkassie beschloffen werde, so werde das Unternehmertum das als willkommenen Anlaß nehmen, um durch eine große Aussparung den Verband mit einem Schlag für die nachfolgende Saison oder sogar auf Jahre hinaus lahm zu legen. Wenn auch der Verband in der sozialdemokratischen Partei die Interessenvertretung der gesamten Arbeiterschaft erblicke, so seien doch noch nicht alle Zimmerleute Sozialdemokraten. Der Verband aber wolle alle Kameraden in seiner Organisation vereinigen und jeden Zimmermann moralisch verpflichten, sich dem Verband anzuschließen. Darum müsse der Verband seinen jetzigen Charakter bewahren.

Stolte-Bremen sieht in den Anträgen ebenfalls die Gefahr einer Aussparung.

Rudolf-Leipzig will die Kaiserfeier gemäß dem Beschluß des internationalen Kongresses von 1889 als ein Kampfmittel gegen die kapitalistische Herrschaft, für den Achtstundentag und den Arbeiterschutz betrachtet wissen. Der Verband müsse in der Frage einen anderen Standpunkt einnehmen und die Kaiserfeier als ein Kampfmittel der gesamten Arbeiterbewegung, nicht lediglich der politischen Partei, betrachten. Wenn der Verband für die Feier einträte, müsse er auch die unterstützen, die auf der Streide bleiben. Wenn das Unternehmertum ein Mittel zum Anbinden suche, brauche es nicht auf den 1. Mai zu warten.

Nach einer weiteren Debatte werden die obigen Anträge zur Kaiserfeier sämtlich gegen eine bzw. zwei Stimmen abgelehnt.

Der Antrag auf Herausgabe eines Taschenkalenders wird abgelehnt. Angenommen wird ein Antrag: Das Material der statistischen Erhebungen ist vom Zentralvorstand den Zahlstellen zum Selbstkostenpreis zu liefern. Bezüglich des Ausschlusses von Streikbrechern wird beschloffen, daß auch bei diesen der Ausschluss aus dem Verbands durch den Zentralvorstand auf Antrag der Verwaltungsstellen erfolgt. — Die Streikunterstützung soll künftig an allen in die Woche fallenden Feiertagen gezahlt werden.

In Sachen der Unterrichtskurse wird einstimmig diese Resolution angenommen:

Die 17. Generalversammlung beschließt, alljährlich bis zu 20 Mitglieder an den Unterrichtskursen der Generalkommission auf Kosten des Verbandes teilnehmen zu lassen.

Vorbedingung zur Teilnahme ist in der Regel eine sechs-jährige ununterbrochene Mitgliedschaft im Zentralverbande und muß jeder um die Teilnahme Nachsichende imstande sein, seinen Lebenslauf schriftlich wiederzugeben.

Ueber die Teilnahme der Mitglieder an den Kursen entscheidet der Zentralvorstand in Verbindung mit dem Verbandsauswahlschuss.

Die Entschädigung der Teilnehmer ist wie folgt zu regeln: Die Angehörigen des Zentralverbandes erhalten außer ihrem Gehalt das Jahrgeld dritter Klasse und 5 R. Diäten pro Tag. Teilnehmer aus Mitgliedervereinen erhalten Jahrgeld dritter Klasse und 5 R. pro Tag, wenn sie ledig sind; Verheiratete sollen außer Jahrgeld und 5 R. Diäten eine Entschädigung in Höhe des entgangenen Arbeitsdienstes erhalten. Die sich aus Berlin und nächster Umgebung meldenden verheirateten Teilnehmer erhalten eine Entschädigung in Höhe des entgangenen Tagelohnes.

## Verfammlungen.

Der Wahlverein des ersten Wahlkreises hielt am Mittwochabend eine Mitgliederversammlung in Dräfels Festsaal ab. Die von der letzten Generalversammlung her noch unerledigten Berichte der Preß-, Lokal- und Agitationskommission wurden zurückerlegt, weil die Mitglieder bereits durch den Jahresbericht davon in Kenntnis gesetzt waren. Ehe Genosse Kollenbuhrt das Wort zu einem Vortrag erhielt, erhob sich die Versammlung zu Ehren des verstorbenen Genossen Auer, dem der Vorsitzende Wolderski einige warm empfundene Worte der Anerkennung als Redner widmete.

Mit großer Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den Ausführungen von Kollenbuhrt über den „Wert des Parlamentarismus für die sozialdemokratische Partei“. Der Redner zeigte, daß der Parlamentarismus ein Mittel zur Förderung der proletarischen Interessen sein kann; eine mächtige Klassenbewegung der Arbeiter ist aber notwendig, wenn der Parlamentarismus nicht zum Mittel für die bestehenden Klassen allein werden soll, um ihre Herrschaft unumschränkt ausüben zu können. Auf die Geschichte des deutschen Parlamentarismus, von 1867 an, näher eingehend, erklärte der Vortragende, daß die Partei, als sie eine kleine Fraktion im Parlament bildete, als Hauptaufgabe ihrer Vertreter die Agitationsreden ansah, die aus dem Fenster hinaus ans Volk gerichtet waren. 1890 wurde durch „die Jungen“ der Streit um den Wert des Parlamentarismus innerhalb der Partei besonders heftig. Auf dem Erfurter Parteitag fanden hitzige Auseinandersetzungen statt. Der Redner verlas die Resolution des Parteitages über den Parlamentarismus. Der zweite Teil des Erfurter Programms enthält Forderungen, die innerhalb der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft durchgesetzt werden sollen. Das steht nicht voraus, daß wir etwas aufgeben. Im Gegenteil schreiten wir von einer Klassenforderung zur anderen, um dem Endziel näher zu kommen. Wir zwingen die anderen Parteien, sozialpolitisch tätig zu sein; wir sehen, daß ihre Forderungen in der Sozialpolitik aus dem Arsenal der Sozialdemokratie stammen und in einer sehr verschlechterten Form vorgetragen werden. Mit der Erklarung der Partei wird auch der Klassenkampf immer schärfer geführt. Wo im Kampf der Gewerkschaften gegen die Unternehmer die Druckmittel gegen das Großkapital versagen, da müssen die Arbeiter versuchen, mit anderen Mitteln dieselben Forderungen durchzusetzen, in der Politik, durch

die Gesetzgebung. Daraus ergibt sich, daß der Wahlkampf immer schärfer und rücksichtsloser geführt wird, um den Arbeitern auch diesen Weg zu versperren. Das soll nicht etwa bedeuten, daß die Gewerkschaften geringer einzuschätzen seien; im Gegenteil ist ihre Stärke sehr notwendig, um die Durchführung der erlassenen Gesetze zum Nutzen und Schutz der Arbeiter zu überwachen. Der Redner streift den letzten Wahlkampf und erklärt, daß die Unternehmerverteiler schärfer als vorher für ihre Interessen eingetreten ist, weil sie die wachsende Macht der Sozialdemokratie fürchtete. Der Parlamentarismus ist heute ein Kampfmittel in den Händen der Arbeiterklasse; sie braucht ihn zur Durchsetzung ihrer Klassenforderungen. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion hatte Genosse Broh gegen die Ausführungen des Redners in bezug auf den letzten Wahlkampf einige Einwendungen zu machen, die Genosse Kollenbuhrt in seinem Schlusswort dahin widerlegte, daß er es als Hauptaufgabe der Partei erklärte, die Klasseninteressen der Arbeiter zu vertreten. Würde die Partei den Mittelschichten zuliebe eine andere Taktik einschlagen, so müßte sie in der Arbeiterklasse an Boden verlieren.

Zwei Anträge des 630. Bezirks lagen dem Wahlverein zur Beratung vor zur Empfehlung an den Verband von Groß-Berlin. Nach dem ersten Antrage sollten zwei Zahlende pro Monat eingerichtet werden. Der zweite Antrag verlangte Anrechnungen im „Mitteilungsblatt“ für kleine Diskussionen und Vorträge und eine systematische Zusammenstellung von empfehlenswerten Broschüren. Beide Anträge wurden abgelehnt.

### Das preussische Vereins- und Versammlungsrecht und das Bettrennen nach Sozialreform.

hätte das Thema lauten müssen, über das Genosse Sebering, der Abgeordnete von Bielefeld-Wiedenbrunn, am Dienstag in einer Mitgliederversammlung des Wahlvereins für den dritten Berliner Reichstagswahlkreis sprach, obwohl eigentlich nur „Das Bettrennen nach Sozialreform“ auf der Tagesordnung stand. Diese Versammlung im „Reichsaal“ begann nämlich mit einigen teils widerwärtig, teils erheiternd wirkenden Vorgängen — widerwärtig, weil sie das Gland des preussischen Vereins- und Versammlungsrechts wieder einmal aufdeckten, erheiternd, weil sie zeigten, zu welcher übertriebenen Wertschätzung dieses „Recht“ Veranlassung gibt. Zu der übrigens gut besuchten Versammlung hatte sich eine kleine Anzahl Frauen eingefunden. Der überwiegende Teil der Teilnehmer verlangte ihre Entfernung aus dem Saal und wollte sich auch nicht damit zufriedengeben, daß sie in einer Ecke, getrennt von den Männern, untergebracht wurden. Nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden Genossen Böhl wurde es dann doch zugelassen, daß die Frauen von der kleinen hoch gelegenen Galerie der Versammlung beimohnen. Die Beamten aber fühlten sich veranlaßt, umzugehen und ihren Sitz nach der anderen Seite der Bühne zu verlegen, um von dort aus besser acht geben zu können, daß die paar Frauen da oben nicht etwa den schönen preussischen Staat in Gefahr stürzten. Nun endlich schien alles in besserer Ordnung zu sein. Aber kaum hatte Genosse Sebering seinen Vortrag begonnen und, die am selben Tage im Reichstag angenommene Resolution Ablaß über das Vereins- und Versammlungsrecht erwähnend, gesagt, daß das soeben Erlebte den Glauben erwecken könnte, als wollte die königlich preussische Polizei nun gerade zeigen, wie notwendig jene Resolution war, da erhob sich, den Helm aufgesetzt, der Herr Leutnant und verbat sich jede Kritik der Maßnahmen der überwachenden Beamten. — „Ich muß Sie ersuchen, mich in meinen Ausführungen nicht zu unterbrechen“, erwiderte der Redner ebenso bestimmt. „Mit keiner Silbe habe ich die Maßnahmen der überwachenden Beamten kritisiert. — Wir müssen es der Polizei selbst überlassen, wie sie sich mit den skandalösen Zuständen abfindet, die das preussische Vereins- und Versammlungsrecht geschaffen hat.“

Danach erst konnte die Versammlung ohne Störung tagen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Zur Diskussion verlangte niemand das Wort. Aufgefördert wurde zu eifriger Beteiligung an der Flugblattverbreitung am Sonntag.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am 15. April im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Generalversammlung ab, die den großen Saal füllte. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Genossen Auer von ihren Plätzen. — Der erste Punkt der Tagesordnung war der Bericht vom Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises, den Eugen Brückner gab. Im Laufe von zwei Jahren hat das Kuratorium zwar nur vier Sitzungen abgehalten, aber gleichwohl wichtige Angelegenheiten erledigt. Die Buchbinderinnung hatte bereits vorher, als der paritätische Nachweis kaum ein Jahr alt war, begonnen, Dinge zur Sprache zu bringen, die wie der Redner meinte, darauf berechnet waren, vom Nachweis loszukommen. Bald erklärten die Innungsvertreter, daß der Beitrag der Innung zu hoch sei und nicht dem Nutzen entspräche, den der Nachweis ihren Mitgliedern biete; dann kamen sie mit dem Antrage, daß alle Arbeitslosen, also auch die organisierten, das Einfindelgeld zahlen sollten usw. Die Anträge wurden jedoch abgelehnt mit Stimmengleichheit. Infolge der Lohnbewegung im Jahre 1906 traten dann die Innung und der Verband Berliner Buchbindermeister aus dem paritätischen Nachweis aus und die Innung gründete einen eigenen Nachweis. Drei blieben dem paritätischen Nachweis, neben dem Buchbinderverband, der Verein der Buchbindermeister des Geschäftsbüchereifaches und der Verein der Kartonsfabrikanten. Es wurde auf Kosten des Zentralvereins für Arbeitsnachweise an alle Prinzipale ein Zirkular verfaßt, das sie auf das Fortbestehen des paritätischen Nachweises aufmerksam machte. Ferner wurde über die Regelung der Arbeitgebervertretung im Kuratorium beraten. Eine Aenderung des diesbezüglichen Paragraphen des Nachweis-Statuts wurde jedoch bis auf weiteres nicht für erforderlich erachtet. Die beiden dem Nachweis treu gebliebenen Arbeitgeberorganisationen ernennen zwei Vertreter, während die übrigen Arbeitgebervertreter vom Zentralverein für Arbeitsnachweise ernannt werden. Die Vertreter der Arbeitnehmer werden wie bisher von der Zahlstelle des Buchbinderverbandes gewählt. Als ihren Arbeitsvermittler schlagen die Arbeitgebervertreter den bisherigen Arbeitsvermittler der Innung, Herrn Jahn, vor, der dann auch einstimmig gewählt wurde, nachdem er erklärt hatte, daß er sich nun nicht mehr als Arbeitsvermittler der Innung betrachte. Der Redner bemerkte zum Schluß, daß die Tätigkeit des Nachweises seit Austritt der Innung keineswegs nachgelassen hat, sondern sich vielmehr in aufsteigender Richtung bewegt. Mit Beschwerden über den Nachweis sollen sich die Verbandsmitglieder stets an ihre Kuratoriumsvertreter wenden. Bei Arbeitslosigkeit ist immer der paritätische Nachweis zu benutzen. — Hierauf fand die Neuwahl der Arbeitnehmervertreter zum Kuratorium statt. Sie erfolgt durch Stimmzettel. Gewählt wurden: Eugen Brückner, Franz Wjostski, Pauline Sieber, Ernst Klar und Paul Schade; als Stellvertreter: Berger, Gärder, Klappenbach, Schiffe und Schönfelder.

Dann wurde über die Kaiserfeier beschloffen und hierzu nach kurzem Referat Sebers folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung hält die Feier des 1. Mai durch Arbeitstunde für die wirksamste und würdigste Demonstration für den Achtstundentag und für die Durchführung der Arbeiterschutzesetzung. Sie beschließt deshalb, daß in allen Betrieben Versammlungen stattfinden, welche sich mit der Frage der Arbeitstunde am 1. Mai beschäftigen, und, nachdem sich eine Mehrheit für Arbeitstunde gefunden hat, durch Vorkstellungen bei den Firmenleitungen die Freigabe des Tages zu erwirken. In den Betrieben, wo eine Beteiligung an der Kaiserfeier durch Arbeitstunde nicht durchführbar ist, sind die Mitglieder verpflichtet, einen einmaligen Beitrag an die Lokalkasse zu entrichten, und zwar bei einem wöchentlichen Verdienst bis zu 15 M. 25 Pf., bis zu 24 M. 50 Pf. und bei mehr als 24 M. 75 Pf. Für die obigen Beitragsätze werden Marken ausgegeben, die in das Mitteilungsblatt einzuliefern sind.“



**Orts-Krankenkasse der Gastwirte**  
 a. verwandt. Gewerbe zu Verftn.  
**Ordentl. General-Versammlung**  
 der gewählten Repräsentanten  
 am Donnerstag, den 25. April, nach-  
 mittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn  
 G. Hahn, Gr. Frankfurterstr. 74.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Bericht der Revisionskommission.  
 2. Abnahme und Bepfehlung des  
 Jahresberichtes pro 1906. 3. Beschluß-  
 fassung über die Anstellungsbeträge  
 mit den Kassendirektoren. 4. Beschluß-  
 fassung über die Beteiligung des  
 Kassenvorstandes an einer Pension  
 am Reichstag bezügl. Ausdehnung  
 der Unfallversicherung auf das Gast-  
 wirtsgewerbe. 5. Antrag des Vereins  
 der Berliner Gastwirte und Wirthe  
 auf Abänderung des § 62 des Statuts.  
 6. Allgemeines. 272/19

**Der Vorstand**  
 der Ortskrankenkasse der Gast-  
 wirte u. verw. Gewerbe zu Berlin.  
 H. Poppe, G. Braun,  
 Vorsitzender. Schriftführer.

3754L\*  
  
**Nur noch kurze Zeit!**  
**Inventur-  
 Extrapreis!**

Eine Partie **große  
 Divan** decken  
 auf beiden Seiten benutzbar  
**Mk. 4,35** (Wert 6,75)

Santperalsche doppelseitige  
**Divandecken**  
**Mk. 7,50-8,75** (Wert 12-15 Mk.)  
 Bunte **Plüsch-Divandecken**  
 Größe 150/300 cm 23,50 (Wert 33 Mk.)  
**Teppich-Spezial-Kaus**

**Emil Lefèvre**  
 Berlin Süd. Seit 1882  
 nur **Oranienstraße 158.**  
**Habe nirgends Filialen!**  
 Nach auswärtig per Nachnahme.

**Inventur-Extraliste**  
 billige Sonderangebote  
**gratis u. franko!**



**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.  
 Für meine Erfindung **Bügel-  
 einlage in Hosen** sollen über-  
 all Bügelstuden eröffnet werden!  
 Liegen kostlos. Dauernd, soll der  
 Verdienst, der zahlmäßig nach-  
 gegeben wird. Offerten unter F. 4  
 Expedition des „Vorwärts“ 2966b

**Butter! Honig!**  
 Neueste foto. garant. naturrein: Kuh-  
 butter 10 Pf. - Honig 7,20 Pf., Bienen-  
 honig 10 Pf. - Dose 4,50, 3 Pf.  
 1/2 Butter, 1/2 Honig 5,50 Pf. Toni  
 Andermann, Suozasz via Breslau No. 7.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**  
**Welt-Ausstellungs-  
 Biograph** (St. Louis)  
 Theater lebender  
 Photographien.  
 Der Untergang des  
 Dampfers „Berlin“.  
 168 Tote, 12 Gerettete.  
 Den ganzen Tag Vorstellung.

# Stukkateure!

Montag, den 22. April, abends pünktlich 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
 der Filiale Berlin  
 diesmal bei **Elsner, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.**  
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal 1907. 2. Stellungnahme zur Waise.  
 3. Die Urabstimmung über Erwerbslosen-Unterstützung. 4. Das Ergebnis der Zahlstellenbesprechung vom 7. d. M.  
 Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.  
 Die Ortsverwaltung.  
 Zahlreiche Teilnahme erwartet 173/15

**Achtung!**  
**Zentralverband der Maurer Deutschlands**  
 Zweigverein Berlin.  
 Freitag, den 19. April 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Köpenstr. 29:  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
 für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer, der Sektion der Putzer,  
 der Gips- und Zementbranche, sowie der Fliesenleger.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht über die Verhandlung am 9. Verbandstag. 2. Diskussion. 3. Renouveau des Verbandsauschusses. 4. Stellung-  
 nahme zum 1. Mal. 5. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert! - Ohne dasselbe kein Zutritt.  
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, zu erscheinen.  
 Der Zweigvereinsvorstand. N. N.: E. Thins.  
 187/17\*

**Zentral-Verband der Töpfer Deutschl.**  
 Filiale Berlin.  
 Freitag, den 19. April 1907, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
 Engel-Ufer 15 (großer Saal):  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Stellungnahme zum 1. Mal. 3. Bericht der Kommission in Sachen  
 D. u. N. 4. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Die früher angekündigte Tagesordnung mußte umständlicher geändert werden.  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
 Der Vorstand.

Soeben erschien als 12. Heft der „Arbeiter-  
 Gesundheits-Bibliothek“:  
**Vom medizinischen Aberglauben**  
 von Dr. E. Thiesing-Magdeburg.  
 Preis 20 Pf.  
 In den Kapiteln: Zur Geschichte des medizinischen Aberglaubens -  
 Heilische und mechanische Weltanschauung - Das Gesundbeten -  
 Der Reliquienwunder, Sympathie und Magie - Moderne Formen  
 medizinischen Aberglaubens - Der Arznei-Aberglaube - Der Natur-  
 heil-Aberglaube - Aberglaube und Suggestion - Bespricht der Ver-  
 fasser die schädlichen Wirkungen des medizinischen Aberglaubens und  
 weist den Arbeitern den richtigen Weg, mit der Kritik auch vor eigenen  
 Vorurteilen nicht Halt zu machen, sondern sich zu befreien von Vor-  
 urteilen jeder Art.  
 Wir empfehlen ferner:  
 Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller.  
 Auch in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.  
 Heft 2: Das erste Lebensjahr . . . von Dr. Silberstein.  
 Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.  
 Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems  
 von Dr. Hirschmann.  
 Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anweisung.  
 Heft 4: Der Auktundentag . . . . . von Dr. Zadek.  
 Eine ärztliche Begründung der sozialdemokrat. Forderung.  
 Heft 5: Alkoholfrage u. Arbeiterklasse von Dr. Fröhlich.  
 Eine empfehlenswerte Agitationsbrochure.  
 Heft 6: Das Schulkind . . . . . von Dr. Silberstein.  
 Die Kinder vor Schulkrankheiten zu schützen, ist Zweck  
 des Schullehrers.  
 Heft 7: Geschlechtsverkehr u. Geschlechtskrankheiten  
 von Dr. Gebert.  
 Belehrend über diese für jeden Menschen wichtige Frage.  
 Heft 8: Nahrung und Ernährung . . . von Dr. Chajes.  
 Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.  
 Heft 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Bernstein.  
 Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige Frage.  
 Heft 10: Der Arbeiterschuh . . . . . von Dr. M. Epstein.  
 Mit besonderer Berücksichtigung der Berufshygiene.  
 Heft 11: Frauenleiden und deren Verhütung  
 von Dr. J. Zadek.  
 Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.  
**Jedes Heft kostet 20 Pf.**  
 Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben  
 und sollen in keiner Familie fehlen. 233/10\*

**Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68**  
 Lindenstraße 69, Laden.

**Singer Nähmaschinen.**  
 Einfache Handhabung! 44279  
 Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!  
 Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.  
 Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner  
 Nähweise.  
 Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
 Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Städten.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen und  
 Gehilfinnen Deutschlands.**  
 Bezirk Berlin. Neue Königstraße 36.  
**Handlungsgehilfen! Handlungsgehilfinnen!**  
 Heute Donnerstag, den 18. April, abends 9 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
 im Neuen Anbause, Kommandantenstr. 72.  
 Tages-Ordnung:  
 Eine neue Fessel für die Handlungs-  
 gehilfen. Referent: Kollege Julius Kaliski.  
 Diskussion.  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
 289/19 Die Ortsverwaltung.

**Rummelsburg.**  
 Freitag, den 19. April, abends 8 Uhr, im Saale  
 der Ww. Weigel, Türschmidtstr. 45:  
**Volks-Versammlung.**  
 Tagesordnung:  
 Vortrag des Genossen Stadtverordneten Heimann  
 über: Die Wertzuwachsteuer. Freie Diskussion.  
 Schriftlich eingeladen sind zu dieser Versammlung die beiden hiesigen  
 Grundbesitzervereine sowie die Mitglieder des Bürgervereins. 8/4  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
 Der Vorstand.

**Dampfschiffs- Reederei Tismer**  
 Nieder-Schöneweide. Telefon Nr. 14.  
 Den verehrten Herren, Fabriken usw. empfehle ich  
 meine großen Salondampfer zu folgenden Preisen.  
 Abfahrtsliste Berlin: Schillingsbrücke. 43632\*

**Jedes Jenensia-Rad**  
 ein Meisterwerk deutscher Technik.  
 - Teilzahlung! - Zwei Jahre Garantie! -  
 Sozial-Räder 80.-, Sozial-Luxus- mit Freilauf 95.-,  
 Gebrauchte Räder billig! - Fahrradzubehör billig!  
 Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten!  
**23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.**

**„Sportshaus Ziegenhals“**  
 nach dem herrlich am Crossin-See gelegenen Städtchen  
 „Sportshaus Ziegenhals“ Inhaber: Max Mörschel.  
 Wegen der schon jetzt enormen Nachfrage nach Billets wird  
 dringend gebeten, dieselben unverzüglich zu lösen! Abfahrt: Nachm.  
 7,30 Uhr v. d. Dampferstat. Jannowitzbrücke, Rest. Schultheiß. Fahrpreis  
 f. Hin- u. Rückfahrt nur 70 Pf. (Kind. d. Hälfte). Billets-Bericht. durch  
 H. v. d. P. Horsch, Engel-Ufer 15. Goltz. H. Stramm, Ritterstr. 123.  
 Galtz. J. Karbe, Hitz. Schönebr. 11. Fr. Scharfke, Wittenhofferstr. 10.

**Mittwoch, 1. Mai:**  
**Große Extra-Dampferfahrt mit Musik**  
 nach dem herrlich am Crossin-See gelegenen Städtchen  
 „Sportshaus Ziegenhals“ Inhaber: Max Mörschel.  
 Wegen der schon jetzt enormen Nachfrage nach Billets wird  
 dringend gebeten, dieselben unverzüglich zu lösen! Abfahrt: Nachm.  
 7,30 Uhr v. d. Dampferstat. Jannowitzbrücke, Rest. Schultheiß. Fahrpreis  
 f. Hin- u. Rückfahrt nur 70 Pf. (Kind. d. Hälfte). Billets-Bericht. durch  
 H. v. d. P. Horsch, Engel-Ufer 15. Goltz. H. Stramm, Ritterstr. 123.  
 Galtz. J. Karbe, Hitz. Schönebr. 11. Fr. Scharfke, Wittenhofferstr. 10.

**Original SINGER**  
 Nähmaschinen.  
 Einfache Handhabung! 44279  
 Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!  
 Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.  
 Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner  
 Nähweise.  
 Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
 Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Städten.

Allen Bekannten, Freunden und  
 Kollegen die traurige Nachricht,  
 daß meine liebe Frau und unsere  
 gute Mutter  
**Marie Walter**  
 geb. Mach  
 am 16. April gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet Freitag,  
 den 19. April, nachm. 4 Uhr, vom  
 Georgen-Kirchhof, Weihensee, aus  
 statt.  
 Um Hülfe Teilnahme bittet  
**Albert Walter, Tischler,**  
 nebst Kindern. 2967b

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher  
 Teilnahme und Kranzspenden bei der  
 Beerdigung meines lieben Mannes  
 und Vaters sage ich allen Freunden  
 und Bekannten meinen aufrichtigsten  
 Dank.  
**Wwe. Minna Buller**  
 und Sohn.  
 46292

**Orts-Krankenkasse  
 der  
 Maler**  
 und verwandten Gewerbe.  
 Montag, den 22. April 1907, abends  
 8 1/2 Uhr, in Frankes Festsaal,  
 Sebaldstr. 39:  
**General-Versammlung  
 der Delegierten.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Geschäftsbericht und Abnahme der  
 Jahresrechnung pro 1906.  
 2. Antrag der Delegierten auf Ab-  
 änderung des § 20 des Statuts.  
 3. Verwaltungsangelegenheiten.  
**Der Vorstand.**  
 2966b

**Orts-Krankenkasse  
 der Schmiede.**  
 Sonnabend, den 27. d. M.,  
 abends 8 1/2 Uhr,  
 bei Tabert, Markusstr. 14,  
 Eingang Grüner Weg:  
**Ordentliche  
 General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vorlage der Jahresrechnung  
 1906. 2. Bericht der Revisoren und  
 Antrag auf Erteilung der Decharge.  
 3. Verschiedenes. 273/3  
**Der Vorstand.**  
 J. H.: Ad. Pilgrim, Vorsitzender.

**Zentralverband der Handels-  
 Transport-, Verkehrsarbeiter  
 und Arbeiterinnen Deutschlands.**  
 Verwaltungsstelle Berlin II.  
 Hierdurch diene den Kollegen  
 zur Nachricht, daß unser Mitglied,  
 der Breiterträger  
**August Weber**  
 am 14. d. M. verstorben ist.  
 Unser braver Kollege hielt es  
 für seine Pflicht, den Genossen  
 August Muer auf seinem letzten  
 Gang zu begleiten und erzielte  
 ihn dort ein jäher Tod. Ein  
 Herzschlag machte seinem Leben  
 ein frühes Ende. 71/13  
 Wir werden seiner stets in  
 Ehren gedenken.  
 Die Beerdigung findet heute  
 Donnerstag, den 18. d. M., nach-  
 mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Friedrichsfelder Fried-  
 hofes aus statt.  
 Um recht zahlreiche Beteiligung  
 aller Mitglieder sowie der Kollegen,  
 welche den Besamungen Bezirk I,  
 III und IV angehören, wird  
 ersucht.  
 Die Ortsverwaltung Berlin II.

Allen Bekannten und Bekannten  
 hierdurch die traurige Nachricht,  
 daß unsere innigstgeliebte Tochter  
**Eise**  
 am 17. April nach kurzem, aber  
 schwerem Leiden verstorben ist.  
 Um Hülfe Beileid bitten  
**Bruno Tauschke u. Frau**  
 geb. Hebenhaar. 2975b  
 Die Beerdigung findet Sonn-  
 abend, den 20. April, nachmittags  
 2 Uhr, vom Trauerhause, Hühner-  
 Kirchhof, 107, aus nach dem  
 alten Jakob-Kirchhof statt.

Allen Bekannten und Bekannten  
 hierdurch die traurige Nachricht,  
 daß unser Mitglied  
**August Weber**  
 beim Begräbnis Muer am Sonn-  
 tag plötzlich gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
**Sparverein „Fester Wille 1904“.**  
 Stallgerstr. 69 d. Grabmann.  
 Die Beerdigung findet heute,  
 Donnerstag, den 18. d. M., nach-  
 mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Zentral-Friedhofes in  
 Friedrichsfelde aus statt. 4628b

**Fachverein der Tischler  
 Berlins und Umgegend.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Kollege  
**Otto Stöbe**  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Donnerstag, den 18. April, nach-  
 mittags 8 1/2 Uhr, vom Trauer-  
 hause, Simon Dohrstr. 13, aus  
 nach Wilmersberg statt.  
 Regere Beteiligung erwartet  
 166/4 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer.**  
 Zweigverein Berlin.  
 Sektion der Putzer.  
 Unseren Mitgliedern zur Nach-  
 richt, daß unser Mitglied  
**Rob. Pitzrich**  
 am 11. d. M. verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Donnerstag, den 18. d. M., nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 halle des Friedrichsfelder Fried-  
 hofes (Weihensee, Wilmersberg) aus statt.  
 Die örtliche Verwaltung.  
 J. H.: E. Schütze.

Allen Freunden und Bekannten  
 hierdurch die traurige Nachricht,  
 daß unsere innigstgeliebte Tochter  
**Eise**  
 am 17. April nach kurzem, aber  
 schwerem Leiden verstorben ist.  
 Um Hülfe Beileid bitten  
**Bruno Tauschke u. Frau**  
 geb. Hebenhaar. 2975b  
 Die Beerdigung findet Sonn-  
 abend, den 20. April, nachmittags  
 2 Uhr, vom Trauerhause, Hühner-  
 Kirchhof, 107, aus nach dem  
 alten Jakob-Kirchhof statt.

**Dankfagung.**  
 Für die zahlreiche Beteiligung bei  
 der Beerdigung meines lieben Mannes  
 sage allen Teilnehmern, insbesondere  
 dem Wahlverein des fünften Wahl-  
 kreises meinen herzlichsten Dank.  
**Ww. Johanna Burasch**  
 nebst Kindern. 2973b

Allen Bekannten und Bekannten  
 hierdurch die traurige Nachricht,  
 daß unsere innigstgeliebte Tochter  
**Eise**  
 am 17. April nach kurzem, aber  
 schwerem Leiden verstorben ist.  
 Um Hülfe Beileid bitten  
**Bruno Tauschke u. Frau**  
 geb. Hebenhaar. 2975b  
 Die Beerdigung findet Sonn-  
 abend, den 20. April, nachmittags  
 2 Uhr, vom Trauerhause, Hühner-  
 Kirchhof, 107, aus nach dem  
 alten Jakob-Kirchhof statt.

Allen Bekannten und Bekannten  
 hierdurch die traurige Nachricht,  
 daß unsere innigstgeliebte Tochter  
**Eise**  
 am 17. April nach kurzem, aber  
 schwerem Leiden verstorben ist.  
 Um Hülfe Beileid bitten  
**Bruno Tauschke u. Frau**  
 geb. Hebenhaar. 2975b  
 Die Beerdigung findet Sonn-  
 abend, den 20. April, nachmittags  
 2 Uhr, vom Trauerhause, Hühner-  
 Kirchhof, 107, aus nach dem  
 alten Jakob-Kirchhof statt.

Allen Bekannten und Bekannten  
 hierdurch die traurige Nachricht,  
 daß unsere innigstgeliebte Tochter  
**Eise**  
 am 17. April nach kurzem, aber  
 schwerem Leiden verstorben ist.  
 Um Hülfe Beileid bitten  
**Bruno Tauschke u. Frau**  
 geb. Hebenhaar. 2975b  
 Die Beerdigung findet Sonn-  
 abend, den 20. April, nachmittags  
 2 Uhr, vom Trauerhause, Hühner-  
 Kirchhof, 107, aus nach dem  
 alten Jakob-Kirchhof statt.

Allen Bekannten und Bekannten  
 hierdurch die traurige Nachricht,  
 daß unsere innigstgeliebte Tochter  
**Eise**  
 am 17. April nach kurzem, aber  
 schwerem Leiden verstorben ist.  
 Um Hülfe Beileid bitten  
**Bruno Tauschke u. Frau**  
 geb. Hebenhaar. 2975b  
 Die Beerdigung findet Sonn-  
 abend, den 20. April, nachmittags  
 2 Uhr, vom Trauerhause, Hühner-  
 Kirchhof, 107, aus nach dem  
 alten Jakob-Kirchhof statt.

Allen Bekannten und Bekannten  
 hierdurch die traurige Nachricht,  
 daß unsere innigstgeliebte Tochter  
**Eise**  
 am 17. April nach kurzem, aber  
 schwerem Leiden verstorben ist.  
 Um Hülfe Beileid bitten  
**Bruno Tauschke u. Frau**  
 geb. Hebenhaar. 2975b  
 Die Beerdigung findet Sonn-  
 abend, den 20. April, nachmittags  
 2 Uhr, vom Trauerhause, Hühner-  
 Kirchhof, 107, aus nach dem  
 alten Jakob-Kirchhof statt.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Sonntag, den 21., früh 8 Uhr, findet von den bekannten Bezirkskollegen die Flugblattverbreitung zugunsten des Verbandes der Schneider statt.

Wir ersuchen die Parteigenossen, gemäß den früheren Beschlüssen der Zahlende, sich pünktlich Mann für Mann zur Verbreitung einzufinden, damit solche prompt und schnell erledigt wird.

Der Zentralvorstand.

Trebbin. Am Sonnabend, den 20. April, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Pagels-Rixdorf über: „Der neue Reichstag und was haben wir von ihm zu erwarten?“ 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 4. Mitteilungen des Vorstandes. 5. Reisebericht. 6. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Genossen ist es, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Säuglingsheim.

In den letzten Jahren sind von bürgerlicher Seite einige Wohlfahrtsanstalten ins Leben gerufen worden, die den Anspruch darauf machen, ein Stück praktischer sozialer Arbeit zu leisten und in ihren Aufrufen wenigstens ihren wesentlichen Unterschied von den bisher geübten Wohltätigkeitsbestrebungen betonen. Auch das in Schöneberg in der Kasernenstraße gelegene Säuglings- und Mütterheim machte derartige Ansprüche, aber der jetzt vorliegende Bericht für das Jahr 1906 zeigt, wie weit die Leitung des Vereins noch von jedem wirklich sozialen Denken und Empfinden entfernt ist, und wie tief sie noch in den beschränkten Anschauungen bourgeois Wohlthätigkeit steckt. Es soll gar nicht so weit gegangen werden, Sport und Eitelkeit als die Haupttriebfeder der Wohlthätigkeit anzusehen, aber wir müssen unserer Kritik vorantstellen, daß es mit dem guten Herzen und Wohlwollen allein nicht getan ist, sondern daß es notwendig ist, um die Volksseele zu verstehen, zunächst die Massenverhältnisse abzuzeichnen. Leider scheinen dieselben bei dem Verfasser des Berichts noch tief zu wurzeln, denn scharf stellt er gegenüber auf der einen Seite die Mütter, die veredelt oder bestraft werden müssen, auf der anderen die sich gütig herablassenden „Damen“. Wenn auch eine wirkliche Erbprinzeßin den Ehrenvorsitz führt, wenn auch Herr v. Studt den Verein durch einen Jahresbeitrag von 10 M. unterstützt, sollte man doch glauben, daß ein Verein von nicht gar so kleinen Gesichtspunkten geleitet werden sollte, dessen Zweck es ist, unehelichen Müttern und ihren Kindern für die ersten drei Monate nach der Entbindung ein Heim zu schaffen, in dem sie mit ihren Kindern zusammen und für diese kurze Zeit sorgenfrei leben können. Zur Charakteristik seien hier einige Proben aus dem Bericht angeführt:

„Die meisten Mütter entstammten dem Dienstmädchenstande; verhältnismäßig wenig Arbeiterinnen suchten Aufnahme. Unter denen, die sich in die Ordnung der Anstalt nicht einfügen wollten oder konnten, überwogen außerdem noch die Arbeiterinnen; die Gründe hierfür liegen auf der Hand!“ Wir nehmen an, daß hiermit den Arbeiterinnen eine Rüge erteilt werden soll, andererseits können wir aber auch hieraus einen Schluß ziehen, der nicht gerade schmeichelhaft für das Heim wäre.

An anderer Stelle heißt es, daß von 102 Müttern 24 vor der Zeit, d. h. vor Ablauf der 3 Monate, die sie im Heim zubringen sollten, die Anstalt verlassen haben, und zwar aus folgenden Gründen:

- 8 wegen Ueberführung in ein Krankenhaus,
1 des Kindes in ein Krankenhaus,
4 Tod des Kindes,
9 Ungehorsam, Schwachsin u. dergl.,
1 Heirat usw. usw.

Also sind von 102 Müttern 9 ungehorsam oder schwachsinig, was dem Vorstand des Säuglingsheims wohl so ziemlich gleichbedeutend ist. Doch wie segensreich die Tätigkeit des Vereins ist, sehen wir daraus, daß „auch in Fällen, in denen die Mütter wegen Ungehorsams entlassen werden mußten,“ von seiten des Säuglingsheims für geeignetes Unterkommen des Kindes gesorgt wurde.

In dem Bericht wird uns ferner mitgeteilt, daß einmal wöchentlich eine Vesperstunde abgehalten wird, gegen die wir sicher nichts einzuwenden hätten, wenn sich die „Damen“ nicht einbildeten, dadurch einen „erzieherischen Einfluß“ auf die Mütter auszuüben.

Der Bericht wäre nicht vollständig, wenn nicht die „hohe Prostitution“ mehrmals als „leuchtendes Vorbild“ in allen Monaten gepriesen würde. Also auch das obligate Bauchrutschen!

Wir sehen aus der Liste der reichen Beiträge, daß der Verein bald in der Lage sein wird, ein größeres Heim zu gründen. Wir wollen hoffen, daß das ganze Unternehmen dann von einem mehr humanen und sozialen Geiste getragen wird, als es uns der Bericht des Jahres 1906 zeigt.

Ueber die Verhandlungen in der Verkehrsdeputation wird maßstabsgemäß berichtet: Von dem Unternehmer A. war ein Versuch eingegangen, ihm die Anbringung von Reklamen an den Haltestellen der Großen Berliner Straßenbahn zu gestatten gegen Uebernahme der Verpflichtung, diese Tafeln und eisernen Pfähle stets sauber zu halten. Die Deputation hat diesen Antrag aus verschiedenen Gründen abgelehnt, wobei betont wurde, daß die Straßenbahngesellschaften verpflichtet sind, die qu. Haltestellen-tafeln sauber zu halten.

Ferner beschäftigte sich die Deputation sehr eingehend mit dem Verlangen der Gemeinde Stralau, für die Anschließung in der Stralauer Allee zur Verbindung des geplanten Osthafens am Stralaueranger mit der Ringbahn usw. eine besondere Ueberführung in Gestalt einer Brücke oder eines Tunnels zu erbauen. Die Deputation hat dies wegen der enormen Kosten, Verschlechterung des Verkehrs nach Berlin und der sonstigen Schwierigkeiten einstimmig abgelehnt. Die Brücke würde rund 1.000.000 M. und der Tunnel rund 1.400.000 M. kosten. Die Eisenbahn macht in einem Gutachten darauf aufmerksam, daß die Sohle des Bauwerks für die Untertunnelung etwa 8 Meter unter dem Grundwasserspiegel zu liegen käme. Bei dem jetzigen Stande der Tiefbaukunst sei der Bau wohl ausführbar, es scheine aber mindestens zweifelhaft, ob die Landespolizei einen derartigen gefährlichen Bau unter den

stark belasteten Gleisen der Ringbahn zulasse, solange noch eine andere Lösung möglich sei. Während bei einer Rideaufkreuzung, die etwa 375.000 M. kosten werde, noch Züge mit 60 beladenen Achsen auf den Anschließungsstellen fortbewegt werden könnten, sei dies bei der Unterführung wegen der großen Steigung nur noch mit 30 Achsen möglich. Es würden also doppelt so viel Züge auf die Ringbahn überführt werden müssen, was ohne eine sehr weitläufige Verlängerung der Gleise bis zu dem Punkt, wo die Ringbahn vom dem Rangierbahnhof Rummelsburg abzweigt, überhaupt nicht haltbar. Die Betriebskosten würden sich fast um das Doppelte vermehren und die Baukosten sehr wesentlich erhöhen. Es wurde beschloffen, aus all diesen Gründen die Entzigng der erforderlichen Flächen in die Wege zu leiten. Von einer Ueberbrückung oder Untertunnelung der Stralauer Allee würde lediglich der nicht erhebliche Verkehr nach Treptow und Rixdorf einen kleinen Vorteil haben, der schon an und für sich durch die Spree in andere Bahnen gelenkt sei.

Zur Organisation des Rettungsdienstes. Die seit langer Zeit zwischen dem Magistrat der Stadt Berlin und der Berliner Rettungsgesellschaft wegen Weiterführung der von dieser geschaffenen Einrichtungen für das Rettungswesen schwebenden Verhandlungen haben zu einem alle Teile befriedigenden Abschluß geführt. Infolgedessen wird die Berliner Rettungsgesellschaft mit dem 1. Mai ihre Tätigkeit sowohl in der Zentrale als Bettendienst- und Vermittlungsstelle für Unterbringung von Kranken in Krankenanstalten, als auch in den Berliner Rettungswachen einstellen. Dagegen wird der Magistrat die im Rathaus im vorigen Jahre eingerichtete städtische Zentrale an alle bisher mit der Berliner Rettungsgesellschaft verbundenen Krankenanstalten Berlins und der Nachbarstädte anschließen und sich angelegen sein lassen, ein ununterbrochenes, ordnungsmäßiges Funktionieren des Rettungsdienstes auf der bisherigen wohlbewährten Grundlage vom 1. Mai ab herbeizuführen. Ferner übernimmt der Magistrat die von der Berliner Rettungsgesellschaft eingerichteten Rettungswachen vom 1. Mai ab in städtische Aufsicht. Der ärztliche Dienst und die Betriebsleitung in diesen Rettungswachen ist dem Ärzte-Verein der Berliner Rettungsgesellschaft übertragen worden, wodurch ein sach- und ordnungsgemäßes Weiterarbeiten dieser segensreichen Einrichtungen gewährleistet wird.

Neue Steuerorganisation für Groß-Berlin. Im Stand und in den Befugnissen der Zoll- und Steuerstellen im Bereiche der Hauptsteuerämter zu Berlin und Eberswalde sind umfangreiche Änderungen eingetreten, von denen wir die wichtigsten hier zusammenstellen. Neben den Hauptsteuerämtern für ausländische Gegenstände und für inländische Gegenstände zu Berlin ist in Berlin ein Hauptsteueramt mit der Bezeichnung Hauptsteueramt für die Stempelsteuer in Berlin errichtet worden. Die Steuerämter I zu Charlottenburg und Rixdorf sind aufgehoben worden. In Berlin-Charlottenburg und in Berlin-Rixdorf sind zwei neue Hauptsteuerämter errichtet worden mit der Bezeichnung Hauptsteueramt in Charlottenburg und Hauptsteueramt in Rixdorf. Vom Bezirke des Hauptsteueramtes zu Eberswalde ist der Bezirk des Steueramtes I zu Köpenick abgetrennt und dem Bezirke des Hauptsteueramtes in Rixdorf zugeteilt worden. Die Dienststräume des Hauptsteueramtes für ausländische Gegenstände zu Berlin befinden sich in Alt-Neubau Nr. 145; die Dienststräume des Hauptsteueramtes für inländische Gegenstände zu Berlin und des Hauptsteueramtes für die Stempelsteuer zu Berlin befinden sich Kleine Kurfürstenstraße 10-G; die Dienststräume des Hauptsteueramtes zu Charlottenburg befinden sich in der Berliner Straße 47 und die Dienststräume des Hauptsteueramtes zu Rixdorf Ecke Hakenheide und Hermannstraße. Für die genannten 5 Hauptsteuerämter ist eine Hauptzoll- und Steuerkasse errichtet worden, die der Provinzialsteuerdirektion angegliedert ist. Die Dienststräume der Kasse befinden sich in Berlin, Alt-Neubau 145. Der Amtsbezirk der Hauptsteuerämter für ausländische Gegenstände, für inländische Gegenstände und für die Stempelsteuer in Berlin deckt sich mit dem Bezirke des Amtsgerichts Berlin-Mitte und umfaßt Teile von Berlin, Charlottenburg, Neudamm und Teltow. Das Hauptsteueramt für ausländische Gegenstände in Berlin behält die gesamte Erhebung und Kontrollierung der Zölle und Uebergangsabgaben, insbesondere auch die Ueberwachung der fortlaufenden Konten und der zollfreien Niederlagen, jedoch ohne die Zollabfertigungsstellen I, II, IV, Schleißer Bahnhof und Veldesfabrik. Dem Hauptsteueramt sind unterstellt der Bahnhof, die Zollabfertigungsstellen am Lehrter und Bahnhof Friedrichstraße, sowie die Zollabfertigungsstelle III. Der Amtsbezirk des Hauptsteueramtes in Charlottenburg besteht aus dem Bezirke der Sonderbeholdung des Hauptsteueramtes und des Steueramtes I Rankow. Dem Hauptsteueramt sind unterstellt das Steueramt I in Rankow, die Zollabfertigungsstelle am Anhalter Bahnhof, die Zollabfertigungsstelle IV, die Zollabfertigungsstelle im Petroleumlager in Pläßensee, die Branntweinabfertigungsstelle in Reinickendorf. Dem Hauptsteueramt Rixdorf sind unterstellt das Steueramt Köpenick, die Zollabfertigungsstelle am Schleißer Bahnhof, die Zollabfertigungsstellen I, II und mehrere Privatstellen.

Eine gute Spielfartenabnehmerin ist auch die Stadt Berlin; das dürfte sicher vielen unbekannt sein, aber es ist Tatsache. Neulich wurde im Rechnungsausschusse festgestellt, daß von der Verwaltung des städtischen Obdachs für die dieser Anhalt bisher angegliederte — jetzt nach dem Virchow-Krankenhaus verlegte — Geschlechtskrankenstation in vier Monaten 75 neue Spiele Karten angeschafft worden sind.

Die Waldbrände in der Umgebung Berlins häufen sich in diesem Jahre in ungewöhnlich reichem Maße. Trotz der noch verhältnismäßig frühen Jahreszeit brechen täglich in den verschiedenen Gegenden Wald- und Wiesenbrände aus. Auch durch die Funken von Lokomotiven sind bereits eine ganze Reihe von Bränden verursacht worden. Dienstag morgen wurden durch Auswerfen von Funken aus der Maschine des Schnellzuges nach Schlesien in der Nähe von Erkner nicht weniger als zehn kleinere Feuer entzündet. Durch frisch aufgeworfene Schutzstreifen konnte eine größere Ausdehnung der Brände verhindert werden. Auch bei Tegel wütete wieder ein starker Wald- und Wiesenbrand. Etwa zwei Morgen Fläche waren in Brand geraten.

Zahlreiche Diebstahlfälle sind in letzter Zeit auf der Schlesischen Bahn vorgekommen. Da es trotz großer Wachsamkeit nicht gelungen ist, dem Täter auf die Spur zu kommen, glaubt man, daß die Diebstahler schon unterwegs, während des Bahntransports von der Produktionsstelle, entwendet worden sind. Da vielfach den unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen auf der Bahn die Schuld an den Diebstählen zugeschrieben wird, will einer der geschädigten Berliner Milchpächter, aus prinzipiellen Gründen, die sol. Eisenbahnverwaltung auf Schadenersatz verklagen.

Nach Verlegung der Schöffensäule des Amtsgerichts Berlin-Mitte in ihr altes Heim, das alte Kriminalgerichtsgebäude, herrscht jetzt im neuen Kriminalgerichtsgebäude eine auffallende Ruhe und man sieht auf den weiten Wandelgängen und vor den Gerichtssälen nur sehr wenige Menschen. Seitens der Hausverwaltung sind die auswartenden Gerichtsdiener angewiesen worden, das Publikum in höflicher Weise zu eruchen, in den Wartebänken Platz zu nehmen. Der Aufruf der einzelnen Termine erfolgt nicht allein vor dem betreffenden Saal, sondern auch in diesen Wartebänken, die mit bequemen Bänken ausgestattet sind und in denen sich sauber gehaltene Wasserbeden und Trinkgeschirre befinden. In den im Hause selbst befindlichen Büfets gibt es Gelegenheit zur Erquickung durch Kaffee, Milch, Kakao, Bouillon, Seltzerwasser und Ortschaften. Den Gerichtsdienern ist größte Zuberkommenheit gegen das Publikum zur Pflicht gemacht, so daß dem Publikum das oft lange Warten nicht mehr so zur Last wird, wie dies früher der Fall war.

Der Storch im Auto. Ein eigenartiges Abenteuer erlebte vorgestern nacht der Chauffeur eines „Bedag“. Er hatte eine Herrschaft vom Theater nach der Villenkolonie Grünwald gefahren und kehrte in gemächlichem Tempo nach der Stadt zurück. Plötzlich hört er ein unterdrücktes Schluchzen und Wimmern; kurz entschlossen hält er an, springt ab und findet am Begrande ein armes, halb erstarrtes Weib in Wehen liegen. Nach einigem Ueberlegen hebt er das bedauernswerte Wesen in sein Gefährt und faßt damit zur Charité. Als jedoch der diensthabende Assistenzarzt den Schlag öffnete, tönte ihm bereits zweifaches Wimmern entgegen; denn die Einwohnerviertel Berlins hatte sich während der Fahrt zur Charité um einen strammten, kleinen Bengel vermehrt, der sich jedenfalls später rühmen kann, seine Fahrt ins Leben auf die modernste Art bewerkstelligt zu haben.

Als vermeintlicher „Waldbrand-Kraaker“ verhaftet wurde vorgestern nacht im Flur des Hauses Zimmerstr. 34 der bei der Installationsfirma Armin Tenner beschäftigte Arbeiter A. Bei dieser Firma ist in der Nacht zum letzten Sonnabend ein schwerer Einbruch verübt worden, bei welchem den Dieben 500 M. in preussischen Reichsmark in die Hände fielen. A., der bereits beinahe zwanzig Jahre in den Diensten der Firma Tenner steht, hatte sich in den Kopf gesetzt, die Einbrecher zu entdecken. Zu diesem Zwecke legte er sich jedoch unklugerweise in einer im selben Hause befindlichen Destillation auf die Lauer. Hier hatte dieser zweite Sherlock Holmes einen im wahren Sinne des Wortes „vollen“ Erfolg zu verzeichnen. Schwankenden Schrittes verließ er nach Mitternacht seinen Beobachtungsposten und nahm im Hausflur Aufstellung. Als dann eine Schutzmannspatrouille vorbeifuhr kam und ihn mißtrauisch nach dem Zwecke seines Aufenthaltes dort befragte, wurde er grob und endlich handgreiflich, so daß er kurzer Hand auf das Polizeirevier Nr. 30 transportiert wurde. Man glaubte schon, einen der Täter erwischt zu haben, besonders da noch ein Dietrich in seinem Besitz gefunden wurde, aber am anderen Tage stellte sich dann die Unschuld des Inhaftierten heraus. A. soll aber geschworen haben, nie wieder Detektiv zu spielen.

Ueber einen recht groben Aprillscherz weiß eine hiesige Korrespondenz folgendes zu berichten: Ende voriger Woche erhielten zahlreiche hiesige Anwohner, teils Bekannte, teils Bekannte und Gäste eines in der Rathenowerstraße wohnenden Restaurateurs St. einen Trauerbrief mit schwarzem Rand, der folgende Nachricht enthielt: „Das am 13. April 1907 um 2 1/2 Uhr erfolgte Hinscheiden unserer geliebten Votte zeigen hiermit tiefbetrübt an und bitten hierdurch ergebenst um teiliges Beileid. Stadthaus und Frau, Rathenowerstr. 30. — Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. April, vom Trauerhause Rathenowerstr. 30 aus statt.“ Natürlich machte sich der größte Teil der Benachrichtigten Dienstag nachmittag auf den Weg zur Beerdigung der Verstorbenen. Mit Kränzen versehen, fanden sich die Leidtragenden teils auf dem Friedhof, teils in dem Restaurant ein. Im schwarzen Rock empfangend St. die Erschienenen und mit feierlicher Miene nahm er die Beileidsbezeugungen entgegen. Keiner der Anwesenden dachte daran, sich einmal nach der Toten umzusehen. Das Billard verschwand förmlich unter den zahlreichen Kränzen. Bald fiel das merkwürdige Schweigen des Gastwirts auf. Als die Stunde der Beerdigung gekommen war und man sich zum Gange nach dem Begräbnisplatz rüstete, machte St. die Mitteilung, daß der Verstorbene kein Mensch, sondern — sein alter treuer Hund sei. Rufe allgemeiner Entrüstung folgten dieser Bekanntgabe und es schloß nicht viel, so wäre St. von den Empörten geliebt worden. Inzwischen hatten auch auf dem Friedhof Leidtragende vergeblich nach der Grabstätte der angeblich Dahingeschiedenen gesucht. Der Inspektor wußte überhaupt nichts von der angesagten Beerdigung. Es blieb den Enttäuschten schließlich nichts weiter übrig, als sich nach dem Trauerhause zu begeben, wo sie dann den wahren Sachverhalt erfuhren. Für St., der als Späzmacher bekannt ist, dürfte dieser Scherz noch ein böses Nachspiel haben, denn die zur „Beerdigung“ erschienenen Personen beabsichtigen, ihn wegen der für sie entstandenen Kosten auf Schadenersatz zu verklagen.

Ein Kindesmord ist auf dem Grundstück Michaelkirchstraße 14a entdeckt worden. Auf dem Hofe fanden Hausbesitzer in einer Ecke in einer Kiste die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts. Am Hals wies der Körper mehrere Strangulationsabdrücke auf, ein Zeichen, daß das Kind erwürgt worden ist. Die Leiche hatte bereits einige Tage in der Kiste gelegen. Sie wurde zur Obduktion in das Schauhaus gebracht.

Zwei schwere Straßenunfälle ereigneten sich am gestrigen Tage im Norden der Stadt. In der Pringelallee scheuten die Pferde eines von dem Kurier Karl Hirsch geführten Arbeitswagens. H. wurde bei dem Anprall des Gefährtes an die Bordkante des Bürgersteiges vom Bod geschleudert und stürzte so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er unter den schweren Lastwagen geriet, dessen Vorderäder ihm über die Brust und den linken Arm hinweg gingen. Der Brustkasten wurde dem Bedauernswerten eingedrückt, der Arm vollständig zermalmt. In benutzlosem Zustande brachte man den Schwerverletzten nach der königlichen Klinik, wo er hoffnungslos daniederliegt. — Ein zweiter schwerer Unfall trug sich gestern nachmittag an der Ecke der Müller- und Schulzenborststraße zu. Der 24jährige Dreher Karl Steffen, der sich auf dem Wege nach seiner in der Grenzstraße gelegenen Wohnung befand, geriet an der erwähnten Straßenkreuzung gegen einen vorbeifahrenden Steinwagen und wurde zu Boden geschleudert. Er fiel so unglücklich, daß er unter das Gefährt geriet und die Hinterräder ihm über den Kopf und Leib hinweg gingen. Steffen erlitt schwere innere Verletzungen, sowie einen Schädelbruch und wurde in hoffnungslosem Zustande nach der Charité übergeführt.

Die Boden in Berlin. Ein am 11. d. Mts. von einer Orientreise zurückgekehrter 55 Jahre alter Kaufmann erkrankte in seiner Wohnung in der Lindenstraße unter allgemeinen Fiebererscheinungen. Am 16. cr. wurde der Ausbruch der schwarzen Boden durch den behandelnden Arzt und den Kreisarzt festgestellt. Die Ansteckung ist zweifellos im Orient erfolgt. Bereits gestern wurde der Kranke mit seiner Einwilligung nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht und sämtliche Vorsichtsmaßregeln, wie Schutzingung der Angehörigen und Desinfektion der Wohnung, von den Behörden getroffen, so daß das Publikum nicht das geringste zu befürchten hat. Der Kranke ist in einer Parade des Virchow-Krankenhauses isoliert.

Bergistet. Ein trauriges Geschick hat eine russische Familie betroffen, die sich auf der Durchreise vom Süden nach Rußland in Berlin aufhielt und in einem Hotel am Potsdamer Platz abgesehen war. Die Frau des Hofrats Lewinski aus Kiew und ihre 17jährige Tochter kauften in einem hiesigen Desinfektionsgeschäft Krabben. Das junge Mädchen ah von ihnen und erkrankte bald darauf unter verdaulichen Erscheinungen. In der gestrigen Nacht mußte die junge Dame schließlich in betäubtem Zustande nach dem Krankenhaus Roobit geschafft werden, wo sich Professor Kempers und eine Reihe anderer Ärzte bemühen, die Kranke am Leben zu erhalten. Das Bewußtsein ist bisher noch immer nicht zurückgekehrt.

In beklagenslosem Zustande wurde gestern nachmittag der in der Meierei Walle als Milchsträger beschäftigte 14 Jahre alte Franz Wanzel in das Krankenhaus Weißend eingeliefert. Der Dursche war am gestrigen Morgen zu spät gewacht worden und hatte deshalb den Dienst veräumt. Die Eltern machten dem Jungen Vorwürfe, die ihn sehr erregten. Wanzel begab sich in den Stall des Grundstücks Potsdamerstraße 36, wo seine Eltern wohnen, und verriegelte die Tür. Gegen 2 Uhr suchte einer der Spielgenossen den Durschen in dem Stall und fand ihn auf einem



Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet...

S. 300. Für eine Entbindung werden hier etwa 6-20 M. und für jeden Besuch 1-3 M. als angemessen erachtet.

die Liste eingetragen ist, erfolgt nach etwa zwei Jahren Zulassung zum Kurkurs in der Charité.

Jahre aus der Landeskirche aus, so haben Sie vom Dezember 1908 ab Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion...

Urania.

Wissenschaftliches Theater. 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34. Anfang 8 Uhr.

Dorf und Stadt.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Ch. Blyth.

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Familie Jovi und Der Sündige.

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Der Pfarrer von Kirchfeld.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu.

Apollon Theater

Täglich: Die Spezialitäten-Attraktionen und das Hunde-Bauern-Theater von G. Merian.

Ein treuloses Weib.

9 1/2 Uhr: Der Triumph des Weibes. Sonntag, den 21. April, nachmittags 3 1/2 Uhr: Vorletzte Doppelvorstellung.

WINTERGARTEN

Cleo de Mérode

Neues Programm.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr: Das großartige April-Programm!

Ki-ta-fuku

die beste Japaner-Truppe der Welt.

Paul Corradini

Berlins beliebtester Komiker und die erfolgreichsten 14 Attraktionen 14.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Jeden Abend 8 Uhr: Schauspiel des Theater des Westens: Mamselle Nitouche.

Buggenhagen

Moritzplatz. Jeden Donnerstag: Gustav Gottschalks Gesellschaftskonzert (Walzer- u. Operettenabend).

Central-Theater.

Operette. Abends 8 Uhr: Wiener Blut. Freitag: Der lustige Krieg.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Susannenfieber.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr. Fräulein Josette - meine Frau. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Liebeshäufel.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag abends 8 Uhr: Zum erkennen! Moloch.

Ein Spielmannsdrama in 4 Akten von Rudolf Kitzner.

Freitag, abends 8 Uhr: Traumulus.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Narrenglanz.

Nur noch kurze Zeit! Zirkus Schumann

Heute abend prägnant 7 1/2 Uhr: Elite-Abend und sensationelle Reviertour zum erstenmal in Deutschland!

Judische Tänze

angeführt von Madame Piloty v. Kanibach.

1. Abteilung: Der Wehraustrang. 2. Abteilung: Der Operant.

St. Hubertus.

Gebr. Herrnfeld-Theater. Anfang 8 Uhr.

Die härmlich bejahlte Herrnfeldblade.

Ein verrücktes Hotel.

Komödie in 3 Akten mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Bernauerstr. 16. Zum letzten Male: Anna-Lise.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49. Gastspiel: Bernhard Rose-Theater.

Folies Caprice

Linienstr. 132, an der Friedrichstr. Heute zum 50. Male: Im Inspektions-Zimmer.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Der brillante April-Spielplan.

Hasson und Jenny Kugelläufer.

Alcide und Alberti fliegender Bambus.

Onkel Moritz

Schwanz und 10 Spezialitäten 1. Rang.

Steidl-

Theater- und Konzerthaus, Brückenstr. 2.

Zubel! Begeisterung! Bureau Piepenbrint und Der 16. August.

Anf. 8. Sonnt. 7 Uhr. Borch. Konzert. Steidl-Restaurant.

Täglich: Großes Dyhernski-Konzert.

Freie Volksbühne

Sonntag, den 21. April, nachmittags 3 Uhr: Neues Schauspielhaus.

1. Abteilung: Paracelsus. 11. u. 12. Abteilung: Der Richter von Zalamea.

Das Fest des Sankt Matern

1. Oper im Lortzing-Theater

nachmittags 3 Uhr: Zar und Zimmermann.

Opernmarken bei sofortiger Bestellung in allen Zahlstellen. Sonntag, den 20. April: Fra Diavolo.

Generalversammlung

Freitag, 26. April, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: Geschäfts- u. Kassenericht des Vorstandes. Bericht der Revisoren. Diskussion. Bericht über den Stand unseres Theaterprojektes und des Vortrages. Ref.: Robert Schmidt.

Antrag der Vereinsleitung auf event. Erhöhung des Beitrages und Herabsetzung des Einschreibegeldes und August-Beitrages. Diskussion und Verschiedenes. Das Erscheinen der Mitglieder ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung besonders erforderlich.

Der Vorstand. I. Vortz.: G. Winkler.

Kasino-Theater

Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 30. April: Nick Carter.

Ed. L. Mal auf allgemeinen Wunsch: Neu einstudiert: Heirat auf Probe.

Sonntag 4 Uhr: Hotel Ritzingebuch.

Hygienische

bedarfsartbel. Neues Katalog im Kompt. viel. Aerzie u. Prof. grad. u. Dr. H. Unger, Gumbinerstr. 61/62.

Verleih-Institut: Friedrichstr. 118 I, a. Orabg. Tor. Weg. Prof. Gehrod 1,50, Dose 1,00, Dose 50 Pf.

Erstklassige Fahrräder Marke „Berlin“

22/17\* mit Continental-Pneumatik Berlin W. 9. Köthenerstraße 14. Berliner Fahrradindustrie.

88 Mark



Sie fahren gut

4392L\* mit

Dr. Crato's

Backpulver

mit Prämiensbons. Für 50 davon eine Dose II. Bielefelder Kausperchen gratis und franko von

Stratmann & Meyer, Bielefeld.

Generalvertreter für Berlin: Alfred Hirsch, W. 30, Augsburgerstr. 1. Telephon Amt VI, No. 5757.

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit. Bade Berlin-Ost im: Ritterstr. 18, Ecke Prinszenstraße.

Bad Frankfurt Ritter-Bad

Gr. Frankfurterstraße 130. Medizinische Bäder aller Art in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtöchern 0,75 Mk. (40 Minuten Badeszeit)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!



